Antifaschistisches info Blatt

Nr. 62 | Frühjahr 2004 | 3,10 Euro

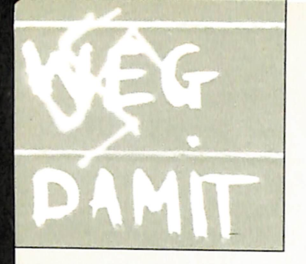
Die Finanzen der extremen Rechten

Anti-Antifa aufgedeckt

Die Geschichte der Querfront

Nationaler Widerstan

Jetzt Spenden



Inhalt

AIB 62 2 · 2004

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Mit dieser Ausgabe haltet ihr seit langer Zeit mal wieder ein pünktlich erschienenes AIB in den Händen. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man sich den Entstehungsprozess dieser Ausgabe ansieht. Den meisten Raum nahm sicherlich die Diskussion und der Streit um die Stellungnahme zu den Ereignissen auf der Antifa-Demonstration in Hamburg am 31. Januar 2004 ein, wo es zu Beginn der Demonstration eine Schlägerei zwischen AnhängerInnen antideutscher Gruppen und den ersten Reihen gegeben hatte. Waren wir uns ziemlich schnell darüber einig, dass es eine (deutliche) Stellungnahme von uns geben sollte, so wurde die konkrete Form umso kontroverser diskutiert. Der auf Seite 4 vorliegende Text geht über eine bloße Stellungnahme deutlich hinaus und benennt die Probleme, die wir mit den Positionen so manch antideutscher Gruppen haben.

Mitten im Prozess der Endredaktion sahen wir uns dann auch noch gezwungen einen Beitrag zu bearbeiten, den wir an sich erst für die nächste Nummer geplant hatten. So wurde uns Mitte Februar Insider-Material über die Anti-Antifa Potsdam zugespielt, was uns in die Lage versetzte diese Struktur offen zu legen. Dazu waren aber noch einige zeitaufwendige Recherchen notwendig, die wir getrost auf die #63 verschieben wollten. Aber es kam völlig anders. Anfang Februar veröffentlichte die Potsdamer Anti-Antifa auf ihrer Homepage Namen und Bilder von Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis passen. Daraufhin sahen wir uns gezwungen mit unserem Wissen sofort an die Öffentlichkeit zu treten, um die Seite so schnell wie möglich aus dem Netz zu bekommen. Die nötigen Recherchen wurden also in Windeseile durchgeführt und die benötigten Informationen zusammengetragen und an die Presse übergeben. Den ausführlichen Hintergrundbericht über die Anti-Antifa Potsdam findet Ihr ab Seite 24. Die Internetseite ist mittlerweile nicht mehr zu erreichen.

Zu Herzen genommen haben wir uns die Kritik an der Ausgabe #61, dass die Rubrik »NS-Szene« zu Lasten der anderen Rubriken einen zu großen Raum eingenommen habe. Daher haben wir diesmal auf eine besonders ausgewogene Mischung der einzelnen Rubriken geachtet und hoffen wieder in der gesamten thematischen Bandbreite überzeugen zu können. Besonders hinweisen möchten wir deshalb an dieser Stelle auf den Gastbeitrag von Bernhard Schmidt auf Seite 52 zum Thema »Kopftuchdebatte in Frankreich«, für den wir uns hier noch einmal herzlich bedanken möchten.

Die dramatische Entwicklung der EU-Asylpolitik und der Situation von Flüchtlingen in Europa wird anhand des Beispiels Niederlande deutlich, über dessen verschärfte Abschiebepraxis wir auf Seite 50 berichten. Allerdings ist Holland ein Nachzügler auf dem Weg zur Festung Europa, die derzeit repressivste Linie fährt weiterhin Deutschland. Mit dem Widerstand gegen diese rassistische Politik beschäftigt sich ein Beitrag auf Seite 48 zur »Anti-Lager-Tour«, die aus dem Kreis der InitiatorInnen der vergangenen Grenzcamps hervorgegangen ist.

Während wir in der letzten Ausgabe nur die großen Motorrad-Clubs betrachtet haben, wollten wir uns diesmal den eher kleineren regional agierenden MCs widmen. Die Recherchen zu diesem Thema sind immer noch nicht abgeschlossen, auch aufgrund der erfreulichen Tatsache, dass wir zu diesem Thema noch weitergehendes Material von unserer LeserInnenschaft zugesandt bekommen haben.

Fortsetzen werden wir unsere im letzten Heft begonnene Bestandsaufnahme des deutschen Rechtsextremismus, in der wir bereits verschiedene Konzepte der extremen Rechten näher beleuchtet haben. Diesmal sind wir der immer wieder gestellten Frage nach der Finanzierung der Szene exemplarisch nachgegangen und werfen ab Seite 16 mit der Analyse des uns vorliegenden Materials aus verschiedenen Bereichen dieses Spektrums ein paar hoffentlich interessante Schlaglichter auf dieses komplexe Thema.

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe hat sich ein Schreibfehler in die Bildunterschrift geschlichen: Bei der Person 2 auf dem Bild aus Braunschweig auf Seite 34 muss es richtig Mathias Kempner und nicht Kempen heissen. ■

Wo endet der Antifaschismus?

Zur Auseinandersetzung mit der antideutschen Strömung

In den letzten Monaten kam es im Zusammenhang mit antifaschistischen Aktionen mehrfach zu (körperlichen) Auseinandersetzungen zwischen Personen aus antideutschen Gruppen und radikalen Linken. Spätestens nach den Ereignissen bei der antifaschistischen Demonstration in Hamburg Ende Januar diesen Jahres – wo VertreterInnen der antideutschen Strömung entgegen allen Absprachen mit Israel-Fahnen versuchten, sich gewaltsam an die Spitze der Demo zu setzen bzw. diese zu provozieren – und nach ähnlichen Vorfällen bei einer Demonstration in Hamm oder in Berlin am 9. November 2003 – ist es notwendig, eindeutig Position zu beziehen. Es handelt sich hier nicht mehr um einen »szeneinternen« oder »städteinternen« Konflikt, denn die Formen der Auseinandersetzung haben ein Niveau erreicht, das alle innerlinken Umgangsformen sprengt. Schlägereien auf antifaschistischen Demonstrationen, die Instrumentalisierung der Israelfahne und rassistische, religiöse und ethnische Zuschreibungen in Diskussionen und Publikationen sind mit unserer Vorstellung von linken, antifaschistischen und emanzipatorischen Zielen unvereinbar.

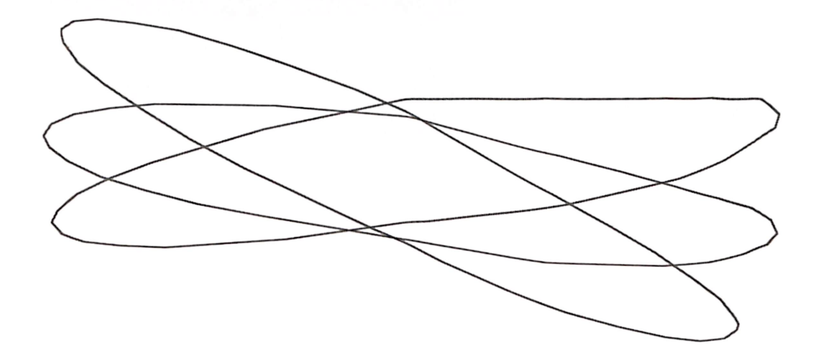
Angesichts der jüngsten Ereignisse müssen wir selbstkritisch feststellen, dass das AIB zu dem Konflikt zwischen VertreterInnen antideutscher Gruppen, die unten genannte Positionen teilen, und der Antifabewegung schon eher hätte Stellung beziehen müssen. Inzwischen denken wir, dass es längst nicht mehr um »szeneinterne Schmutzwäsche« oder um »Randerscheinungen« geht – worauf wir viele Ausfälle der letzten Monate gerne reduziert hätten – sondern um ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis und Ziel von (linker) und antifaschistischer Politik.

Der, durch den Zusammenbruch des Ostblocks beschleunigte Zersetzungsprozess der politischen Linken in der BRD, führte bei einem Teil dieser Linken zur theoretischen Neubestimmung ihrer Politik. Ein Produkt dieser Neubestimmung ist die antideutsche Strömung. Der auszutragende Konflikt besteht weniger in der Verwendung der Fahne der USA oder Israels, weniger in der Frage Kriegsbefürwortung oder Kriegsgegnerschaft, es geht um die Frage der grundsätzlichen Systemopposition, die Frage der Ablehnung oder begeisterten Zustimmung zur warenproduzierenden kapitalistischen Gesellschaftsform.

Daraus resultierend stehen sich die vertretenen Positionen unversöhnlich gegenüber, ist eine solidarische, faire und konstruktive Auseinandersetzung kaum mehr möglich. Uns geht es aber nicht darum, durch platte Polemiken in der Auseinandersetzung mitzumischen, sondern klar aufzuzeigen, dass das Bejubeln des global durchgesetzten Kapitalismus, rassistische, religiöse und ethnische Zuschreibungen in Diskussionen und Publikationen, die Instrumentalisierung der Israelfahne und die Forderung nach Zerschlagung der politischen Linken mit unseren Vorstellungen von linken, antifaschistischen und emanzipatorischen Zielen unvereinbar ist.

Die ideologischen Grundlagen der antideutschen Strömung

Die Entstehungsgeschichte der antideutschen Strömung beginnt zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung und dem daraus resultierenden nationalistischen Größenwahn, mit einer Auseinandersetzung mit dem NS und der »Deutschen Ideologie«. Die daraus resultierende Ideologiekritik arbeitete sich treffend an den Defiziten der traditionellen Linken ab, die Antisemitismus aus sozialen Interessens-



lagen erklärte und ihn letztlich verharmloste, was nicht zufällig in einem linken Antisemitismus gipfelte. Der Versuch den Antisemitismus auf das Wesen des Kapitalverhältnisses zurückzuführen, blieb stecken. Die Erkenntnis, dass der Antisemitismus zum Kapitalismus gehört wie die Milch zur Kuh, verschwand zunehmend zugunsten einer reinen Fixierung auf seine spezifisch deutsche Prägung, getreu der Formel: Gesellschaft = Ideologie = Antisemitismus = deutsches Unwesen. Die zerstörerische Form des Kapitalismus wurde allein auf Deutschland projiziert. Deutschland wurde somit zum Bösen an sich, dass quasi hinter allem steckt. Nur dadurch wurde es möglich Deutschland zum ewigen Gegenspieler der USA zu imaginieren, der wieder kurz davor stehe seine faschistischen Großmachtambitionen auch mit Waffengewalt gegen die USA durchzusetzen. Durch die theoretische Verkürzung resultierte als Lehre aus Auschwitz nicht die Kritik an der Nation und ihrem Begriff an sich, sondern eben ausschließlich an der Nation der Deutschen.

Die Singularität von Auschwitz wird von jeglicher Geschichte abgelöst und aus seinem spezifischen Kontext gerissen. In der antideutschen Theorie bleibt die Geschichte stehen, Auschwitz ist quasi immer und überall präsent. Diese Enthistorisierung funktioniert genauso wie bei Rot/Grün wo mit dem Verweis auf ein »neues Auschwitz« für den Krieg gegen Jugoslawien geworben wurde. Dass die Singularität von Auschwitz aber in der einzigartigen Synthese einer breiten Palette von Herrschafts- und Vernichtungsweisen des warenproduzierenden Systems und nicht als davon losgelöstes Verbrechen bestand, wird nicht gesehen. Auschwitz ist historisch singulär und wird so nicht wiederkommen, aber die gesellschaftliche Form aus der Auschwitz entstand wirkt weiter. Aus der antideutschen Enthistorisierung folgt eine Sicht auf die Welt in den Koordinaten der Anti-Hitler-Koalition.

Die Fixierung auf die spezifisch deutsche Form blendet den allgemeinen Gesamtzusammenhang theoretisch nicht nur aus. Im Gegenteil. Das Gedenken an Auschwitz ist demnach nicht der Ausgangspunkt radikaler Kritik an den ursächlichen Verhältnissen, sondern Ausgangspunkt der völlig unreflektierten positiven Bezugnahme auf die bürgerliche kapitalistische Ideologie, verbrämt als Prozeß der Zivilisation. Die »reale kapitalistische Zivilisation« wird so zum emanzipativen kontinuierlichen Fortschritt erklärt. Das mündet folgerichtig in eine »Kreuzzugsmentalität« und der Irak-Krieg wird quasi zur »militanten Aufklärung«. Völlig kompatibel zur neoliberalen Entsolidarisierung und Vereinzelung, wird gerade der Individualismus zur notwendigen Voraussetzung jeglicher Emanzipation verklärt. Für uns besteht Emanzipation aber gerade in der Überwindung der Individualität der totalen kapitalistischen Konkurrenz. Ohne diese Überwindung ist Solidarität über persönliche Beziehungen hinaus nicht denkbar. Um diesen Widerspruch aufzulösen, wird in der antideutschen Theorie eine abstrakte Kollektivität zum alleinigen Gegenmodell des Individualismus aufgebaut und zugleich mit der Volksgemeinschaft in eins gesetzt. Jegliche Form der Gemeinschaft wird so zum Faschismus.

Die Linke als Feind

Nicht nur, dass jegliche soziale Frage völlig negiert, jegliche Form sozialer Organisierung denunziert wird, Antikapitalismus bzw. Kapitalismuskritik wird vehement mit dem Antisemitismus-Vorwurf belegt. Logischerweise wird die nicht-antideutsche Linke zum primären Feindbild. VertreterIn-

nen antideutscher Gruppen propagieren seit einiger Zeit den Slogan »die deutsche Linke zerschlagen«. Wir halten eine derartige Position nicht nur für gefährlich. Wir ziehen daraus auch Konsequenzen: Wer die deutsche Linke zerschlagen will, mit dem kann es keine Bündnisse und keine Zusammenarbeit geben.

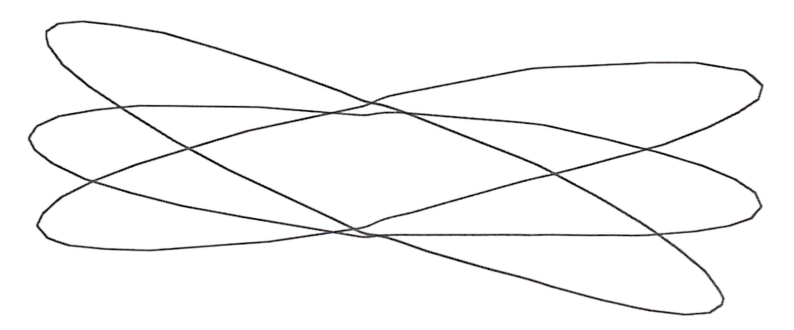
Das AIB setzt sich seit seiner Gründung vor 15 Jahren mit Rassismus und Antisemitismus – natürlich auch innerhalb der Linken in Deutschland – auseinander. Zuletzt haben wir die mitunter stark verkürzte Kapitalismuskritik in Teilen der sog. Antiglobalisierungs-Bewegung und die antiamerikanischen Argumentationsstränge innerhalb der Anti-Kriegs-Bewegung kritisiert. Wir führen diese Auseinandersetzungen mit Gruppen, die sich der radikalen oder der bürgerlichen Linken zugehörig fühlen, weil wir die antifaschistische Bewegung als eine Teilbereichsbewegung der Linken verstehen und es deshalb für selbstverständlich halten, konstruktiv und solidarisch da zu intervenieren, wo antifaschistische Positionen und Erfahrungen in neuen – und alten – sozialen Bewegungen schlichtweg nicht reflektiert oder ignoriert werden. Uns geht es dabei grundsätzlich darum eine linke Bewegung mit einem durchaus kritischen Verständnis von Internationalismus und zugleich einem Blick für die realen Machtverhältnisse jenseits »deutscher wohlstandschauvinistischer Befindlichkeiten« und Nationalgrenzen zu stärken und Anschlussstellen und Einfallstore für eine bürgerliche und/oder extreme Rechte zu verhindern.

Wer, wie die VertreterInnen der antideutschen Strömung, zwischen dem extrem problematischen, mitunter stark verkürzten und sehr populistischen Antikapitalismus bei Teilen der globalisierungskritischen Bewegung und dem Antisemitismus von einem Horst Mahler nicht unterscheiden kann oder will, verharmlost den tödlichen Antisemitismus der Nazis, relativiert den Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte eines Martin Hohmann und verhöhnt die Opfer des Holocaust. Und nicht nur das. Das Feindbild »deutsche Linke« zeigt sich seit einiger Zeit auch in entsprechender Praxis. So haben es einige antideutsche Gruppen zu ihrer vorrangigen politischen Strategie erklärt antifaschistische Demonstrationen und andere Aktionen nicht nur pauschal unter Antisemitismus-Verdacht zu stellen, sondern davon ausgehend diese um jeden Preis zu stören. Dass bei einer solchen Feindzuschreibung auch das Mittel der Militanz nicht mehr ausgeschlossen wird, wundert nicht mehr.

Zum Grundverständnis antifaschistischer Politik

Einer der Grundpfeiler antifaschistischen Selbstverständnisses ist es jede Verwendung von rassistischen und antisemitischen Stereotypen, Ethnisierungen und rassistischen Zuschreibungen in der Gesellschaft, aber auch in der Linken selbst zu bekämpfen. VertreterInnen der antideutschen Strömung setzen sich über diese Prinzipien hinweg, indem sie mit rassistischen Zuschreibungen arbeiten, gezielt Islamphobie schüren und MigrantInnen denunzieren, deren Herkunft nicht im »Europäischen Abendland« verortet werden kann. Gesellschaftliche Verhältnisse lediglich unter dem Gesichtspunkt ethnischer und religiöser Zugehörigkeit zu analysieren, ist Ausdruck eines reaktionären Politikverständnisses und schürt chauvinistische Ressentiments. Das bedeutet, dass ein Politikverständnis, das auf völkischen Kategorien beruht und den TrägerInnen jeweiliger Staatsbürgerschaften – seien es, um hier im bipolaren Weltbild von VertreterInnen der antideutschen Strömung zu bleiben, StaatsbürgerInnen Israels oder Deutschlands – aufgrund ihres Herkunftslandes bestimmte positive oder negative Eigenschaften zuschreibt, sich von selbst verbietet. Ein antifaschistisches Grundverständnis geht davon aus, dass sich innerhalb eines jeden Nationalstaats eine Gesellschaft befindet, in der es unterschiedliche Gruppen, Segmente und AkteurInnen mit unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Interessen gibt. Aufgrund von Gesellschaftsanalysen werden BündnispartnerInnen oder politische GegnerInnen bestimmt und nicht anhand völkischer oder religiöser Zuschreibungen, die die Betroffenen vereinnahmen. Kein Wunder, also, dass Rassismus als Themenkomplex nicht aufgegriffen wird.

Ebenso selbstverständlich sollte es sein, dass sich ständige Vergleiche und Gleichsetzungen des (politischen) Gegners mit dem Nationalsozialismus und/oder Faschismus verbieten. Sie tragen zur Verharmlosung der NS-Verbrechen bei. Gleiches gilt für den Begriff des Antisemitismus. Wer Antisemitismus zum politischen Kampfbegriff macht, um ihn im Kampf um die theoretische Lufthoheit an linken Stammtischen taktisch zum eigenen Vorteil zu gebrauchen, entwertet, verwässert und verallgemeinert den Begriff und offenbart, dass



die wirksame Bekämpfung des Antisemitismus nicht wirklich das Ziel der eigenen Politik ist. Der Antisemitismus-Vorwurf ist zur Allzweckwaffe der antideutschen Strömung verkommen und wird wahllos auf alle angewandt, die dem eigenen politischen Koordinatensystem nicht entsprechen.

Vereinnahmung von Israel

Derzeit wird das Staatssymbol Israels, die israelische Nationalfahne, massiv missbraucht und vereinnahmt. Die israelische Nationalfahne und der David-Stern sind Symbole mit einer jeweils spezifischen politischen, historischen und religiösen Bedeutung. Es ist verantwortungslos und anmaßend, sie taktisch einzusetzen, sich damit eine Identität zu borgen, um Kritik an der Politik antideutscher Positionen als antisemitisch auslegen zu können.

Der antideutsche Fahnenappell führt in letzter Konsequenz dazu, sich aus der Verantwortung antisemitischer und rassistischer Positionen stehlen zu können. Dieses Verhalten, von deutschen, nicht-jüdischen Linken praktiziert, bedeutet faktisch eine Vertauschung von Täter- und Opferrollen und stellt in seiner Extremform eine neue Art deutscher Schuldabwehr dar. Opfer von Antisemitismus sind Juden und Jüdinnen und nicht die Enkel- und Großenkelkinder der TäterInnen.

Keine Solidarität mit Nationalstaaten

Für uns als AntifaschistInnen ist es selbstverständlich, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Die Notwendigkeit des Existenzrechts Israels ist für uns kein Diskussions-, sondern Ausgangspunkt jeder Betrachtung des Konflikts zwischen Israel und den PalästinenserInnen. Gerade weil es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt, muss sie nicht gebetsmühlenartig und als identitäres politisches Glaubensbekenntnis ständig wiederholt werden.

Nationalstaaten und ihre Staatsvölker sind Konstruktionen bürgerlicher Herrschaft, deren Verherrlichung wir prinzipiell zurückweisen. Das schließt auch den positiven Bezug auf die Nationalstaaten (und Flaggen) Großbritanniens, der USA und der ehemaligen Sowjetunion mit ein. Der Kampf der Roten Armee führte zum Ende von Auschwitz und machte den Sieg über den Nationalsozialismus erst möglich, dennoch machten sich die staatssozialistischen Parteien immer wieder bei politischen Säuberungen den gesellschaftlichen Antisemitismus in Osteuropa zu nutze. Die ehemalige Sowjetunion als Bollwerk gegen Antisemitismus hochzuhalten, verharmlost die antisemitischen Säuberungen unter Stalin und die antisemitische Diskriminierungspolitik der 80er und 90er Jahre. Ähnliches ließe sich in Bezug auf rassistische Unterdrükkungspolitik in den USA oder kolonial-rassistische Unterdrückungspolitik der jeweiligen britischen Regierungen sagen. Großbritanniens Rolle bei der Behinderung der israelischen Staatsgründung müsste eigentlich gerade bei denjenigen bekannt sein, die die Fahne Israels für sich beanspruchen.

Kurzum, Fahneneide und Treuebekenntnisse zu Nationalstaaten verhindern eine differenzierte politische Analyse und sind Ausdruck eines Politikverständnisses, das in den 70er Jahren von kommunistischen Splittergruppen und Kleinstsekten gepflegt wurde. Ein Mittel, um erfolgreich Politik im Sinne einer antifaschistischen Bewegung zu machen, sind sie nicht.

Militanzverständnis

Da Antifaschismus von der antideutschen Strömung als konsequente Durchsetzung der »westlichen Werte« propagiert wird, werden militärische Interventionen gleichbedeutend mit »Antifa heißt Angriff« übersetzt. Das zugrundeliegende Militanzverständnis ist bodenlos. Es verbindet antifaschistische Militanz, in der Form einer Parole, welche leider manchmal auch unreflektiert in der Auseinandersetzung mit Neonazis benutzt wird, mit militärischen Kategorien und damit mit dem Töten von Menschen.

Innerhalb der antideutschen Strömung ist natürlich nicht von einer homogenen Gemengelage zu sprechen. Der Begriff der antideutschen Strömung charakterisiert für uns deshalb am besten die ideologische Bandbreite, die sich mit dem oben beschriebenen aggressiven Versuch einer Neuausrichtung bzw. Umdefinierung linker Politik hinein in den Schoß der kapitalistischen Verhältnisse verbindet. Eine Umdefinierung, die die prinzipielle Gleichheit der Menschen negiert und die Ungleichheit predigt. ■

»Einblick«-Macher Kempken klagt

Antifaschistische Publikationen werden momentan häufiger Ziele des »Rechtskampfes« organisierter Neonazis. So versucht momentan auch der als einer der Verantwortlichen der Anti-Antifa Broschüre »Der Einblick« bekannt gewordene Norman Kempken eine Bildberichterstattung über seine Person gerichtlich zu untersagen. Als einer der Verantwortlichen für das Heft »Der Einblick«, das 1992 die bundesweite Anti-Antifa Kampagne einleitete, wurde Kempken später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und geriet so in den Blick der Öffentlichkeit. Seine Aktivitäten setzte er umgehend und seit 1994 im Raum Nürnberg fort. Zuletzt arbeitete Kempken eng mit der nunmehr verbotenen Fränkischen Aktionsfront zusammen. In erster Instanz wurde am 10. Dezember im Nürnberger Amtsgericht die Klage des Anti-Antifa-Aktivisten gegen den Verein Argumente – Netzwerk antirassistischer Initiativen verhandelt. Kempken versucht den Abdruck seines Bildes in der von dem Verein herausgegebenen Broschüre »Spezialitäten aus Mittelfranken« gerichtlich zu untersagen. Die Broschüre gibt einen Überblick über die extrem rechte Szene im Raum Mittelfranken. In dem Artikel über die Anti-Antifa-Aktivitäten werden die Aktivitäten Kempkens dargestellt. Die Klage Kempkens dient offensichtlich nicht nur dem Versuch seine Anonymität zu schützen, um seine Aktivitäten weiterhin ungestört fortsetzen zu können, sondern soll darüber hinaus antifaschistische Publikationen zwingen zurückhaltender mit ihrer Wort- und Bildberichterstattung umzugehen. Pahl vertritt zur Zeit auch Casjen Bayen, der laut Christian Worch auf irgend eine Weise mitverantwortlich für die Herausgabe eines Aufrufes zur Anonymität im politischen Kampf sein soll. Bayen verklagt seinerseits zur Zeit die antifaschistische Zeitschrift »Der Rechte Rand«, ebenfalls wegen Abdrucks eines Bildes seiner Person. Als Wohnadresse wird in beiden Klagen dieselbe Adresse in Nürnberg aufgeführt, unter der zumindest Kempken tatsächlich wohnt. Während das Hamburger Amtsgericht Bayen in erster Instanz Recht gab, erlitt die Klage Kempkens in Nürnberg Schiffbruch. Der zuständige Richter zeigte sich durchaus beeindruckt, von den durch den Beklagten Verein sorgsam dokumentierten Aktivitäten Kempkens seit den 80er Jahren. Zu diesen Aktivitäten befragt, gab Kempken, der ohne seine Anwältin erschienen war, auch bereitwillig Antwort: Nein, er sei kein Anti-Antifa Aktivist. Er sammle lediglich Informationen über Linke und gebe diese auch weiter. Ja, er habe den unter dem Namen »Anton Mägerle« schreibenden Journalisten in einer NPD-Zeitung mit Klarnamen geoutet. Ja, er habe den Aufruf »Anonymität schützt Strukturen« unterzeichnet, aber doch nur zur Veröffentlichung auf den »eigenen« Internet-Seiten. In erster Instanz wurde die Klage daraufhin ab gewiesen. Rechtsanwältin Pahl hatte im wesentlichen darauf abgestellt, dass die Verurteilung Kempkens für die Mitwirkung an der Veröffentlichung des »Einblick« schon einige Jahre her sei und den Aktivitäten Kempkens ansonsten keine Bedeutung zukäme. Dieser Einwand fand allerdings vor dem Hintergrund der ununterbrochen fortgesetzten Aktivitäten Kempkens kein Gehör. Kempken hat inzwischen Berufung eingelegt. Die Berufungshauptverhandlung wird Anfang Mai im Landgericht Hamburg stattfinden. ■

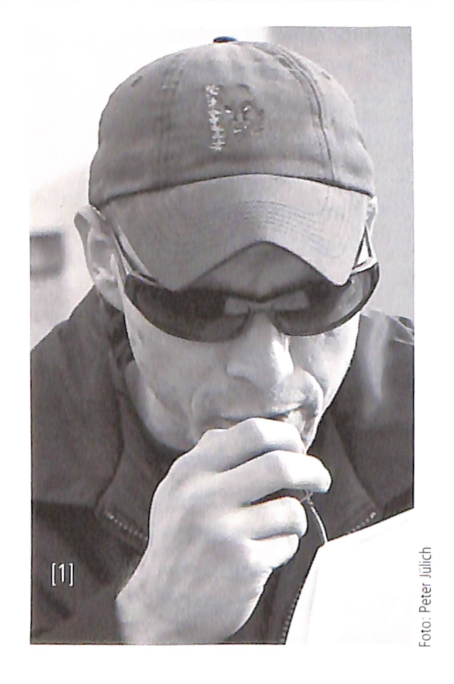


Foto: Peter Jülich

[1] Manuel Mann spricht am 17. Januar 2004 auf einer von ihm angemeldeten Solidaritätsdemonstration für die Nazi-Band Landser in Gladenbach.

Das Landser Urteil und seine Folgen

Die drei Angeklagten im Verfahren gegen die Berliner Rechtsrock-Band Landser sind vom Berliner Kammergericht im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zu Haft- bzw. Bewährungsstrafen verurteilt worden. Der Sänger Michael »Lunikoff« Regener, »Märtyrer« der NS-Szene und laut Richter Wolfgang Weißbrodt »Rädelsführer«, wurde zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Bassist André Möhricke und Schlagzeuger Christian Wenndorff erhielten 21 bzw. 22 Monate Haft mit je vier Jahren Bewährung. Beide hatten umfangreiche Aussagen gemacht. Das Urteil zog verschiedene Solidaritätsaktionen der Neonazi-Szene nach sich, so gab es laut einer Pressemitteilung des »Aktionsbündnis Mittelhessen« bereits einen Tag nach dem Urteil eine Spontandemonstration in Marburg und in Kirchhain. Auch in Dortmund soll es zu spontanen Solidaritätsaktionen gekommen sein. Die größte Neonazi-Aktion zum Thema war ein von Christian Worch angemeldeter Aufmarsch mit rund 500 Teilnehmern in Berlin-Lichtenberg am 10. Januar 2004. Eine Woche später marschierten im mittelhessischen Gladenbach rund 100 Landser-Anhänger. Mobilisiert hatte wieder das mittelhessische »Aktionsbündnis«. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Nazis und der Polizei, worauf die Veranstalter die von Manuel Mann angemeldete Demonstration abbrachen. Der Bundesanwalt Joachim Lampe erklärte, das Urteil werde »Pilotfunktion« haben. Die Nazis befürchten dies anscheinend auch, etliche Rechtsrock-Versände nahmen bereits Landser-Artikel aus dem Angebot, der Chemnitzer »Endzeit-Versand« zum Beispiel schrieb auf seiner Webseite, man wolle zunächst die Entscheidung des Berufungsgerichtes abwarten. ■

Nazi mordet in Heidenheim

»Verdammt, diese ganzen Probleme wären nicht wenn diese ‚nette' Regierung nicht jeden Tag 100derte von solch Kroppzeugs nach Deutschland holen würde« schrieb »Rommel« im Forum des niederbayerischen Wikingerversandes. Mit »Problemen« meinte er den dreifachen Mord seines Kameraden Leonhard Schmidt an jugendlichen Aussiedlern im baden-württembergischen Heidenheim. Der 17jährige Leonhard Schmidt, Schüler der elften Klasse des Technischen Gymnasiums, wuchs in Berlin auf, wo er sich neofaschistischen Gruppen angeschlossen hatte. Um ihn davon zu lösen, schickten ihn seine Eltern im September 2003 zu einem Onkel in die schwäbische Provinz. Mit diesem Onkel, 1999 selbst Kommunalwahlkandidat für die »Republikaner«, scheint der Bock zum Gärtner gemacht worden sein. Denn auch in Heidenheim tummelte sich Leonhard Schmidt in der Nazi-Skin-Szene. In der Schule fiel er vor allem mit Prahlereien über Aufmärsche und seine Waffen- und Messersammlung auf. Mehrfach bedrohte er schwarze Schüler, die er noch »ausknipsen« würde. In der Nacht zum 3. Oktober 2003 beteiligte er sich an einem brutalen Überfall auf Punks und Antifas, bei dem zwei Jugendliche schwer verletzt wurden. Danach soll Schmidt bei einem Giengener Neofaschisten gewohnt haben. In der Nacht zum 20. Dezember 2003 machte er sich mit einem 20 cm langen Messer und einem geladenen selbstgebastelten Schussapparat zur alternativen Disco »Kulturbühne K2« auf, wo er, der stadtbekannte Neonazi, nicht eingelassen wurde. Kurze Zeit später kehrte er mit mindestens zwei Begleitern zurück und stach unvermittelt auf drei Jungen im Alter von 15, 16 und 17 Jahren ein, die sofort oder im Krankenhaus ihren schweren Stichverletzungen erlagen. Mit seinen Begleitern flüchtete Schmidt dann in den benachbarten Landkreis Dillingen, versteckte sich im Haus eines Kameraden, nahm telefonisch Kontakt zur Polizei auf und stellte sich zwölf Stunden später mit seinem Anwalt der Polizei. Die kurze Aufregung in Heidenheim, weil »ein Deutscher drei Deutsche umgebracht« habe (Oberbürgermeister Bernhard Ilg, CDU), legte sich schnell. Die Angst vor »Chaoten und Autonomen« wurde geschürt, die Nazi-Szene in Heidenheim und Dillingen dagegen ignoriert, Ermittlungen gegen Mittäter, Begleiter und Fahrer sind bislang nicht bekannt geworden. ■


München, 22. Dezember 2003 * BILD * Seite 9

Disco-Besucher ein

Die Hände gefesselt, der Blick gefasst: Leonhardt (17) gestern auf dem Weg zum Haftrichter

[1]

[1] Faksimile aus der BILD-Zeitung: Leonhardt Schmidt nach seiner Festnahme

Mord an Ex-Punk in Frankfurt an der Oder unpolitisch?

Ein brutaler Mord von drei Rechten an einem Ex-Punk in Frankfurt/Oder wird vor Gericht als »nicht politisch motiviert« gewertet. Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidigung verkündeten am Tag des Urteilsspruchs im Dezember 2003 unisono, dass der Mord an Enrico Sch. keinen politischen Hintergrund hätte. Brutal war der 26jährige ehemalige Punk von drei einschlägig vorbestraften Rechtsextremisten im März 2003 gefoltert und mit einem Messer malträtiert worden – er verstarb wenige Stunden später. Später brüsteten sich die Täter mit den Worten »Das war ja nur ein Punk«. Die Höhe der letztlich verhängten Strafen war vergleichsweise hoch. Der 20jährige Haupttäter Stephan B. muss acht Jahre in Jugendhaft. Daniel Sch. (21) wurde zu einer 7jährigen Jugendstrafe, sein Bruder Marco Sch. (29) gar zu 12 Jahren Haft verurteilt. Tatsächlich war der Anlass für den Mord kein offenkundig politischer. Die Rechten tranken exzesshaft Alkohol, als die Freundin von Daniel Sch. anrief und sagte, sie sei von einem Nachbarn belästigt worden. Die drei brachen in der Absicht auf, Rache an dem ihnen bekannten »Grabscher« zu üben. Sie traten die Tür ein, doch anstatt des Wohnungsinhabers fanden sie Enrico Sch. vor, der volltrunken auf einer Couch lag – bei der späteren Oduktion wurden drei Promille Blutalkohol gemessen. Die drei Rechten sprachen ihn an, bekamen keine Antwort und begannen sodann, auf ihn einzuschlagen und ihn zu quälen – zweieinhalb Stunden lang. Dann machten sie sich mit der Geldbörse ihres Opfers, einem Handy und einer Playstation davon. Bald darauf kamen sie wieder, um die Bankkarten-Geheimzahl von ihrem Opfer zu erfahren. Der Schwerverletzte konnte nicht antworten. Ihm wurde neunmal mit einem Messer in den Oberschenkel gestochen. Als Stephan B. ansetzte, ihm die Kehle durchzuschneiden, hielten ihn die anderen zurück: »Lass nur, der stirbt eh«. Sie verließen den Tatort. Bei der Verhandlung vor dem Landgericht Frankfurt/Oder bemühte sich nur die Nebenklage um Aufklärung des Zusammenhangs zwischen Tat und rechtsextremer Einstellung der Täter. Der Frage, ob die Mörder anders gehandelt hätten, wenn sie kein rechtes Weltbild verinnerlicht hätten, wenn sie Enrico Sch. also nicht als minderwertigen Punk eingeschätzt hätten, wurde kaum nachgegangen. Während einer der Täter aus der U-Haft verkündete »Die Bewegung ist überall«, freuen sich die Landesoffiziellen in Brandenburg, für 2003 keinen Mord mit rechten Motiven bilanzieren zu müssen. ■

Dresden im Februar

weit mehr als ein rechtsradikaler Grossaufmarsch

Über 2.000 Vertriebene, Alt- und Neonazis marschierten am 14. Februar 2004 nahezu ungestört durch Dresden. Dieser Aufmarsch hat inzwischen sowohl für die rechtsradikale Szene als auch für Teile des rechtskonservativen Flügels bundesweite Bedeutung.





Historie

Anlass der alljährlich stattfindenden Demonstration ist die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten in der Nacht vom 13. Februar zum 14. Februar 1945. Um diese ranken sich in der Elbestadt seit Jahrzehnten Mythen. So wird die Opferzahl verzehnfacht, der Angriff als grausam und sinnlos betitelt.

Bereits zu DDR-Zeiten wurde die Bombardierung genutzt, um politische Propaganda zu betreiben. In den Fünfziger Jahren wurde von offizieller Seite behauptet, die Zerstörung Dresdens hätte stattgefunden, um den Sowjets kaputte Städte zu hinterlassen. Ignoriert wurde, dass auch die Option der Zerstörung Dresdens zwischen allen alliierten Kräften abgesprochen war.

Der Sinn und Zweck der späten Bombardierung wird bis heute bestritten. Fakten wie, dass Dresden auch zu dieser Zeit wichtiger Lieferant und Umschlagplatz für kriegswichtige Güter war, werden seit jeher geleugnet. Auch, dass mehreren hundert Juden einzig durch das Bombardement das Leben gerettet wurde, wird schlichtweg ignoriert[1].

Die Zerstörung Dresdens wird vor allen Dingen seit der Wende zum Anlass genommen, um einen Opfermythos zu zelebrieren, der die Deutschen als gleichwertige Opfer des Krieges definiert. In diesem neuen deutschen Diskurs wird nicht die Täterschaft geleugnet, aber Verbrechen relativiert und gleichgestellt.

Dresden heute

Der 13. Februar heutzutage bedeutet, dass sich der Oberbürgermeister der Stadt, Abgeordnete aller Fraktionen, Vertreter von Polizei und Bundeswehr, der Landtagspräsident, hunderte BürgerInnen und mehr als ein Dutzend regionale Neonazis am Morgen zum Kranzabwurf auf dem Heidefriedhof versammeln. Die dort zu DDR-Zeiten errichtete Gedenkstätte[2] stellt anhand von Stelen sieben zerstörte Städte und sieben Konzentrationslager gleichberechtigt nebeneinander. Neben Orten wie Leningrad, Coventry, Buchenwald und Auschwitz findet sich Dresden in der Wahrnehmung als »ebenbürtiges Opfer des Krieges«.

In dieser Geschichtsschreibung sind sich die VertreterInnen von Stadt und Land, die Dresdner BürgerInnen und die Nazis einig. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass es alljährlich keine Distanzierung von offizieller Seite gegenüber den stadtbekannten Neonazis gibt. Es trauern eben alle um die deutschen Opfer.

In diesem Trauereinheitsbrei, der nicht differenziert zwischen den Ursachen der Bombardierung und deren Auswirkungen, sondern immer nur von Unrecht und Grausamkeit spricht, der als Gipfel der Verhöhnung aus dem Angriff – nicht aus dem Nationalsozialismus – die Essenz des »Nie wieder Krieg« zieht, fühlen sich alte und neue Nazis geborgen. Ein ideologischer Anknüpfungspunkt, der ihnen so in Deutschland sonst nicht geboten wird.

Das Ereignis selbst

Seit 1998 zur Tradition geworden, ziehen am Abend des 13. Februar Nazis im Fackelmarsch durch die Stadt. Dieses Jahr sollten die Teilnehmerzahlen des Vorjahres, wo sich an einem Donnerstag etwa 1.200 zum



Trauerzug eingefunden hatten, noch getoppt werden. Es wurde somit von Naziseite ein Demonstrationsmarathon angeboten.
So marschierten bereits am Abend des 13. Februar 180 Nazis beim traditionellen Fackelumzug durch die Stadt. Für den 14. Februar hatte die Junge Landsmannschaft Ostpreussen[3], die bereits die Demonstration am Vortag angemeldet hatte, zum Trauermarsch aufgerufen. Ungeachtet aller Szenestreitigkeiten demonstrierten Anhänger der DSU, DVU, NPD, Republikaner und Kameradschaften in trauter Eintracht mit klassischer Musik, schwarzen Luftballons und schwarzen Fahnen. Das übliche Alkoholverbot wurde diesmal ergänzt durch ein Handy-, Rauch- und Parolenverbot[4]. Was einigen angesichts des teilweise lautstarken antifaschistischen Widerstands sichtlich schwer fiel.
Insgesamt war der 14. Februar für AntifaschistInnen ein stundenlanges »Katz-und-Maus-Spiel« mit der Polizei, die ihre volle Aufmerksamkeit den linken Gegenaktivitäten und nicht der Umsetzung der Auflagen der Nazidemonstration gewidmet hatte. Eine bürgerliche Demonstration fand Stunden vor Beginn weitab vom Aufmarsch statt. Antifaschistische Gegenaktivitäten kamen bis auf wenige Ausnahmen, vor allem aufgrund massiv erteilter Platzverweise, kaum zur Geltung.

Antifaschistische Aktivitäten

Bereits in der Woche zuvor fand eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Deutschland trau(er)t sich wieder« statt. Diese wurde zwar wie erwartet weitestgehend von den Dresdnern, abgesehen von einigen Nazis, ignoriert, versuchte aber Akzente gegen den vor Ort herrschenden revisionistischen Diskurs zu setzen.
„Den deutschen Opfermythos im Visier – Gegen jeden Geschichtsrevisionismus" – so das Motto der Demonstration am Abend des 13. Februar. Thematisiert wurde, anhand des Umgangs mit der Bombardierung Dresdens, die Einreihung der Deutschen in die Opfer des Nationalsozialismus als ein Schwerpunkt neuer nationaler Identität. 500 DemonstrantInnen stellten sich der Verfälschung der Geschichte durch vergangene und gegenwärtige Historiographie entgegen und zogen sehr zum Ärgernis der Stadt und ihrer BewohnerInnen mit Partymusik durch Dresden.
Für den darauffolgenden Tag war im Zuge des angekündigten Nazigrossaufmarsches eine Gegendemonstration angemeldet worden. Dem Aufruf[5], dass es genug zu tun gibt für diejenigen, die nach wie vor die Befreiung vom Nationalsozialismus für richtig und die Bekämpfung von Naziaufmärschen für wichtig halten, schlossen sich gerade einmal 400 Antifas an. Die Ignoranz weiter Teile der Antifaszene bzw. die haarsträubenden Begründungen um sich nicht an einer antifaschistischen Mobilisierung zu beteiligen, haben wohl überwiegend zu dem Desaster am 14. Februar beigetragen. Eine Linke, die sich einerseits gegenseitig mit Begrifflichkeiten von antisemitisch und antideutsch zu diffamieren versucht, konnte diese Tage nicht bewältigen.

Ausblick

Die offensichtliche Rückbesinnung der Nazis auf Grossaufmärsche, die bereits bis Mitte der Neunziger Jahre stattfanden, wird in der Antifaszene bisher unzureichend wahrgenommen. Nicht anders ist es zu erklären, dass die Nazis in Wunsiedel und Dresden nahezu ohne linken Protest marschieren konnten.
Antifaschistischer Widerstand kann in Bezug auf rechtsradikale Aktivitäten nur erfolgreich sein, wenn er einerseits die symbolträchtigen Grossereignisse[6] angreift und andererseits die regionalen Naziaktionen nicht aus den Augen verliert. Gerade damit es nicht zu einer Fokussierung antifaschistischer Arbeit auf rechte Highlights kommt, sind die Gruppen vor Ort auf Unterstützung angewiesen.
Was sich nach Platitüde anhört, ist bitter notwendig und bei weitem keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Antifaszene muss für Ereignisse, wo tausende Nazis sich ungestört treffen, gemeinsam denken und agieren. In dem Wissen, dass das Interesse für antifaschistische Arbeit eher rückläufig ist und die Probleme vor Ort nicht weniger werden, müssen wir im Zuge von Vernetzungen Konzepte finden, um Großereignissen wirksam entgegentreten zu können. Die Brisanz dieser symbolträchtigen und für die rechtsradikale Szene nach innen extrem stärkenden Erlebnisse erfordert vor allem eine kritische Reflektion eigener Konzepte.
Im Februar 2005 jährt sich die Bombardierung zum 60. Mal. Neben zahlreichen revisionistischen Veranstaltungen der Stadt und engagierten BürgerInnen werden auch die Nazis wieder zu Tausenden erscheinen. Auf ein offensives antifaschistisches Auftreten gegen jede Art von Geschichtsrevisionismus bleibt zu hoffen. ■

1| Für den 14. 02.1945 bestand ein Deportationsbefehl für alle noch in Dresden verbliebenen Juden des sog. Judenlagers Hellerau
2| Ursprünglich von den Nazis als Heldengedenkstätte in Form eines Thing-Kreises für die Soldaten des I. Weltkrieges geplant
3| Anmelder war der bekannte Neonazi Alexander Kleber
4| Selbst die Hände durften nicht in den Taschen bleiben
5| Mobilisierungsaufruf »Naziträenen satt – gegen jeden Geschichtsrevisionismus«
6| Gemeint sind hiermit Wunsiedel, Dresden, der 1. Mai und das »Deutsche Stimme Pressefest« – alles Ereignisse, welche mehrere tausend Nazis mobilisieren.

Nazis morden in Gera

Wenn Nazis morden und sich nichts bewegt

Im thüringischen Gera wurde Oleg V., ein 27jähriger »Russlanddeutscher«, in der Nacht zum 21. Januar 2004 von vier jungen Nazis aus Gera und Umgebung brutal ermordet. Die Täter schlugen ihrem Opfer von hinten eine Bierflasche gegen den Kopf und traten dann mit ihren Stiefeln zu, rammten ein Messer in den wehrlosen Körper und zertrümmerten mit einem Hammer das Gesicht. Die 14 - 19jährigen sind nach mehreren Zeugenaussagen eindeutig der rechten Szene zuzuordnen.

» Noch am gleichen Tag verhaftete die Polizei die vier Tatverdächtigen, sie alle legten ein Geständnis ab. Bis auf einen 14jährigen sind alle vier wegen Körperverletzung, Raub, Vandalismus und Einbrüchen vorbestraft. Laut Aussagen der Täter kannten sie das Opfer flüchtig und tranken zusammen Bier. Dann sei es zum Streit gekommen und die vier hätten den Entschluss gefasst, Oleg umzubringen. Die Angehörigen und Freunde des Opfers wollen aus Angst vor Racheaktionen der rechten Szene keine belastenden Aussagen machen, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft werden noch zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen.

Die Polizei verkündete bereits einen Tag nach der Tat, dass ein politisches Mordmotiv ausgeschlossen wird. Angesichts der Tatsache, dass selbst Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann nur wenige Tage danach ein rassistisches Motiv nicht mehr kategorisch ausschloss und die Polizei bis zum heutigen Zeitpunkt keinerlei Hinweise auf ein anderes Tatmotiv vorgelegt hat, ist es offensichtlich, dass die Angelegenheit ausgesessen und eine antifaschistische Gegenöffentlichkeit klein gehalten werden soll.

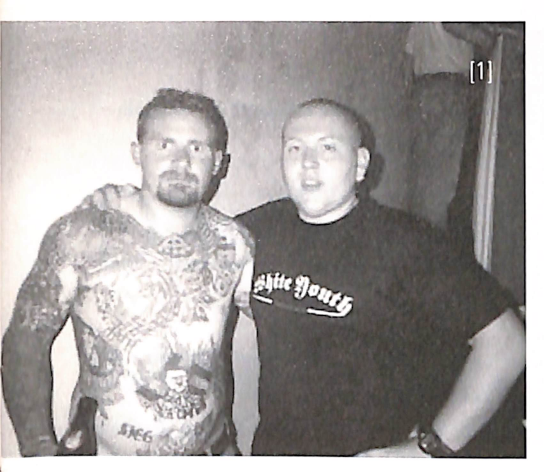
In Erfurt, Dessau und Pirna fanden anlässlich der bestialischen Gewalttat Spontandemonstrationen statt. Der Nazimord war auch Thema einer Demonstration gegen rechte und rassistische Gewalt am 31. Januar in Weimar. Am 1. Februar 2004 folgten dem Aufruf der Antifaschistischen Aktion Gera [AAG] rund 250 AntifaschistInnen und demonstrierten unter dem Motto »Nazi-Terror stoppen! Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!« durch die Geraer Innenstadt und den Stadtteil Bieblach-Ost. Die AAG organisierte vier Kundgebungen in der Geraer Innenstadt, verschiedene Gewerkschaften, Parteien, Initiativen und Organisationen entschlossen sich dazu, sich nicht mit verkürzten Polizeiaussagen und den vermeintlich objektiven Berichten der Lokalpresse zufrieden zu geben und die skandalösen Zustände der zweitgrößten Stadt Thüringens endlich in einer größeren Öffentlichkeit zu thematisieren. Die rechte Gewalt nimmt dort nämlich seit dem Jahreswechsel wieder rapide zu.

Zunehmender Neonaziterror

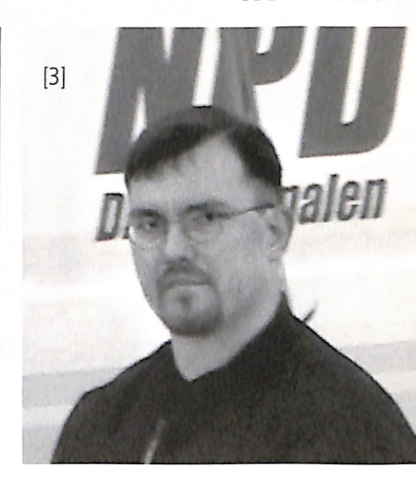
Am 2. Februar 2004 wurde ein geistig behinderter Jugendlicher in einem Baumarkt durch Messerstiche so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus ins Koma fiel. Die Hintergründe der Tat sind noch nicht völlig geklärt, ein rechtes Tatmotiv ist jedoch denkbar. So soll das Opfer in einer Wachphase gesagt haben, dass es sich bei den Tätern um Nazis handelte. Die Staatsanwaltschaft soll die Ermittlungen bereits eingestellt haben, da der Betroffene aufgrund des traumatischen Erlebnisses nichts mehr sagt.

Am 5. Februar 2004 griffen drei Deutsche einen 18jährigen Armenier an. Bei der Schlägerei geriet einer der Angreifer unter die Straßenbahn und verstarb noch am Unfallort. Der 21jährige Marcel W. war Obergefreiter der Bundeswehr und bereits wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung vorbestraft. Der leitende Oberstaatsanwalt Raimund Sauter und der Polizeidirektor Lothar Kissel mussten einräumen, dass die drei Deutschen den Armenier zuvor in ausländerfeindlicher Weise beschimpft hätten. Am folgenden Tag legte eine Gruppe von rund 25 rechten Jugendlichen Blumen und einen Kranz am Unfallort nieder. Sie führten ein Transparent mit dem Schriftzug »Marcel wir trauern um Dich. Kriminelle Ausländer raus! Elsterfront!« mit sich. Die Polizei war nach Angaben des Geraer »Bündnis gegen Rechts« über die Mahnwache informiert, hielt es aber offenkundig nicht für notwendig, dort zu erscheinen, da es sich nicht um »erkennbar rechtsextreme Jugendliche« gehandelt hätte.

Auf einer Mahnwache am 4. Februar 2004 provozierten mehrere Faschisten am Rande der Kundgebung, darunter bekannte Nazikader wie Denis Schoner und Jens Fröhlich. Sie trugen Aufnäher mit Schriftzügen wie »Elsterfront Gera« und »Eugenik«. Jens Fröhlich, der sich vor die KundgebungsteilnehmerInnen stellte, Portraitaufnahmen schoss und im Beisein von Ordnungsamt und Polizeikräften Parolen wie »Heil Blood & Honour«







[1] Der Geraer Jens Fröhlich (rechts) ist Sänger der Nazi-Band »Eugenik« und gilt als Aktivist der Anti-Antifa.

[2] Gegen die Geraer Securityfirma Pollux wird der Vorwurf erhoben, Pauschalkräfte aus der rechten Szene zu beschäftigen.

[3] Der Geraer Gordon Richter ist Funktionär der NPD und Aktivist der »Kameradschaft Gera«.

skandierte, ist Sänger der Geraer Naziband »Eugenik« sowie für Anti-Antifa-Recherchen und mehrere Angriffe auf Linke bekannt.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es, als ein Nazi direkt an den KundgebungsteilnehmerInnen vorbeilief und die Worte »White Power« und »Sieg Heil, ihr Schweine« grölte und dabei den Arm zum Hitlergruß erhob. Die Polizei reagierte erst nach mehrfacher Aufforderung der AntifaschistInnen.

Am 12. Februar 2004 fand eine Kundgebung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unter dem Motto »Saufen, Prügeln, Töten – rechte Unkultur und ihre Anhänger« in Gera statt. Mike Huster, ein Mitglied der Geraer Stadtratsfraktion der PDS, habe das Motto der Kundgebung nicht geteilt, wie er gegenüber der Jungle World mitteilte. »Das ist eine Zuspitzung, die eine weitere Konfrontation fördert. Die Rechten haben ihre Schwerpunkte, ich wehre mich aber gegen eine Reduzierung der Stadt Gera auf ein Nazinest. Polizeidirektor und Bürgermeister haben sich deppert geäußert.« Dieser Aussage hält die AAG in einem Interview mit der Wochenzeitung entgegen: »Der Vorwurf Husters, Linke hätten Schuld am Hochschaukeln der Situation, ist eine widerliche Täter-Opfer-Verdrehung, wie sie Polizeidirektor Kissel und Oberbürgermeister Rauch schon praktiziert haben. Vielmehr folgt Huster einer auch für lokale PDS-PolitikerInnen gängigen Standortlogik, die uns angesichts der tödlichen Konsequenz einer menschenverachtenden Ideologie zutiefst empört. Gera ist leider doch ein elendes Nazinest mit bundesweiter Relevanz.«

Der Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung, Uwe Müller, befürchtete in einem Interview mit Polizeidirektor Lothar Kissel, dass die AAG dem Mord einen »politischen Stempel aufdrükken« würde. Kissel stimmte ein: »Die unbewiesenen Behauptungen der linksautonomen Gruppen sind in hohem Maße geeignet, unserer Region den Stempel politischer Gewalttätigkeit aufzudrücken und werden in keiner Weise der Realität gerecht.« Er rief daher dazu auf, der Demonstration am 1. Februar 2004 fernzubleiben. »Solchen antidemokratischen Eskapaden darf nicht länger tatenlos zugesehen werden«, reagierte ein Sprecher des »Bündnis Gegen Rechts«. Derzeit prüfen die Anmelder der Demonstration rechtliche Schritte gegen den Polizeidirektor. Staatliche Repression und Schikanen durch die städtischen Behörden scheinen ein immer größeres Ausmaß anzunehmen, je mehr sich die »Nestbeschmutzer« in das politische Alltagsleben einmischen. Mitte Februar erhielt das Autonome Zentrum eine Verwarnung, da durch das Objekt die öffentliche Sicherheit und Ordnung und somit das »Ansehen der Vermieterin« gefährdet sei.

Das thüringische Gera liegt in einem braunen Landkreis ohnegleichen und ist seit der Wende einer der beliebtesten Rückzugspunkte für Nazis. Es herrscht dort ein rassistisches Klima, welches sich nach der Wiedervereinigung quer durch die Gesellschaft gefestigt hat. Über Jahre hinweg wurde dem Aufbau rechter Strukturen wenig entgegengesetzt und die Faschisten dominieren heute die Jugendkultur. Es gibt vermutlich keine Stadt in den neuen Bundesländern, in der die Bandbreite rechter Organisationen und Aktivitäten so umfangreich ist wie in der thüringischen Großstadt.

In Gera gibt es vier rechte Geschäfte und fünf Versandhäuser/Musikvertriebe, mehrere Nazikneipen, neun Nazibands und zwei »nationale Liedermacher«. NPD/JN, Kameradschaften, rechte Geschäfte, Versandhäuser, Kneipen und Musikstrukturen konnten sich spätestens seit Mitte der Neunziger Jahre ungestört ausbreiten. Die lokale Naziszene verfügt über eine solide Infrastruktur und Finanzquellen.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« im letzten Jahr ihr Pressefest →



Die Geraer Kneipe Halleluja gilt als Treffpunkt der extremen Rechten.

→ nach Meerane, einen kleinen sächsischen Ort direkt neben der Grenzstadt Gera, verlegte. Mehr als 3.500 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich dort zur bundesweit größten Naziveranstaltung des Jahres. Die NPD erzielt in Gera schon immer einen der höchsten Stimmenanteile im Land. Auf dem Landesparteitag am 7. Dezember 2003 kamen sechs von fünfzehn Delegierten für die Landesliste der NPD aus der Region Gera.

Die jahrelange Zusammenarbeit zwischen der NPD und dem militanten »Thüringer Heimatschutz« sorgte für eine enge Anbindung des militanten Nazi-Spektrums an die NPD. So kandidierten auf der letzten Landesliste führende Aktivisten des Thüringer Heimatschutzes, darunter die beiden Nazikader Jan Stöckel und Jörg Krautheim aus Gera.

Neben militanten Faschisten der »Kameradschaft Gera« und »Elsterfront Gera« sollen rechte Skinheads bei privaten Security-Firmen wie »Pollux« oder »Weber« angestellt sein und teilweise gute Beziehungen ins Rotlichtmilieu pflegen. Bestimmte Kneipen gelten dabei als Umschlagplatz für Infos, Geld und Propagandamaterial. Manche Firmen stellen bevorzugt oder ausschließlich rechte Pauschalkräfte ein.

Konzerte mit eindeutig bekennenden Nazibands, die oftmals direkt aus Gera kommen, finden verstärkt in der Region Gera statt und werden sogar mitten in der Innenstadt abgehalten (wie das NPD-Open Air im Juni 2003 oder das Nazikonzert Ende letzten Jahres im Südbahnhof).

Die Nazibands in Gera verfügen über bundesweite Kontakte, insbesondere innerhalb des ehemaligen »Blood & Honour«-Netzwerkes. Das LKA durchsuchte am 25. November 2003 zeitgleich bei über zwanzig Nazis in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen mehrere Wohnungen und Geschäfte. Anlass war die Verbreitung des verbotenen Samplers »Blood & Honour – trotz Verbot nicht tot«. Laut Recherchen der TAZ sei dieser von den Geraer Nazibands »Eugenik« und »Totenburg« eingespielt worden. Da die genannten Bands die verbotene »Blood & Honour«-Strukturen weiter nutzen, wird nicht nur wegen Propagandadelikten, sondern auch wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz ermittelt.

Die Geraer Nazikader Gordon Richter und Andre Berghold, beide auch im Landesvorstand der NPD Thüringen, meldeten Ende letzten Jahres zwei Nazikonzerte in Bergisdorf (Sachsen-Anhalt) an. Allein bei der letzten Veranstaltung sollten unter dem scheinheiligen Motto »Die Lage der NPD im Wahljahr 2004« die Rechtsrock-Bands »Eugenik«, »Blutstahl«, »Sachsonia«, »Thor«, »Jungsturm«, »Act of Violence«, »Frontalkraft«, »Sleipnir« und »DNA« sowie die Redner Frank Schwerdt (Landesvorsitzender Thüringen, Bundesgeschäftsführer NPD) und Ralf Ollert (Landesvorsitzender Bayern, Stadtrat für BI Ausländerstopp Nürnberg) auftreten. Die auch im Kreisvorstand der Geraer NPD vertretenen Nazikader Richter und Berghold waren ebenfalls für das Geraer NPD-Open Air im Juni letzten Jahres verantwortlich.

Bei dem Nazikonzert unter dem Motto »Rock gegen Krieg« wurde im letzten Jahr mitten in der Innenstadt eine Frau mit einer Bierflasche bedroht und ein Jugendlicher von zwei Nazis angegriffen.

Die Ostthüringer Zeitung wusste in einer Berichterstattung über die NPD-Veranstaltung mitzuteilen, dass Gera nicht braun sei und auch der Osten nicht. Die »Ursachen brauner geistiger Umnachtung« lägen in der »Perspektivlosigkeit unter vielen jungen Leuten« und dem »fehlenden Mumm, in den Westen zu gehen«.

Auf den Punkt brachte es da wohl eher ein Beitrag der ARD-Sendung »Polylux«, der die »einst blühende Metropole« bezeichnend als »Endstation Gera« benannte. ■

Weitere Informationen unter:
http://aag.antifa.net

Das Ende eines Labels

Das Verbot der »Fränkischen Aktionsfront«

Am 22. Januar 2004 hat das Bayerische Innenministerium das vor allem im Raum Nürnberg aktive Neonazi-Netzwerk Fränkische Aktionsfront (FAF) auf Grundlage des Vereinsgesetzes verboten. Die FAF bot hierfür insofern Ansatzpunkte, als dass sie mit einem ausformulierten Organisationskonzept und der IG WIR als alleinigem entscheidungsbefugtem Gremium – sozusagen Quasi-Vorstand – sehr formelle, vereinsähnliche Strukturen hatte. Als Begründung wurden »Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus« und »zunehmend aggressive Agitation« angeführt. Im Rahmen der Verbotsvollstreckung durchsuchte die Polizei 13 Wohnungen im Großraum Nürnberg und eine in Mainz. Unter anderem soll auch eine scharfe Pistole beschlagnahmt worden sein, weshalb gegen eine Person ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. In Fürth war beispielsweise Matthias Fischer von Durchsuchungen betroffen. Er war Kader der IG WIR und für fast alle ihre Veröffentlichungen presserechtlich verantwortlich. In Herzogenaurach wurde Tommy Müller, Aktivist der dortigen Kameradschaft durchsucht und in Kirchehrenbach - Kreis Forchheim ein Haus, in dem mehrere »AktivistInnen« wohnen.

Die FAF war in den letzten Jahren die nach außen hin aktivste Nazi-Struktur in Süddeutschland. Sie übernahm eine Scharnierfunktion zwischen mehreren Kameradschaften im Grossraum Nürnberg und agierte in enger Kooperation mit den regionalen NPD-Strukturen. Die NPD stellte der FAF ihre Infrastruktur zur Verfügung, Aufgabe der FAF war es dann Interessierte durch ein breites Angebot an »Freizeitaktivitäten« zu binden und dadurch an die NPD heranzuführen. Dieses Verhältnis steht exemplarisch für die Nazi-Strukturen in großen Teilen Bayerns. So hat die NPD in den vierzig Jahren ihres Bestehens eine stabile Organisation entwickelt. Um diese sammeln sich einzelne Kameradschaften, seien es die »Weißen Wölfe« im Raum Roding und Weiden (Oberpfalz) oder die Kameradschaften Lichtenfels und Passau (Oberfranken und Niederbayern), als Vorfeldorganisationen.

Obwohl die FAF den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Raum Nürnberg verortet sah, war sie darauf bedacht die Nazi-Szene auch bayernweit zu vernetzen, woraus die erwähnte »AG Bayern« resultierte. Weniger ausgeprägt, aber doch vorhanden, waren die Verbindungen von München und Nürnberg zu Gesinnungsgenossen in Baden-Württemberg. Die Organisation von Neonazi-Aktivitäten gegen die Wehrmachtsausstellung in Schwäbisch-Hall 2003 ist dafür nur ein Beispiel.

Bei Aufmärschen, zu denen die FAF bis zu 120 Teilnehmer mobilisierte, erregten diese mit ihrem dem geläufigen Bild des »Neonazis« untypischen Erscheinungsbild Aufsehen. »poppige« Mainstreammode wurde mit völkischer NS-Ideologie verbunden. Auch die Organisationsform hatte Vorbildfunktion: So übernahmen die Mecklenburgische und die Pommersche Aktionsfront nicht nur den Namen, sondern auch gleich die organisatorische Struktur und das schriftlich formulierte Konzept der FAF. Dennoch dürfte das Verbot im bundesweiten Kameradschaftsgefüge, das zuletzt von einer starken Dezentralisierung und Regionalisierung geprägt war – was u.a. von der FAF forciert wurde – keine großen Spuren hinterlassen haben. Es gibt nach wie vor genügend etablierte Kameradschaften, die den Part der FAF beispielsweise bei der Mobilisierung zu den jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmärschen übernehmen können.

Die mittelfränkische Naziszene dagegen muss fortan auf ein lieb gewonnenes und identitätsstiftendes Label verzichten und erfährt so in ihrer Außenwirkung einen Dämpfer. Die eigentliche Basis der FAF, die ehemals in ihr organisierten Kameradschaften, sind vom Verbot nicht betroffen. Auch die NPD steht für zukünftige Aktivitäten als Organisationsstruktur zur Verfügung. Damit wurde die Strategie Vorfeldorganisationen für die NPD zu gründen, um bei deren Verbot weiter funktionierende Strukturen gewährleisten zu können, zwar auf den Kopf gestellt, sie funktioniert aber dennoch. ■

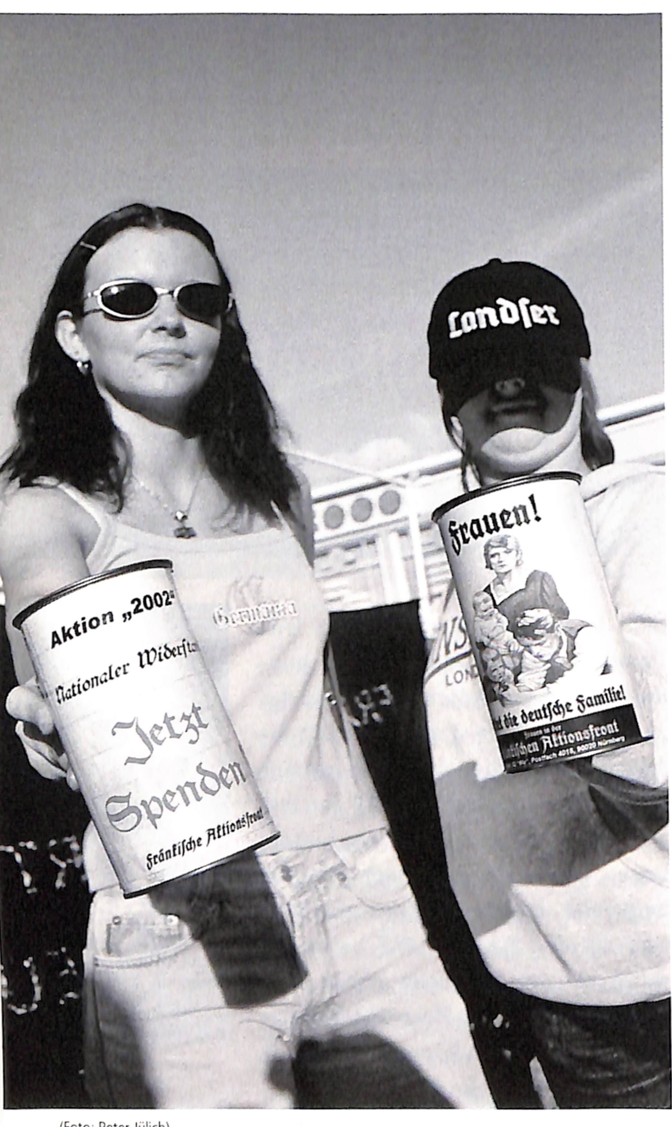




[1] FAF-Frauentransparent beim Hess-Marsch in Wunsiedel 2003
[2] Tommy Müller aus Herzogenaurach (im Troublemaker-T-Shirt) war von einer Hausdurchsuchung gegen die FAF betroffen.

Zwischen Profit und Pleite

Die extreme Rechte und ihre Finanzen



(Foto: Peter Jülich)

» Das Thema Neonazis und Geld bietet traditionell viel Stoff für Spekulationen und politische Mythenbildung. In diesem Artikel soll es jedoch nicht um geheime Großfinanziers, dunkle Geschäfte oder schwarze Kassen der Nazi-Szene gehen. Wir wollen stattdessen einige Beispiele aus verschiedensten Bereichen der Thematik aufzeigen, um einer realistischen Einschätzung in diesem Bereich etwas näher zu kommen. Die Beispiele machen deutlich, dass innerhalb des Milieus der extremen Rechten zwar viel Geld zu verdienen ist, doch deshalb das Bild von überquellenden Nazikassen zu zeichnen, geht an der Realität vorbei. Denn nicht alle, die an einem rechten Lifestyle verdienen, lassen das Geld zurück in die Bewegung fließen. Aber ein beachtlicher Personenkreis, der von Geschäften mit rechtsextremer Ideologie lebt und diese, quasi bezahlt, kontinuierlich verbreitet, ist durchaus Realität.

RechtsRock als Finanzquelle?

Innerhalb der neonazistischen Musikszene konstatierten wir schon vor vielen Jahren, dass die Produktion und der Vertrieb von Musik ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung dieser Szene ist. Allgemeine Aussagen darüber, wer wieviel verdient, lassen sich jedoch schwer treffen. Da die reinen Produktionskosten einer für etwa 15 Euro verkauften CD bei maximal zwei Euro liegen, ergibt sich faktisch eine Gewinnspanne von mehr als zehn Euro beim direkten Verkauf an die Endkunden. Voraussetzung hierfür sind aber kurze und sichere Produktions- und Vertriebswege.
Die Zeitschrift »Rock Nord« bzw. die dazugehörenden Firmen gelten als Paradebeispiel für die Kommerzialisierung des neonazistischen Musikmarktes.

Von Rock Nord ...

Zur Betrachtung der Finanzsituation liegt uns Material aus der zweiten Hälfte des Jahres 2000 vor. Verantwortlich für die Geschäfte zeigt sich die »Creative Zeiten Verlags und Vertriebs GmbH«. Damals wurde das Unternehmen offiziell von Andreas Zehnsdorf und Jan Zobel geführt. Der »Neonazi-Yuppie« Thorsten Lemmer hatte sich aus der Führung der GmbH schon 1999 zurückgezogen. Dennoch wurde ihm von der GmbH ein monatliches Gehalt von bis zu 5.000 DM überwiesen. Andreas Zehnsdorf und Jan Zobel erhielten weitaus geringere Löhne. Im betrachteten Zeitraum setzte allein der Versandhandel bis zu 55.000 DM pro Monat mit dem Verkauf von CDs und anderen Nazi-Artikeln um. Dabei dürfte dieses einem monatlichen Absatz von mindestens 1.200 Tonträgern entsprechen. Was hier allerdings als wirklicher Ertrag übrig blieb, ist schwer einzuschätzen. Das liegt hauptsächlich daran, dass sich in den vorliegenden Unterlagen keinerlei ausgehende Summen an CD-Produzenten oder Zwischenhändler finden. Auffällig ist jedoch, dass monatlich oft Beträge von bis zu 15.000 DM in Bar abgehoben oder mit der EC-Karte beglichen wurden. Dies lässt entweder auf eine eher konspirative Abwicklung des Einkaufes über Barzahlung schließen, oder aber es handelt sich um Privatentnahmen.
Auffällig ist, dass das Konto der GmbH ständig mit Beträgen von bis zu 20.000 DM im Soll lag. Immer wenn sich diese Verbindlichkeiten durch eingehende Zahlungen abbauten, fanden sofort größere Barabhebungen statt und das Konto war wieder weit im Minus. Ein Geschäftsgebaren, das anhand immenser Zinsen für Dispo- und Überziehungskredit aus wirtschaftlichen Gründen kaum zu erklären ist. Wenn das Konto einmal soweit im Minus war, dass anfallende Lastschriften nicht mehr gebucht werden konnten, sprang stets eine weitere

Firma aus dem »Lemmer-Geflecht« ein und glich das Konto etwas aus. Dies waren entweder »Funny Sounds« oder die »Creative Zeiten Verlags GmbH«, die für den Verkauf der Zeitschrift »Rock Nord« verantwortlich war. Außer Lemmer selbst scheinen die weiteren Angestellten des Vertriebes, mitunter bis zu sechs Personen, alle als 630,- DM-Kräfte angestellt gewesen zu sein. Außerdem wurden über die Firma mindestens zwei Autos angeschafft und finanziert.

Ob die GmbH jemals Gewinn im betriebswirtschaftlichen Sinne abgeworfen hat, darf stark bezweifelt werden. Schließlich meldeten sowohl die GmbH als auch »Funny Sounds« bis 2001 Konkurs an und wurden durch eine weitere »Lemmer-Firma«, nämlich die Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH (VGR) ersetzt. Allerdings haben es die Firmen immerhin geschafft, mehreren Personen aus der rechten Szene ein geregeltes Einkommen zu verschaffen und tausendfach Nazi-CDs zu verkaufen.

... zu Landser

Im Gegensatz zu diesen legalen Strukturen dürften konspirativ produzierte Veröffentlichungen in der BRD – im Verhältnis zum Aufwand – noch weniger Geld abwerfen. Der Hauptgrund ist, dass billige Produktionswege und legaler Vertrieb unmöglich sind. Jedem Beteiligten muss die Mitarbeit aufgrund des Risikos schmackhaft gemacht werden. So hält jeder, der in die Herstellung und den Vertrieb involviert ist, die Hand auf und will ein Stück vom Kuchen abhaben.

Die vergangenen Jahre zeigten, dass eine Band nur sehr wenig von den Gewinnen einer konspirativ erstellten CD erhielt. Oft wurden die Mitglieder mit Freiexemplaren der CDs abgespeist und einen eventuellen finanziellen Gewinn machten die Vertreiber der CDs. Das korrespondiert damit, dass es einer politischen Band sicherlich egal sein wird, wie viel Geld sie schlussendlich bekommt. Schließlich sind die Inhalte wichtiger und außerdem wertet eine konspirative Produktion auch das Ansehen einer Band innerhalb der Szene auf. Problematisch wird es immer nur dann, wenn irgendeine der beteiligten Seiten Gewinn mit der konspirativen Musikproduktion machen will.

Ein oberflächlicher Blick auf die Finanzen bei der Produktion der Landser-CD »Ran an den Feind« macht dies deutlich. Wir hatten deren Herstellungs- und Vertriebsstrukturen bereits in der vorhergehenden Ausgabe dokumentiert. Erwähnenswert bleibt jedoch, dass der Produzent der Landser-CD »Ran an den Feind«, Jan Werner von Movement Records, weniger als 8.000 DM Gewinn an den 5.000 produzierten CDs gemacht haben dürfte.[1] Einen Teil des Kuchens fassten in der Produktionsphase schon die Helfer Mirko Hesse und Toni Stadler ab, die für ihre Mitarbeit 250 bzw. 100 CDs bekommen haben sollen.

Insgesamt sind Verkäufe von 4.150 CDs in einem Gesamtwert von etwa 53.000 DM dokumentiert. Diesem Umsatz standen jedoch Produktionskosten von weit über 44.000 DM gegenüber. Die Produktionskosten waren der Band Landser geschuldet, die durch ihre Gagenforderungen von 30.000 DM die Herstellungskosten von ca. 2,60 DM pro CD auf 8,80 DM hochschraubten.

Ein interessanter Aspekt war schlussendlich, dass sich der Produzent Werner knapp 10.000 DM bei einem Freund borgte. Dies geschah etwa zu der Zeit, als Blood&Honour Deutschland verboten wurde und im Zuge der Razzien ein Sparbuch mit mehr als 70.000 DM gefunden wurde. Wir betitelten dieses Geld damals als »Kriegskasse von B&H Deutschland«.[2] Vielmehr scheinen die einzelnen B&H nahestehenden Labels und Versände aber auf eigene Rechnung gearbeitet zu haben. So ist erklärbar, dass sich



[1] Torsten Lemmer, ehemaliger Herausgeber von »Rock Nord«

Werner das Geld für die Landser-Produktion von einem unzuverlässigen Freund besorgen musste. Ein bundesweit gemeinsames Agieren von B&H-Strukturen scheint es – zumindest am Beispiel der B&H-Vorzeigeband Landser – nicht gegeben zu haben.

Viel Geld zu holen ...

Dass die rechte (Jugend)-Szene nach wie vor einen lukrativen Absatzmarkt darstellt, belegt die Firma Mediatex GmbH aus Zeesen in Brandenburg. Diese produziert und vertreibt die Marke »Thor Steinar«, eine seit Oktober 2002 auf Axel Kopelke registrierte Marke, die Kleidungsstücke mit nordisch-germanischer Runensymbolik in verhältnismäßig guter Qualität anbietet.[3] Diese Marke findet innerhalb der bundesdeutschen Neonazi-Szene breiten Absatz. Dies belegen Materialien, die uns anonym zugespielt wurden. Im Weihnachtsgeschäft Mitte Dezember 2003 konnte die GmbH einen Kontostand von etwa 45.000 Euro verzeichnen. Der akkumulierte Umsatz (Haben) betrug für 12 Tage über 95.000 Euro. Insgesamt kamen fast 45.000 Euro durch den reinen Verkauf an Kunden und →



Zwischenhändler rein. Dass die hohen Preise für die »Thor Steinar«-Produkte zumindestens nicht auf die reinen Materialkosten zurückzuführen sind, zeigen beispielhaft die durchschnittlichen Ausgaben für Material-Importe aus der Türkei.[4] Im Februar 2004 bestellte die Mediatex GmbH Hosen im Gesamtwert von fast 36.000 Euro. Der Einzelpreis lag hierbei etwa bei zwölf Euro. Bei einer Bestellung von T-Shirts im Gesamtwert von etwa 56.000 Euro lag der Einzelpreis für ein T-Shirt zwischen fünf und sechs Euro. Natürlich zählen nicht nur Anhänger der rechtsextremen Szene zu den Käufern der »Thor Steinar«-Produkte. Doch dürfte hier mindestens ein Schwerpunkt des Absatzmarktes liegen. Zu den größeren Abnehmern der Marke zählen immerhin Vertriebstrukturen, die vornehmlich die rechtsextreme Szene beliefern, so Udo Nagrotzki vom Laden Rascal in Chemnitz und Lars Georgi vom TTV-Versand in Hamburg.

Die Marke »Thor Steinar« zeigt, dass ein professionell geführtes Unternehmen, das qualitativ hochwertige Produkte anbietet, durchaus hohe Gewinnspannen erzielen kann. Der Weg zum Erfolg führt über eine zweigleisige Marketing-Stategie. Für den politischen Laien stellt »Thor Steinar« eine politisch unverfängliche, modische und sportliche Szene-Marke dar. Laut dem Rechts-Rock-Magazin »Rock Nord« schickt sich »Thor Steinar« jedoch ins Rennen um »patriotische Käufer«: »Hinsichtlich spezieller Bedeutungen kann man hier sicherlich von ,patriotischer Kleidung' mit nordischer Attitüde sprechen.«[5] Antifaschistische Gruppen wollen daher eine Kampagne gegen die weitere Verbreitung von »Thor Steinar« initiieren.

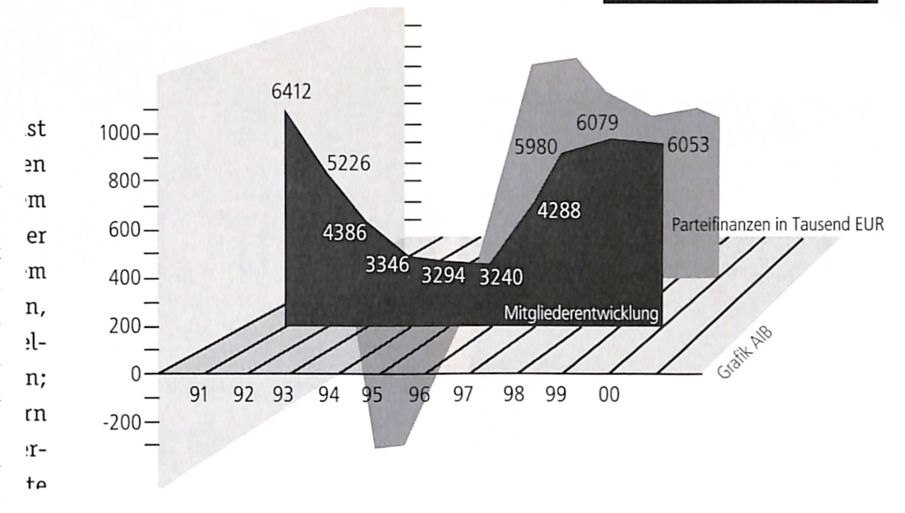
Rechtsextreme Parteien – Mehr Spenden als Mitgliedsbeiträge

Bei den größeren rechtsextremen Parteien wie z.B. der NPD ist aufgrund der parteiformalen Struktur die finanzielle Situation zumindest ansatzweise nachvollziehbar. Nach offiziellen Statistiken nahm die NPD im Jahr 2000 unter Abzug des innerparteilichen Geldtransfers insgesamt zwei Millionen Euro ein. 21,6 Prozent davon (432.000 Euro) kamen durch Mitgliedsbeiträge zusammen. Der durchschnittliche Jahresbeitrag eines Mitgliedes lag bei 71,31 Euro. Fast genauso viel Einnahmen wie durch ihre Mitglieder erhielt die Partei durch staatliche Mittel: 21,40 Prozent (428.000 Euro). Den Rest ihrer Einnahmen, 50,8 Prozent (1.016.000 Euro), verbuchte die NPD als Spenden. Natürliche Personen spendeten hiervon 1.014.000 Euro und juristische Personen 2.000 Euro. Die Ausgaben der NPD lagen knapp über ihren Einnahmen. Unter Abzug des innerparteilichen Geldtransfers lagen die Gesamtausgaben bei 2.027.000 Euro. Das Geld ging zu 49,28 Prozent (999.000 Euro) für politische Tätigkeit, zu 33,35 Prozent (676.000 Euro) für Verwaltungsaufgaben und zu 10,41 Prozent (211.000 Euro) für Personalausgaben drauf. Als Reinvermögen der NPD wurden letztendlich 804.000 Euro angegeben.[6] Den bezahlten NPD-Kadern wird von »Freien Nationalisten« hin und wieder vorgeworfen, vom System zu leben und somit gekauft worden zu sein. Allein für den »Möbelkauf Vor- und Chefzimmer« in der Berliner NPD-Zentrale sollen 4.687 DM ausgegeben worden sein – ein Betrag, von dem so manche Kameradschaft nur träumen kann.

Wenig Leute zahlen viel ...

Bei kleineren Parteien der politischen Rechten ist die Finanzlage meist noch mehr von der finanziellen Situation ihrer wenigen Funktionäre abhängig. Private und politische Ausgaben sind hier nur noch schwer auseinanderzuhalten, was nicht selten für Ärger sorgt. Ein Blick auf die Finanzen der Berliner Strukturen des inzwischen aufgelösten »Bund Freier Bürger« (BFB) belegt dies eindrucksvoll.

So beklagte der Ex-BFB-Funktionär Torsten Witt 1998 gegenüber seinem damaligen Vorsitzenden Joachim Baum: »(...) da diese Summe unserem Landesverband damals nicht zur Verfügung stand, habe ich durch persönliche Gespräche mit Parteimitgliedern und Freunden unserer Partei Spenden und Darlehen in Höhe von mehr als 15.000 DM beigebracht (...) Ihre eigene und ausschließlich persönliche Kritik dann auch noch zum



Vorwand zu erheben, mir einen nicht geringen Teil des verlangten Geldes nicht mehr erstatten zu wollen, ist schlicht unverschämt!«. Ein Jahr später, nach seinem Rücktritt, konterte Baum: »Ich lasse mir aber weder von dem RA Roscher noch von dem Studenten Witt den Vorwurf gefallen, daß von mir finanzielle Unregelmäßigkeiten zu verantworten wären; denn in der Tat wurden von Herrn Witt und Herrn Endlweber (...) diverse Zahlungen für nicht genehmigte und nicht nachvollziehbare Rechnungen veranlaßt, was dann bei leerer Kasse auch zum Schaden der Partei führte.« Anschließend führte Baum aus, welche privaten Ausgaben er für die Partei ungedankt geleistet hatte und wie eine Sponsorin auf ihren Unkosten sitzen blieb.

Bei dem Berliner BFB-Parteitag im Februar 1999 stand die Partei kurz vor der Pleite. Den etwa 80 DM auf dem Konto und etwa 1.000 DM in der Barkasse standen erhebliche Verbindlichkeiten gegenüber. So standen laut dem Landesschatzmeister Franz Endlweber u.a. ca. 3.500 DM Beitragsabführung an die Bundespartei, 2.670,55 DM Auslagenerstattungen an Parteimitglieder und 700 DM Darlehen von Parteimitgliedern aus. Die Rechnungsprüferin Sigrid Weiß erklärte obendrein, dass für die Jahre 1997 und 1998 noch kein vollständiger Kassenbericht und Buchführungsbericht vorgelegen habe. Da die Bundespartei ein bayerisches Buchhaltungsbüro beauftragt hatte, die offizielle Buchführung aller Landesverbände zu übernehmen, wurde der heikle Punkt zusammen mit der »finanziellen Entlastung« des Landesvorstandes verschoben. Finanzielles Hickhack zwischen einstigen Parteikollegen folgte. So ließ sich laut Witt der ausgetretene Bernard S. Arnhold seine Getränkerechnung für einen Parteitag unter Androhung des Klageweges überweisen. Da er aber die Rechnung nicht eingereicht und die Bezahlung ausstehender Mitgliedsbeiträge mittels Widerspruch platzen gelassen haben soll, drohte der Berliner BFB ihm mit einem gerichtlichen Mahnverfahren und einer Strafanzeige wegen Betrugs.

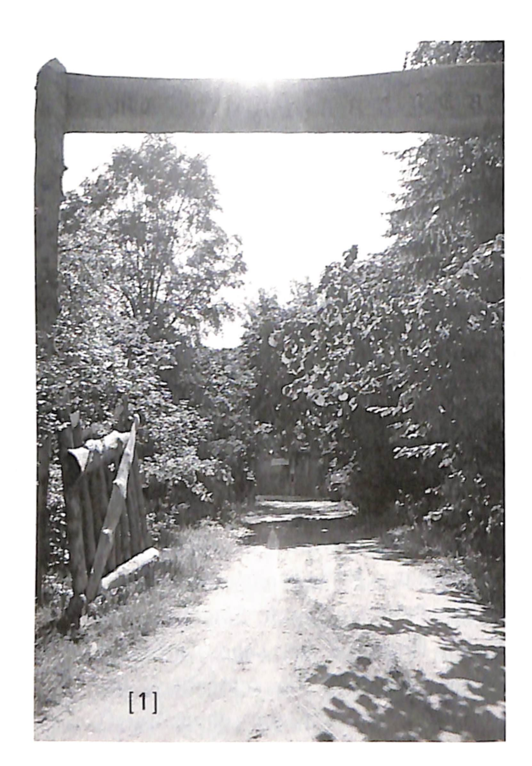
Auf der Bundesebene sah es finanziell kaum besser aus. Der damalige BFB-Bundesvorsitzende Heiner Kappel erklärte im Oktober 1999: »(...) ich bin es aber inzwischen leid, als ‚Nachlaßverwalter' von Herrn Brunner erleben zu müssen, wie erhebliche Summen über die Parteienteilfinanzierung an unsere Gläubiger fließen, die Landesverbände zum Großteil nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen (...)« Im Dezember 1999 berichtete er, dass die 700.000 DM Parteienteilfinanzierung aus 1999 direkt an einen »Gläubiger aus vergangenen Tagen« ging und es im Jahr 2000 nicht anders sein wird.

In Berlin schien es auch im Jahr 2000 um die finanzielle Moral nicht zum Besten gestanden zu haben. 17 Mitglieder wurden wegen ausstehender Mitgliedsbeiträge »herausgemahnt«. Der Vorwurf der »finanziellen Unregelmäßigkeiten« stand weiterhin im Raum und ein Kreisverband wurde gar verdächtigt, gesammelte Spenden nicht weiterzuleiten. Der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Lehmann beantragte Ende des Jahres eine Überprüfung der Kassenführung. Ihm schienen u.a. monatliche »Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes« im Schnitt von 3.772,63 DM klärungsbedürftig. Er errechnete, dass dies bei 65 Mitgliedern 696,49 DM pro Mitglied seien. Die Ausgaben des Berliner Landesverbandes entsprächen gar 25,7 % von der Summe aller BFB Landesverbände bundesweit. Der Landesvorsitzende Witt verwahrte sich gegen den Vorwurf, dass »mit dem Zahlenwerk des BFB-Berlin irgendwas nicht stimmt.« Im Zuge der Auflösung des Berliner BFB und der begleitenden Auseinandersetzungen untereinander wurde deutlich, dass nur wenige Parteifunktionäre durch hohe Darlehen und Spenden die Partei finanziell am Leben gehalten hatten, während die schlechte Zahlungsmoral von einigen (ehemaligen) Parteimitgliedern zu unbeglichenen Forderungen führte.

Auch bundesweit zeichnete sich nach dem Ende des BFB ein ähnlich chaotisches Bild ab. Für den ehemaligen Parteichef Manfred Brunner gab es in diesem Zusammenhang sogar eine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung zu einem Jahr Haft auf Bewährung und zu 6.000 Euro Bußgeld. Der bayerische Bankier August von Finck hatte Brunner 8,5 Millionen Mark für den Aufbau der Partei gezahlt. Dieses landete zwar beim BFB, jedoch gab er es nach Informationen der Zeitschrift »Nation & Europa« als sein eigenes Geld aus. Als etwa 5 Millionen Mark staatliche Wahlkampfkostenrückerstattung beim BFB eintrafen, forderte Brunner die Rückzahlung der angeblichen »Darlehen«. Es ging im Kern um die Frage, ob das Geld für die Partei oder für die Person Brunner bestimmt war.[7] Eine unklare finanzielle Situation, die bezeichnend für Kleinstparteien des rechten Spektrums sein dürfte. ■

1| Selbst dieser Gewinn ist natürlich theoretisch, da staatliche Behörden dem Treiben von Werner und seinen Helfern Ende 2001 ja ein Ende bereiteten.
2| Vgl. AIB Nr.51, 2000, S.15.
3| Das Markenlogo setzt sich aus der Tyr-Rune und der Gibor-Rune zusammen und weist große Ähnlichkeit zum Symbol des rechtsextremen Thule-Seminar auf.
4| Nicht alle Kleidungsstücke stammen aus der Türkei. Hüte importiert die Mediatex GmbH z.B. aus China.
5| RockNord 92/92, Seite 26 und 27
6| Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode, Drucksache 15/255
7) »Das letzte Kapitel des BFB: Ein Jahr Haft auf Bewährung für Manfred Brunner« in Nation & Europa, 11/12 2002, S. 35.

»Provinzpräsis« in Parallelwelten


[1]

Nachdem wir im AIB Nr. 62 einen ersten Überblick über das vielschichtige Verhältnis zwischen Neonazis und Rockern veröffentlicht haben, soll nun anhand der »Nordmänner MC« aus Bergen/Dumme an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt aufgezeigt werden, wie undurchschaubar das Geflecht zwischen Rockern und extremen Rechten zuweilen sein kann.

» Zunächst schien alles auf einen groß angelegten Schlag gegen die organisierte Kriminalität hin zu deuten, als die Staatsanwaltschaft Stendal am 5. Juni 2003 rund 300 Polizisten in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Marsch setzte. Sie durchsuchten zeitgleich 16 Objekte in fünf Orten in Sachsen-Anhalt und sieben Orten in Niedersachsen. In der Regionalpresse wurde schnell deutlich, dass sich die Fahnder vor allem auf Motorradclubs und deren Clubhäuser sowie Bike-Shops in der dünnbesiedelten Region zwischen dem niedersächsischen Wendland und der sachsen-anhaltinischen Altmark konzentrierten. Im Mittelpunkt: Die kleine Ortschaft Bergen/Dumme zwischen Salzwedel und Uelzen sowie der dort ansässige MC Nordmänner und deren Chef Hans Lüthe. Ein Informant, so hieß es, habe den heißen Tipp gegeben, dass der MC mit Waffen handeln würde. Aber auch in einem Rocker-Treffpunkt in Hitzacker, auf dem Gelände des MC Speedkings in Jeggeleben sowie bei Einzelpersonen u.a. in Dannenberg, Uelzen, Salzwedel und Siedenlangenbeck durchsuchten die Spezialkräfte der Polizei. Das Ergebnis der Razzia laut Presseberichten: Ein Fund von rund 213 Waffen, darunter schwere Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Granaten sowie eine Panzerfaust. Die meisten Waffen, darunter auch tausend Schuss Munition sowie die Panzerfaust, seien bei einem über 50Jährigen in Dannenberg gefunden worden. Ersten Pressemeldungen zufolge handelte es sich um einen der größten Waffenfunde in der Bundesrepublik seit 1945. Doch anstelle von weiterführenden Zeitungs- und Fernsehberichten erschienen in den Tagen nach der Razzia in den überregionalen Tageszeitungen lediglich Randmeldungen. Von einem rechten Hintergrund war nirgendwo ein Wort zu lesen.

Während mehrere Hauptverdächtige schon am Tag der Durchsuchung festgenommen wurden, entzog sich Nordmänner-Chef Hans Lüthe dem Zugriff der Polizei durch Untertauchen. Knapp drei Wochen schien der 47jährige, über den es bei der Polizei in Dannenberg heißt er sei »wegen Körperverletzungsdelikten und Kleinkriminalität durchaus schon strafrechtlich in Erscheinung getreten«, wie vom Erdboden verschluckt, dann wurde er von der Polizei ausfindig gemacht und von einem Sondereinsatzkommando überwältigt. Er kam u.a. wegen dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in Untersuchungshaft. Doch schon nach knapp einem Monat setzte ein nachsichtiger Untersuchungsrichter den Haftbefehl außer Vollzug.

Auf den ersten Blick scheint sich Lüthes Wohnhaus an der Durchfahrtstrasse der Ortschaft Bergen/Dumme kaum von den benachbarten Fachwerk- und Bauernhäusern zu unterscheiden. Ein Aufkleber mit dem vor allem in der Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung beliebten Sprichwort der Cree-Indianer »Erst wenn ihr den letzten Baum gerodet, den letzten Fisch gefangen und letzten Fluss vergiftet habt...« lässt in dem Hausbewohner eher einen alternden Öko-Freak der Wendlandgeneration als einen regional bekannten Neonazi und Rocker vermuten. Ein kleines weißes Blechschild »Tattoo Deutschland« deutet auf das Gewerbe des Hausherrn hin. In dem eher chaotischen, unaufgeräumten Tattoostudio im hinteren Teil des Hauses gibt sich der hagere Mann mit den langen, ungepflegten grau-schwarzen Haaren und gelblich-braunen Zähnen keine Mühe seine extrem rechte Gesinnung


[2]



[3]

zu verbergen. Neben Fotos von Motorrad-Ausflügen und Kalendern diverser Clubsitzungen, die durchaus eine Einbindung der Nordmänner in die regionale Rockerszene erkennen lassen, hängen Aufkleber mit extrem rechten Parolen; in den unsortierten Mappen für die Beispiele seiner Tätowierkunst zeigen Naziskins einschlägige Symbole auf nackter Haut.

In der ganzen Gegend ist der Chef des MC Nordmänner wegen seiner Brutalität gefürchtet. Im Ort selbst möchte niemand über ihn sprechen. Und niemand möchte auch über die Hintergründe des Freitodes eines Nordmänner-Mitglieds am 30. Juli 2003 nachdenken. Der 30jährige aus Bergen/Dumme, der in Lüthe eine Art Ersatzvater gesehen haben soll, erhängte sich nur wenige Stunden bevor Lüthe aus der Untersuchungshaft in Magdeburg nach Bergen/Dumme zurückkehrte, im Clubhaus der Nordmänner wenige hundert Meter von Lüthes Tattoo-Studio entfernt.

Schweigen ist ohnehin die Regel, wenn es um die Aktivitäten der Nordmänner geht. Dieses Schweigen führt dazu, dass auch die tödlichen Rituale bei den Nordmännern scheinbar in Vergessenheit geraten sind. So wie die Sonnenwendfeier am 20. Juni 1996 auf dem Club-Gelände der Nordmänner in Bergen/Dumme, das nur einige hundert Meter von Andreas Lüthes Haus entfernt liegt. Da gehörte es zu den »Spielen« sich gegenseitig aufzuhängen und sich erst im letzten Moment wieder loszubinden. Einer der Betroffenen fand das nicht ganz so spaßig wie die anderen Gäste. Es kam zu einer Messerstecherei, die mit einem Schwerverletzten zu Ende ging. Das Opfer, ein Mitglied eines Motorradclubs aus Gifhorn, starb wenig später im Krankenhaus in Salzwedel.

Lediglich in Bezug auf die Nordmänner-Nachbarn zeigt man sich im Ort etwas gesprächiger. Seit Jahren betreibt die extrem autoritäre, an der »Lehre« Aleister Crowleys orientierte Thelema Society, um ihren vorbestraften Chef Michael D. Eschner dort ihr Zentrum. Von einer Aussteigerin wurde die Sekte im Mitteldeutschen Rundfunk als »einen Ort sexueller Ausbeutung und hemmungsloser Gewalt« beschrieben. Das ganze Dorf sei gegen die Sekte, wird in Bergen/Dumme eifrig versichert, lediglich »die Rocker von gegenüber« würden ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu diesen pflegen. Ratlosigkeit herrscht in Bergen/Dumme auch in einem anderen Fall: Die 15jährige Katrin Konert aus Waddeweitz bei Lüchow war mit einem der Nordmänner gut befreundet, bevor sie vor mehr als drei Jahren am 1. Januar 2001 spurlos auf dem Weg zwischen Bergen/Dumme und ihrem Elternhaus verschwand. Alle Ermittlungen nach ihrem Aufenthaltsort verliefen bislang ergebnislos.

Die Sicherheitsbehörden wirken, trotz der Razzia, beim Thema »Nordmänner« wenig alarmiert. Fragt man sie nach deren Sonnenwendfeier im Juni 2002, so erhält man die Antwort, dass darüber keine Erkenntnisse vorlägen. Dabei haben an diesem Treffen nach Augenzeugenberichten über 200 Gäste teilgenommen – zwei Drittel von ihnen seien neonazistische Skinheads gewesen, die auffallend diszipliniert aufgetreten seien.

Angesichts des fehlenden öffentlichen Interesses wundert es kaum, dass ein Dreivierteljahr nach der Razzia in dem dünnbesiedelten, konservativen Landstrich, den der Nordmänner MC als sein Territorium reklamiert, längst wieder alles beim Alten scheint. So sind auch die Haftbefehle gegen die anderen drei Hauptverdächtigen neben Lüthe inzwischen längst außer Vollzug gesetzt. Und der MC Nordmänner plant ganz selbstverständlich auch in diesem Jahr wieder eine »Ausfahrt« pünktlich zur Sommersonnenwende. Angekündigt wird das Ereignis für das Wochenende um den 20. Juni. Über das Ergebnis der »Spiele« und die illustre Teilnehmerschaft wird man indes vermutlich erst zu spät erfahren. ■

[1] Clubgelände der »Nordmänner«
[2] Hans Lüthe Tattoo-Geschäft
[3] Auch der »Kradspeicher« wurde von der Polizei durchsucht

Die NPD in der Krise

Gegenwärtig befindet sich die neonazistische Szene in einem Umstrukturierungsprozess. Der NPD brechen Strukturen weg und die Aussteiger sammeln sich in neuen Vereinigungen. Nicht mehr überall gilt die NPD als starke Kraft. Vielmehr organisieren sich lokale Strukturen unabhängig von der NPD und pflegen ein offen taktisches Verhältnis zur Partei, deren Anhängerschaft inzwischen auf bis zu 5100 Mitglieder geschrumpft sein soll.



[1]

Foto: Peter Jülich

In Brandenburg krachte es Anfang des Jahres nachhaltig in den NPD-Strukturen. Der eigenbrötlerische Vorsitzende Mario Schulz teilte am 17. Januar 2004 mit, dass er sein Amt als Landesvorsitzender niederlege und die NPD verlasse. Mit ihm sollen dem Landesvorstand vier weitere Mitglieder den Rücken gekehrt haben. Bereits am 31. Dezember 2003 schmiss Jens Pakleppa seinen Brandenburger JN-Vorsitz hin und verließ die Partei. »Es existiert nicht die geringste einheitliche weltanschauliche Grundlage innerhalb der NPD« teilte er in seinem Austrittsschreiben mit. Im Zentrum des Streits steht neben unterschiedlichen strategischen Ansätze die Frage, wer als Deutscher angesehen wird. Abstrakter formuliert geht es um die Frage, wer wie für die »deutsche Volksgemeinschaft« aktiv werden darf? Auslöser dieses Streits ist die Kandidatur des gebürtigen Bosniers Safet Babic auf der Europawahlliste der NPD. Für Mario Schulz hat sich die NPD mit ihrer Entscheidung für Babic »offenbar vom Grundsatz 'Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist' verabschiedet. Deswegen habe »sie ihr Existenzrecht verloren und reiht sich ein bei den Feinden unseres Volkes«.
Oberflächlich scheint sich die Geschichte zu wiederholen, welche im Sommer 1999 zur Spaltung und damit einhergehenden Schwächung der Jungen Nationaldemokraten führte. Auf der einen Seite standen diejenigen, welche die Mitgliederoffensive der NPD/JN um jeden Preis wollten. Ein anderer, kleinerer Teil spaltete sich von der JN ab, da ihnen die Heranbildung und Schulung von Mitgliedern wichtiger war. Schon damals fiel der Name Safet Babic im Zusammenhang mit der Frage, ob ein »Ausländer« Mitglied der JN sein könne. Heute betreiben die abgespaltenen Gruppen ihre politische Arbeit als Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG).
Einige der ehemaligen Brandenburger NPDler schlossen sich im Anfang Februar zur Bewegung Neue Ordnung (BNO) zusammen und planen in Zukunft eine enge Zusammenarbeit mit der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft. Diese Hinwendung Berlin-Brandenburger NPD-Struk-turen zum BDVG ist schon seit dem Jahr 2002 beobachtbar.
Die ideologischen Unterschiede werden bei den geplanten Aktionen zum diesjährigen 1. Mai sichtbar. In Berlin bemüht sich die NPD zusammen mit Kameradschaften um eine »Demonstration des gesamten nationalen Widerstandes«. Das Beschwören der nationalen Einheit führte zu einem inhaltslosen Demonstrationsaufruf, scheint aber das Trennende zwischen der NPD und freien Kameradschaften zurückstellen zu können. Die Organisatoren der Berliner Demonstration setzen auf die nationale Masse und machen deswegen ein sehr niedrigschwelliges Angebot, wo sich jeder und jede wiederfinden kann. So erfolgversprechend diese Offerte in Bezug auf die TeilnehmerInnenzahl sein wird, so sehr sorgen die unverbindlichen Angebote an verschiedenste Jugendliche für eine ideologische Verwässerung zentraler politischer Inhalte an der breiten Basis und eine Aufwertung subkultureller Vielfalt. Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass neonazistische Kreise inzwischen zu einem »national black block« nach Berlin mobilisieren.
Diese Entwicklung zur äusserlich vielfältigen nationalen Szene treibt den



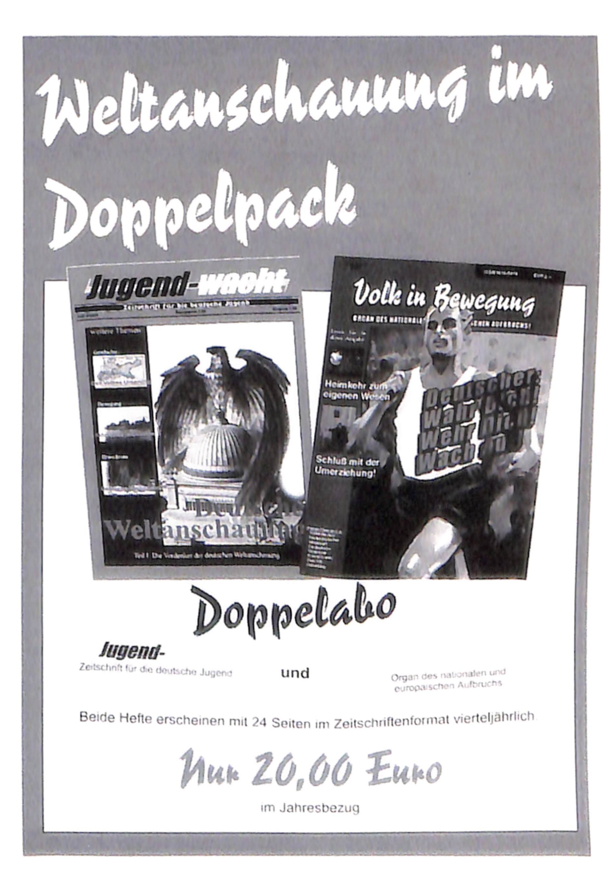
Bildunterschriften

[1] »Das nordische Aussehen hat er ja«: Wie aktiv darf der gebürtige Bosnier Safet Babic für die »deutsche Volksgemeinschaft« werden?

[2] Mit Schirm, aber ohne Charme und Melone: Der frühere Brandenburger NPD-Vorsitzende Mario Schulz ließ seine Kameraden im Regen stehen.

3 Ideologisch schon seit Jahren auf der selben Wellenlänge: Die frühere Berliner JN-Zeitschrift »Jugend-wacht« ist inzwischen im Doppelabo mit der BDVG-Zeitschrift »Volk in Bewegung« erhältlich.

Mannen des BDVG die Sorgenfalten auf die Stirn. Deswegen publizierte die Gruppe in der jüngeren Vergangenheit schon so manch kritischen Beitrag zur Vielfalt im Kleidungs- und Musikstil der »nationalen Bewegung«. Und deswegen mobilisiert u.a. das BDVG für den 1. Mai nach Leipzig und ließ bereits im Vorfeld verlauten, dass man »keinen schwarzen Block brauche«. Vielmehr sei man »EIN Block« und demonstriere »nicht als eine zersplitterte Szene um des Widerstandes willen, sondern ... als kraftvoller Willensblock für eine neue Ordnung«.
Die Schwächung der Parteistrukturen bringt für die NPD gerade bei der regionalen politischen Arbeit neue Probleme mit sich. Die kleine Kaderdecke dürfte für die NPD nach wie vor ein sehr großes Problem darstellen. So wurde nach dem Rücktritt des Brandenburger NPD-Chefs Schulz Ende Januar 2004 Klaus Beier zum neuen Landeschef gewählt. Beier ist nicht nur der NPD-Bundespressesprecher, sondern nimmt seit Ende 2003 auch ein NPD-Mandat im Kreistag Oder-Spree in Brandenburg wahr.
Hinzu kommt, dass kommunale Wahlkämpfe nicht mehr nur unter dem NPD-Logo geführt werden. Vielmehr scheinen Bündnisse eine gangbare Alternative für die Aktivisten vor Ort zu sein. Da die NPD aufgrund ihrer strukturellen Schwächung nicht mehr automatisch die Führungsrolle inne hat, müssen Kompromisse eingegangen werden. Praktisch heißt das, dass der Name »NPD« nicht mehr in der Öffentlichkeit erscheint. So befand sich am 13. Februar unter den mehr als 2000 Neonazis, die in Dresden marschierten, zwar die gesamte Riege der NPD-Bundesprominenz. Sie alle liefen aber hinter dem Transparent des »Nationalen Bündnis Dresden«. Ein wesentlicher Grund für diese jüngeren Entwicklungen kann das Verbotsverfahren gegen die NPD gewesen sein, welches die NPD einerseits in der breiten Öffentlichkeit als »nicht wählbar« abqualifizierte.
Andererseits mussten die existierenden politischen Strukturen der Partei – für den Fall eines Verbotes – für die Weiterarbeit organisiert, umstrukturiert und schlussendlich auch verschleiert werden. Seit der Einreichung des Verbotsantrages gegen die NPD war zu beobachten, dass NPD-Kader taktisch mit dem Label »NPD« umgingen. Je nach Ausrichtung einer Aktion trat man wahlweise als NPD oder als Kameradschaft auf. Derartige Verschleierungen dürften zu neuen Arbeitsstrukturen und zu einer besseren Kommunikation mit anderen Gruppen beigetragen haben. Es war also sicherlich kein Zufall, dass die NPD-Zeitung Deutsche Stimme ab Februar 2003 massiv diverse Politische Gesprächskreise, vor allem in Bayern, bewarb. Derartige Diskussionszirkel dienten in der Vergangenheit immer der gruppenübergreifenden Vernetzung, die für die NPD-Aktivisten letztendlich aber auch attraktivere Perspektiven abseits der Partei darstellen können. ■



Die Anti-Antifa Potsdam

– entdeckt das Internet

Auf der Internetseite der »Anti-Antifa – Sektion Potsdam« werden neben Adressen von alternativen Projekten auch Namen und Fotos von Menschen veröffentlicht, die sich in der Vergangenheit mit der Naziszene in Potsdam kritisch auseinandergesetzt haben. Diese neue Zuspitzung der Ereignisse ist nur einer von vielen Fakten, die Indizien dafür sind, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam in den letzten Jahren zum Kristallisationspunkt rechter Gewalt entwickelt hat. So gab es im letzten Jahr über 15 dokumentierte Übergriffe gegen Personen aus dem alternativen Spektrum. Die Täter scheinen dabei immer wieder aus demselben Personenkreis zu stammen. Es handelt sich um eine ca. 30 Personen umfassende Neonazitruppe, aus denen sich auch die »Anti-Antifa Potsdam« rekrutiert und gute Kontakte zu anderen Nazigruppen in der Region unterhält.


[1]

[1] Oliver Kalies (links) und Melanie Witassek (rechts) aus Potsdam zählen zu den wichtigsten Aktivisten der Anti-Antifa in Potsdam.

» »... Wir die anti-antifa verstehen uns nicht als feste Organisation.Vielmehr sind wir unabhängige Kameraden die es sich zur Aufgabe gemacht haben regional entgegen der antifa zu arbeiten. Das sieht im einzelnen wie folgt aus: -erfassung von Daten jeglicher Art ...« (Rechtschreibung im Original). So liest sich der Wilkommenshinweis auf der Internetseite des »Anti-Antifa Networks – Sektion Potsdam«. Auf dieser sich noch im Aufbau befindlichen Seite finden sich die Adressen von mehreren alternativen Projekten und auch eine Rubrik für besetzte Häuser ist geplant. Weiterhin ist der Aufbau eines Personenindexes vorgesehen und teilweise schon umgesetzt. So finden sich hier bereits der Name eines Journalisten des Berliner Tagesspiegels und der Name, zusammen mit zwei Fotos, einer Mitarbeiterin des Vereins »Opferperspektive«. Beide Personen haben sich im Zuge eines Gerichtsprozesses gegen ein bekanntes Mitglied der Potsdamer Naziszene intensiv mit dieser auseinandergesetzt. Auch die Sicherheitsbehörden scheinen die Bedrohung, die von der Potsdamer Naziszene ausgeht, durchaus ernst zu nehmen. So wurde der Mitarbeiterin von »Opferperspektive« nach Stellen eines Strafantrages sofort Beobachtung durch das LKA Berlin angeboten. Indes scheinen sich Polizei und Staatsanwaltschaft nicht sicher zu sein, wer der Betreiber dieser Seite ist, da sie auch zwei Tage nach Eingang der Anzeige immer noch im Netz stand.

Strukturen offenlegen

Dem Antifaschistischen Infoblatt (AIB) anonym zugespieltes Material beweist jedoch, dass hinter der Internetpräsenz der gleiche Personenkreis steht, der auch für einen Großteil der Übergriffe gegen nicht rechte Jugendliche in Potsdam verantwortlich ist. Entworfen hat die Seite der 20 Jährige Oliver Kalies aus Potsdam. Kalies ist für die Zusammenstellung der Adressliste und den Entwurf der Einleitungstexte zuständig gewesen. Er selber rechnet sich dem Spektrum der freien Kameradschaften zu und ist regelmäßiger Besucher von Naziaufmärschen in ganz Deutschland. In einer von ihm selber aufgestellten Statistik finden sich alleine 23 Aufmärsche aus den letzten zwei Jahren, auf denen die Potsdamer Struktur anzutreffen war. Auf diesen

Aufmärschen wurden auch Fotos von GegendemonstrantInnen geschossen, die sich am Rande der Demonstration befanden. Dass diese Fotos auch auf der Homepage veröffentlicht werden sollten, ist anzunehmen. Für das Schießen von Fotos scheinen hauptsächlich der Berliner Nazi Danny Leszinski (24) und die Potsdamerin Melanie Witassek (19) verantwortlich zu sein. Doch nicht nur Linke und deren Projekte stehen im Visier der »Anti-Antifa«, was von Leszinski gemachte Fotos zeigen, die dem AIB vorliegen. Diese zeigen gut erkennbar mehrere Mitglieder der Berliner Polizeieinheit PMS (Politisch motivierte Straßengewalt), die sich unter anderem mit rechts motivierter Gewalt beschäftigt.

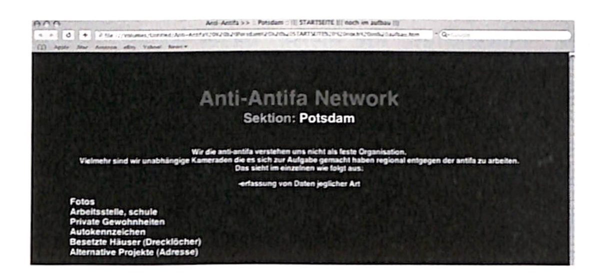
Dass dieses Foto- und Adressensammeln nicht, wie auf der Homepage behauptet, rein dokumentarischen Zwecken dient, zeigt der Angriff gegen das alternative Projekt Chamäleon zu Sylvester 2002. Hierbei wurden das Haus und BesucherInnen einer Sylvesterparty von mehreren Neonazis überfallen, die in der nahegelegenen Gutenbergstraße ebenfalls eine Sylvesterparty feierten. Es wurden hierbei alle Fenster des Untergeschosses eingeworfen und das Haus mit Signalmunition beschossen, dabei wurden Naziparolen skandiert und Hitlergrüße gezeigt. Unter den ca. 50 feiernden Neonazis waren laut Zeugenaussagen neben dem Gastgeber Mike Marten (genannt Impi) auch Leszinski, Witassek und Kalies anwesend. Das Chamäleon steht auf dem Entwurf für die »Anti-Antifa« Homepage auf einer Adressliste ganz oben und ist bereits durchgestrichen. In dem Entwurf zu der Homepage befindet sich auch schon eine Liste von besetzten Häusern (oder zumindest das, was die Nazis dafür halten) in Potsdam, die aber bisher noch nicht ihren Weg ins Internet gefunden hat.

Drei Monate später kam es zu einem erneuten Übergriff in Potsdam. Am 23. März 2003 überfielen die Neonazis Enrico Paul, Heiko Groch, Jens Franke und Jeanette Hoffmann einen 16jährigen Jugendlichen, der der alternativen Szene in Potsdam angehört. Sie schlugen ihn am Bahnhof Rehbrücke mit einem Teleskopschlagstock auf den Kopf und versuchten eine Zigarette in seinem Gesicht auszudrücken. Als das Opfer die Angreiferin Jeanette Hoffmann als ehemalige Klassenkameradin identifizierte und sie bat aufzuhören, ließen sie von ihm ab und warfen ihn stark blutend auf die Gleise. Dabei ist es dem Zufall zu verdanken, dass nicht weitaus Schlimmeres passierte, da der hier ankommende Zug eine halbe Stunde Verspätung hatte. Groch, der mittlerweile wegen dieser Tat zu 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, gab als Tatmotiv »Hass gegen Linke« an. Dabei ist es kein bloßer Zufall, dass es ausgerechnet den 16jährigen traf. Er wohnt im gleichen Dorf wie Groch und war diesem bestens als Anhänger der alternativen Szene bekannt. Kurz nach der Tat traf Groch sein Opfer in einer Kneipe und versuchte ihn zu einer die Nazis entlastenden Falschaussage zu bewegen. Auch zwischen Tatbeteiligten dieses Überfalls und den schon aufgezeigten Strukturen der »Anti-Antifa Potsdam« bestehen enge Verbindungen. So bewohnen Enrico Paul und Danni Leszinsky eine gemeinsame Wohnung in Berlin und Jens Franke lässt sich beim Aufmarsch in Halbe gemeinsam mit Witassek und anderen Nazis dieser Struktur auf einem Gruppenfoto verewigen. Oliver Kalies plante laut eigenen Angaben mehrere Gefängnisbesuche für Heiko Groch. Mitnehmen wollte er Enrico Paul und Melanie Witassek.

→



[1] Die Anti-Antifa aus Potsdam und ihr politisches Umfeld: 1.v.r. Julia Müller aus Seddiner See, 2.v.r. Jens Franke aus Falkensee, 5.v.r. Melanie Wittasek aus Potsdam.





[1] Eine Feier des Potsdamer Tätowieres Mike Marten (»Impi«) war Ausgangspunkt eines Überfalls auf ein alternatives Projekt in Potsdam.

Szeneübergreifende Kontakte

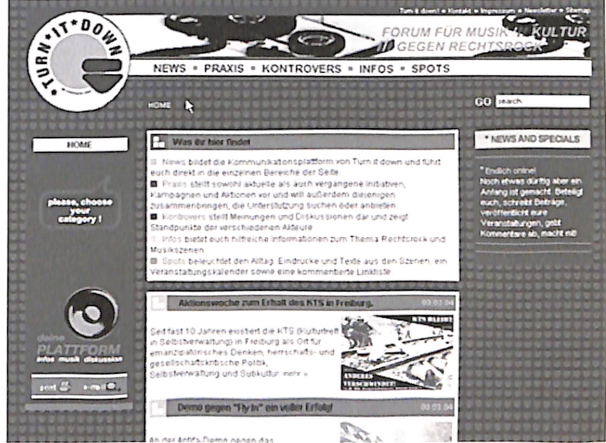
Gute Kontakte scheinen auch zu anderen Nazigruppen zu bestehen. Die erst Anfang Januar 2003 entworfene Homepage der Potsdamer wurde bereits im März um den Punkt »Anti-Antifa Networks« erweitert. Unter diesem Eintrag sollen Links zu Anti-Antifa Gruppen in Hamburg, Bayern und Sachsen bereitgestellt werden. In dieser Liste wird die eigene Gruppe auch nicht mehr als »Anti-Antifa Potsdam« aufgeführt, sondern vollmundig als »Anti-Antifa Berlin/Brandenburg«. Waren die Neonazis am ersten Verhandlungstag gegen Heiko Groch deutlich unterrepräsentiert und mussten sich auf das Fotografieren von Angehörigen der zahlreich erschienen Potsdamer Alternativszene begnügen, mobilisierten sie zum zweiten Verhandlungstag neben mehreren Anhängern der lokalen Naziszene auch Neonazis von außerhalb Potsdams.

Verbindungen bestehen aber auch in andere Szenen. So arbeiteten sowohl Heiko Groch als auch Mike Marten als Tätowierer in Potsdam und zumindest Marten fühlt sich laut Zeugenaussagen eher der Rockerszene als der Kameradschaftsszene zugehörig, was ihn freilich nicht daran hindert ein absolut rechtsextremes Weltbild zu vertreten und für Danny Leszinski vor einer Hakenkreuzfahne zu posieren. Mindestens Melanie Witassek unterhält auch Verbindungen in das Spektrum des verbotenen Musiknetzwerks »Blood & Honour«. So wird sie namentlich in einem Booklet der Band Bloodshed gegrüßt und ist dort auch auf einem Portraitfoto abgebildet. Bloodshed ist das Nachfolgeprojekt der Band Proissenheads, die eng mit den Blood & Honour Netzwerk verwoben war. Auch im Terminkalender von Oliver Kalies finden sich diverse Devotionalien von Blood & Honour. In den Skizzen zum Homepageentwurf taucht auch mehrfach das Kürzel C18 (Combat 18) auf. Dabei scheinen sich die Potsdamer Aktivisten zu diesem Label eher selber dazuzurechnen, als dass ernsthafte Kontakte bestehen dürften.

Die Potsdamer Gruppe besteht sicher zum Großteil nicht aus geschulten Rechtsextremisten, die Mitglieder oder gar Kader irgendwelcher Organisationen oder Parteien sind. Dennoch, oder gerade deshalb geht von ihnen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für andersdenkende Menschen aus. Sie haben es immerhin über Jahre hinweg geschafft sich ein beachtliches »Gewaltmonopol« in Potsdam und Umgebung zu schaffen, das lange Zeit weder durch staatliche Repression noch durch antifaschistische Intervention zu Sprengen war. Ihr äußerst brutales Vorgehen und das bewusste Inkaufnehmen von Haftstrafen lassen auf eine Art »Allmachtsgefühl« bei den Nazis schließen. Sie scheinen in großen Teilen den Bezug zur Realität verloren zu haben und lassen sich vollends von ihrem durch Rassismus und Fremdenhass geprägten Weltbild leiten. Dieses ist eine Tendenz, die in der militanten Naziszene in letzter Zeit häufiger zu beobachten ist. Trotz dem absolut dilettantischen Vorgehen der Gruppe haben sie es fertig bekommen mehr oder weniger unbehelligt ein Netzwerk aufzubauen und eine Struktur zu schaffen, welche von außen nur schwer zu Überblicken und zu bekämpfen war. Grund zur Hoffnung gibt aber der relativ große Anteil von Potsdamer Jugendlichen, die nicht mehr länger bereit scheinen diesem Treiben noch tatenlos zuzusehen. So bleibt zu hoffen, dass aus dem eindrucksvollen Solidaritätsbeweis beim Prozess gegen Groch, es wurden alle Stühle im großen Gerichtssaal besetzt, so dass die anwesenden Nazis keinen Platz mehr gefunden haben, eine Kontinuität von konsequenter Antifaarbeit erwachsen kann. ■

Stand up, speak out, turn it down!

Unter dem Namen »Turn it down« startete das MitarbeiterInnen des Berliner Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) zusammen mit Kulturschaffenden eine Internetplattform, die sich gegen Rechtsrock und für Musik und Kultur einsetzt. Die Initiatoren setzen auf Vernetzung, Information und Kontinuität im Kampf gegen extrem rechte Einflüsse in den Musikszenen.



Das Thema Rechtsrock ist für die MitarbeiterInnen des apabiz nichts neues. Seit vielen Jahren arbeitet das Projekt schwerpunktmäßig zu rechter Musik und rechten Jugendkulturen. Dabei beobachten sie seit langem den wachsenden Einfluss der extremen Rechten in die verschiedenen Musikszenen. Vor allem in den Oi-Punk- und Hardcoreszenen, aber auch im Gothic- oder Metalbereich sind diese Einflüsse zu finden. Die Erfahrungen damit, wie das Thema in den Szenen behandelt oder ignoriert wird und die kontroversen Auseinandersetzungen mit Akteuren aus dem Musikbereich, waren Anlass für das Turn it down-Projekt.

Die Seite bietet eine Menge an Material und Handlungsmöglichkeiten für eine offene und kontroverse Auseinandersetzung zu dem Thema. Neben Informationen zu neonazistischen Bands, Labels, Symbolen und Codes weist ein Veranstaltungskalender auf kommende Aktionen, Konzerte oder Demos hin. In regelmäßigen Abständen werden Profile über Bands erscheinen, die einen ganz klaren neonazistischen Background haben, aber auch die »unpolitische« Oi-Szene wird genauer unter die Lupe genommen werden. In zahlreichen Interviews mit Betreibern von Plattenläden und Jugendzentren, Konzertveranstaltern, Bands und Kampagnen werden unter dem Menüpunkt »Kontrovers« Handlungsweisen im Umgang mit rechten Tendenzen aufgezeigt.

Turn it down will diejenigen vernetzen, die bereits aktiv sind. Viele Leute aus den diversen Szenen wissen oft sehr gut, was vor Ort auch hinter den Kulissen passiert. Ihre Kritik an Konzertveranstaltern, die sich mit rechten Bands arrangieren, oder an Versänden, die auf unpolitisch machen, ist oft schärfer, als manche vermuten. Hier ist ein Austausch notwendig und förderlich. Es gibt eine Menge an erfolgreichen Aktionen, Kampagnen und Initiativen. Oft werden diese jedoch nicht über ihren lokalen Rahmen oder über ihre Szene hinaus bekannt. Der Austausch über gute oder schlechte Erfahrungen, erfolgreiche oder gescheiterte Aktionen soll über Turn it down gefördert werden. Etliche Labels, Plattenläden, Versände, Bands, Manager oder Produzenten haben klar gemacht, dass »Gegen Rechts« für sie mehr ist als eine abgezockte Imagefrage. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass ein gemeinsames Interesse da ist, die Leute aber zu selten zusammen finden.

Dabei beschränkt sich Turn it down nicht auf den virtuellen Raum. Erste Veranstaltungen im Realen haben bereits stattgefunden, weitere sind in Planung. Turn it down will die Vernetzung all derer voran bringen, die ganz einfach keinen Bock auf Nazis in ihrer Szene haben, sondern mit Spaß und ohne Ausgrenzung nette Konzerte, Partys, Feste oder was auch immer organisieren und erleben wollen. Und das sind nicht nur antifaschistisch engagierte Jugendliche, sondern viel mehr. ■

Stand up, speak out:
www.turnitdown.de

»Wir passen nirgendwo so richtig rein«

»Kuhle Wampe« über Rocker und Politik

» Rocker ist nicht gleich Rocker und so befragten wir Jürgen aus Marburg vom Motorradclub Kuhle Wampe, der im Jahr 2003 einer der drei BundesverbandssprecherInnen war. Der MC ist etwas untypisch für die Szene, da er sich neben der Motorradfahrerei auch allgemeinpolitischen Zielen widmet. Die mehr als 40 Clubs haben sich zu einem Verband zusammengefunden, jeder einzelne Club ist aber in der Art und Weise der Ausgestaltung seiner Aktionen weitestgehend autonom. Das geht von einem reinem Fahrclub oder Bikerclub bis hin zu Clubs, die der linken Szene sehr nahe stehen. Diese Unterschiede führen immer wieder auch zu Kontroversen, die innerhalb der Clubs aber konstruktiv ausgetragen werden. Bei dieser Vielfalt ist klar, dass unser Interviewpartner nicht für jedes einzelne Mitglied sprechen kann und will.

Seid ihr nun eigentlich Biker die politisch sind, oder seid ihr linke Leute, die gerne Motorrad fahren?

Jürgen: Es gibt bei uns Clubs, die sich der klassischen Biker-Szene sehr verpflichtet fühlen. Ich weiß von einem Club, der von sich selbst sagt: wir sind linke Rocker. Es gibt andere Clubs, die sagen, dass sie mit der ganzen Rocker-Szene gar nichts zu tun haben. Vielmehr sagen diese von sich, dass sie von ihrem Auftreten etc. eher einem „Motorradclub Sonnenschein" ähneln. Nur wollen sich diese Clubs inhaltlich über das ausschließliche Motorradfahren hinaus bewegen. In diesem Spielraum bewegt sich Kuhle Wampe.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich auch das Auftreten. Manchen wollen einfach nur zusammen Motorrad fahren und tragen vielleicht mal ein gemeinsames Abzeichen. Und es gibt Biker, die sehen sich in der Tradition der Rocker-Szene und deren entsprechenden Outfit, also Kutten, Color etc.

Hattet ihr schon Probleme mit anderen Rockerclubs?

Also wir hatten sicherlich schon Probleme mit Rockerclubs, aber nicht explizit, weil wir linke und die rechte Clubs sind. Eher war es Ärger, weil es innerhalb der Rocker-Szene bestimmte Regeln gibt, wo wir nicht immer reinpassen. Es gab zwar schon Probleme die Gefahr liefen zu eskalieren, doch ist es unser Bestreben den Rockern klar zu machen, dass wir überhaupt nicht in ihrer Liga mitspielen wollen. Genau diesen Punkt haben wir bislang immer rüberbringen können und somit gingen diese Konfrontationen immer friedlich über die Bühne.

Wie stellt sich das Thema Rocker und Rechte für euch dar?

Das Thema »Rechte und Rocker« gibt es für uns eigentlich seit dieser Berliner Nazi-Rocker-Gang »Wotans Volk«. Das ist aber bald schon 15 Jahre her, aber da waren wir erstmals bei Demonstrationen mit derartigen Nazi-Rockern konfrontiert. Das Thema kreuzt seitdem immer wieder auf. Dass sich Nazis bei Rockerclubs organisieren ist aber vor allem privat immer wieder ein Thema. Man hört ja öfters, dass irgendwelche rechten Bands bei Rockerclubs auftreten und das assoziiert natürlich, dass man es bei diesen Clubs sofort mit organisierten Faschisten zu tun hat. Wobei ich diese Schlussfolgerungen eher bezweifle.

Die Beschäftigung mit diesem Thema ist aber schwer, da es wenig Offizielles dazu gibt. Es gibt aber genügend individuelle Erfahrungen mit faschistischer Symbolik, wo wir dann während irgendeiner Aktion auf einmal feststellen: Ups, dass sind ja Nazis. Aber das passierte weniger auf einer politischen Schiene bzw. weil Nazis auf uns zugekommen sind, sondern weil wir in der Rocker-Szene mit Clubs konfrontiert waren bzw. sind, wo wir faschistische Symbolik etc. bemerkten.

Rückt nun eigentlich die Rocker-Szene nach rechts?

Die Rocker-Szene rückt meiner Meinung nach politisch nicht nach rechts. Vielmehr gibt es schon immer einen extrem hohen antiemanzipatorischen Hintergrund in der Rocker-Szene. Das legt z.B. nahe, dass man ganz schnell repressiv gegen andere Menschen vorgeht. Derartige »ideologische Schnittmengen« sehe ich weniger bei klassischen Themen wie Nationalismus etc., sondern eher bei Metadiskussionen wie »das Recht des Stärkeren«. Ich denke, dass ist bei beiden Seiten deckungsgleich, weswegen der Weg zu den Rockerclubs manchmal auch recht kurz ist. Ich sehe die Annäherung aber nicht in punkto Weltanschauung, sondern hier gleichen sich Basics. Was innerhalb einer klassischen Naziclique



wie das Ausleben einer nationalistischen Mentalität aussieht, kann sich innerhalb eines MC in einer völlig seltsamen Tribe-Mentalität äußern.

Wie sieht es denn bei euch im Club aus? Wie gestaltet ihr euren Club emanzipatorisch?

Symbolik ist meiner Meinung nach der Grund, warum es einen linken Motorradclub gibt. So was macht ja einfach Spaß – gemeinsam auftreten, mit einem Patch nach außen erkennbar sein und offensiv seine Meinung vertreten. Ich denke, dass ist auch der Grund, warum ein Motorradclub auch für Linke attraktiv sein kann. Wir selber sehen uns natürlich schon als fortschrittlich denkender Verband. Das ist auch in unserer Grundsatzerklärung so definiert, dass sich das bei jedem Club, egal was er dann für Schwerpunkte hat, widerspiegeln muss.

Wir geben jedem Mitglied die Möglichkeit, sich zu eigenen Positionen oder zu Verbandsbeschlüssen zu engagieren, solange sich alle Aktivitäten in der Grundsatzerklärung widerspiegeln. Es gibt verschiedene Felder, wo dies geschehen kann z.B. die klassische Politik. Aber man darf ja nicht vergessen, dass bei uns viele Motorrad fahren, weswegen natürlich Verkehrs- und Umweltpolitik wichtige Themen sind. Das waren bei uns immer wichtige Themen. Häufig vertreten wir Meinungen, die kontrovers zur Masse der Motorradfahrenden sind, etwa bei Gesetzesänderungen, wo viele nur ihre eigenen Interessen im Blick haben. Wir sagen z.B. schon, dass wir für leise Motorräder sind, wo ein richtiger Biker eine richtige Krise kriegt. Eine Harley Davidson ohne gescheiten Sound ist eben nur ein halbes Fahrzeug.

Rockerclubs gelten ja gemeinhin als Männerladen. Wie sieht euer emanzipatorischer Ansatz nun praktisch aus?

Da gibt es eine nette Anekdote. Der Mainzer Kuhle-Wampe-Club machte letztes Jahr auf dem Open-Ohr-Festival, einem Kleinkulturfestival mit politischem Anspruch, einen Stand. Irgendwann wurden wir dann mal von einigen Frauen etwas hart angegangen, was wir denn als MC dort machen würden. Das sei ja wohl das allerletzte, weil da ja keine Frauen mitmachen dürften und so weiter. Da haben wir bloß noch gemeint: »Entschuldigung, zur Not nehmen wir auch Männer auf«. Da waren sie ein bisschen baff. Aber Spaß beiseite, wir werden immer wieder damit konfrontiert. In der Grundsatzerklärung des Verbandes heißt es: »Kuhle Wampe ist für Männer und Frauen.« Wir machen keinen Unterschied im Geschlecht, zumindest was die Mitgliedschaft bei Kuhle Wampe angeht. Wir setzen uns für einen gleichberechtigten Umgang zwischen Männern und Frauen ein. Auf unseren Treffen gibt es auch kein Schlammcatchen oder Wet-T-Shirt-Contests.

Wir hatten in den 80ern und Anfang der 90er Jahre mehr damit zu tun gehabt, dass Frauen sich auf unseren Treffen belästigt fühlten und richteten offizielle Anlaufstellen dafür ein. Diese Anlaufstellen brauchen wir nicht mehr, was u.a. damit zu tun hat, dass unsere Treffen heute weniger Außenwirkung haben bzw. heute weniger Nicht-Wampen auf den Treffen sind. Inzwischen läuft das Thema immer irgendwie mit. Aber eigentlich sollte dieses Thema bei uns im positiven Sinne gegessen sein.

Wir haben bei uns sowieso nicht eine derartige Hierarchisierung, wie sie innerhalb der Szene oft anzutreffen ist. Weder zwischen den Geschlechtern noch etwa zwischen Neuankömmlingen und den Mitgliedern. So haben wir auch keine Prospects. Wenn es irgendwo Interessierte gibt, schauen wir die uns ungefähr ein halbes Jahr an. Diese Kuhle-Wampe-Initiativen oder kurz Inis haben während dieser Zeit auf allen Treffen Mitspracherecht und können also die Diskussionen aktiv beeinflussen. Abstimmen dürfen sie in dieser Phase aber noch nicht. Und wenn dann alles passt, dann sind sie recht schnell drin.

Gibt es auf der europäischen Ebene ähnliche Clubs wie euch?

International engagieren wir uns bei der Federation of European Motorcycle Association (FEMA), einer europäischen Lobbyorganisation, mit der wir in Brüssel die Gesetzgebung im Sinne der Motorradfahrenden beeinflussen wollen. So arbeiten wir beispielsweise mit der Motorcycle Action Group aus England zusammen, die sich aber ausschließlich für die Interessen von Motorradfahrenden einsetzt. Die haben überhaupt keine allgemeinpolitische Zielsetzung. Bei den anderen Verbänden ist das ähnlich, die einzige Ausnahme bilden da nur noch die Christlichen Motorradfahrer.

Also seid ihr in einer europäischen Perspektive Exoten?

Stimmt, wir sind, was den Spagat zwischen Motorradfahren und Politik angeht, wirklich eher Exoten. Einfach ist das nicht immer,

Der Begriff »Kuhle Wampe« hat nichts mit »cool« zu tun. Er kommt aus dem Berliner Raum und heißt soviel wie »leerer Bauch«. »Kuhle Wampe« war auch der Name einer Berliner Laubenkolonie in den 20er Jahren. Über das Leben der Arbeiter und Arbeitslosen in dieser Kolonie drehte Bertolt Brecht den Film »Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt« und beschrieb die Gemeinschaft der Laubenbewohner als ein solidarisches Miteinander, wo damals schwierige Lage durch Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe gemeistert werden konnte. Und: In diesem Film wurde auch Motorrad gefahren. So kam der Name an den Motorradclub. Kuhle Wampe will die solidarische Tradition dieses Namens fortführen.

www.kuhle-wampe.dewww.kuhle-wampe.de.

sondern eigentlich ein Konflikt, in dem wir uns mit Absicht bewegen. Wenn wir auf den Parties anderer Clubs sind, dann gibt es dann oft blöde Kommentare, weil wir einfach nicht in das klassische Bild der Biker reinpassen. Weder gehören wir zu den unorganisierten Schnellfahrerclubs, noch tragen wir verpflichtend Color, Kutten etc. wie manche andere Gruppen. Als gesamte Kuhle Wampe passen wir da nicht rein.

Wie habt ihr in Vergangenheit und Gegenwart eure Vorstellungen praktisch umgesetzt?

Wie schon gesagt, engagiert sich jeder Club selbst in dem Rahmen dessen, was er gut findet. Das ist das Spektrum von Verkehrspolitik bis Antifaschismus. Der Marburger Club hat sich beispielsweise im Landkreis dafür eingesetzt, dass Leitplanken mit Protektoren ausgestattet wurde. Die gängigen Verkehrssicherheitskonzepte bedenken oft nur Autos und selten Motorradfahrer. Andererseits waren wir jetzt erst Mitte Februar in Gladenbach, als der Christian Worch mit seinen Gestalten aufgelaufen ist. Regional gibt es oft kontinuierliche Engagements von Gruppen. So unterstützen die Freiburger Wampen seit zehn Jahren ein alternatives Wohnprojekt, wir in Marburg unterstützen schon länger – aktiv und passiv – das örtliche Freie Radio.

Unser Gesamtverband setzt sich oft inhaltliche Schwerpunkte. Im vergangenen Jahr war, bedingt durch den Irak-Konflikt, die Friedenspolitik. Wir sind da mit einer Karawane durch die BRD gezogen und haben da auf Treffen anderer Clubs, auf eigenen Aktionen und auf Friedensaktionen unsere Positionen vertreten. In diesem Jahr wollen wir uns weiter dem Thema Kriegsgefahr widmen, wo wir beispielsweise die geplante EU-Armee mehr thematisieren wollen. Verteidigungsminister Struck hätte ja gerne eine schnelle Eingreiftruppe, die überall in der Welt hinflitzen kann und wessen Interessen auch immer dort umsetzt. Es gibt clubübergreifende AG´s, die sich beispielsweise im Anti-Atom Bereich engagieren. Dort trafen wir auch auf einen anderen Motorradclub, der sich im Wendland in der Anti-Castor Bewegung betätigt. Die nennen sich IDAS, der wohl ein Gegenspieler des Castor in der griechischen Mythologie war. Ansonsten entwickeln wir Marburger derzeit für den Verband ein Konzept, wie wir uns den sozialpolitischen Herausforderungen stellen wollen. Aber da stecken wir noch in den Kinderschuhen. Aber viele Dinge geschehen oft spontan und hängen von aktuellpolitischen Ereignissen ab. Wir sind halt ein Motorradclub und keine Partei.

Wie kann man denn mit euch in Kontakt kommen?

Unser Sommertreffen wäre so ein Ort, weil es »das« große öffentliche Treffen ist. Es ist ganz gut besucht und ist von seiner Ausrichtung, dem Style her eher untypisch für Biker. Wir haben da oft Besuch von anderen Clubs die da auflaufen, sich das ganze anschauen und sich irgendwie denken, dass wir ein ganz schön seltsamer Haufen sind. Alle anderen Treffen, die von den einzelnen Clubs selbst ausgerichtet werden sind ebenfalls öffentlich. Und last but not least haben auch wir eine Website auf der Kontaktadressen zu finden sind.

Das Antifaschistische Infoblatt bedankt sich für das Interview.

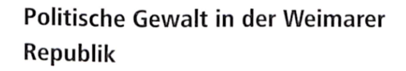
Völkischer Sozialismus und Terror

zum 70. Todestag von Ernst Röhm

Vor 70 Jahren, im Juni 1934, wurde mit dem Mord an Ernst Röhm die SA im NS-Staat entmachtet. Auf dem Weg der NS-Bewegung zur Macht band die SA durch das Aufgreifen der sozialen Frage das Potential aus deklassiertem Kleinbürgertum und einem Teil der Arbeiter. Die Entmachtung der SA trug letztlich zur Stabilisierung der NS-Diktatur bei. Neonazistischen Gruppen gilt die SA als Vorbild für den »nationalen Sozialismus« als »dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus«.



[1] SA-Stabschef Ernst Röhm und Adolf Hitler beim »Parteitag des Sieges« 1933 in Nürnberg.



Politische Gewalt in der Weimarer Republik

Ende der 1920er Jahre verfügten alle Parteien der Weimarer Republik über paramilitärische Massenorganisationen. Dem waren in der nachrevolutionären Phase der Jahre 1919 bis 1923 auf Seiten der extremen Rechten militärische Organisationen vorausgegangen, die als Freikorps einerseits im Auftrag der Berliner Regierungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft agierten, anderseits rechtsterroristische und antirepublikanische Ziele verfolgten. Diesem Milieu entstammte das breite Spektrum völkischer Wehrverbände, die in der Grauzone zwischen Reichswehr, Freikorps und gegenrevolutionären Bürgerwehren agierten. Die Herausbildung regulärer paramilitärischer Massenorganisationen als offizielle Vorfeldstrukturen der Parteien war sowohl eine Folge des I. Weltkrieges als auch des Kapp-Putsches im Jahre 1920. Auf Seiten der nationalkonservativen Rechten war es der »Stahlhelm« der als Sammelbecken für ehemalige Frontkämpfer des I. Weltkrieges diente. Er vertrat politisch wie die gesamte Weimarer Rechte einen aggressiven Revanchismus, gehörte jedoch zum altkonservativen, aristokratischen Spektrum innerhalb von DNVP und DVP.

Die SA - vom reaktionären Wehrverband zur NS-Massenorganisation

Die SA hat ihre organisatorischen Wurzeln in den völkischen Wehrverbänden der nachrevolutionären Phase nach dem ersten Weltkrieg in Bayern nach dem ersten Weltkrieg. München war nach dem Sturz der Räterepublik ein Zentrum rechtsextremer und völkischer Verbände, deren Akteure sich hier mit Billigung der rechtskonservativen bayrischen Regierung der Justiz entzogen. Eine Schlüsselrolle in der Szenerie der Wehrverbände spielte der Reichswehroffizier Ernst Röhm. Er verwaltete im Auftrag der bayrischen Regierung die der alliierten Kontrolle entzogenen Waffen der bayrischen Reichswehrdivision und war der Mittelsmann für viele Wehrverbände.

Im März 1923 hatte Hermann Göring die Führung der SA übernommen. Unter seiner Führung setzte im Vorfeld des Putsches erstmals eine militärische Professionalisierung der Truppe ein, die vom ehemaligen Freikorpsführer Ehrhard finanziell und logistisch unterstützt wurde. So stellte die SA innerhalb der den Münchner November-Putsch tragenden Wehrver- →



bände einen beträchtlichen Teil der Kämpfer, was später zum Grundstein für den Mythos von der »Kampfzeit der NSDAP« beitrug. Nach dem gescheiterten Putsch im November 1923 wurden die NSDAP und die SA verboten. Sie existierte fortan bis zu ihrer Wiederzulassung 1925 nur illegal und enthielt sich spektakulärer Auftritte. Unter der Führung des Reichswehroffiziers v. Pfeffer begann 1925 der Neuaufbau der SA auch außerhalb Bayerns. Dabei konzentrierte sich v. Pfeffer auf den Strukturaufbau eines Organisationsapparates und legte viel Wert auf die Einheitlichkeit von Uniformen und lokale Strukturen. In den Jahren ab 1926 expandierte die SA vor allem in Sachsen, im Ruhrgebiet und in Berlin. Hier war es der NSDAP-Gauleiter Goebbels, der die Doppelstrategie von aggressiver Propaganda und Straßenterror forcierte. Mit dem vorübergehenden Berliner SA-Verbot 1927 erhielt diese Strategie nur einen kurzzeitigen Dämpfer. Er veranlasste die Partei nun auch stärker auf die Werbung des kleinbürgerlichen Mittelstandes und seiner Verbände zu setzen.

Das Milieu einer militarisierten Subkultur

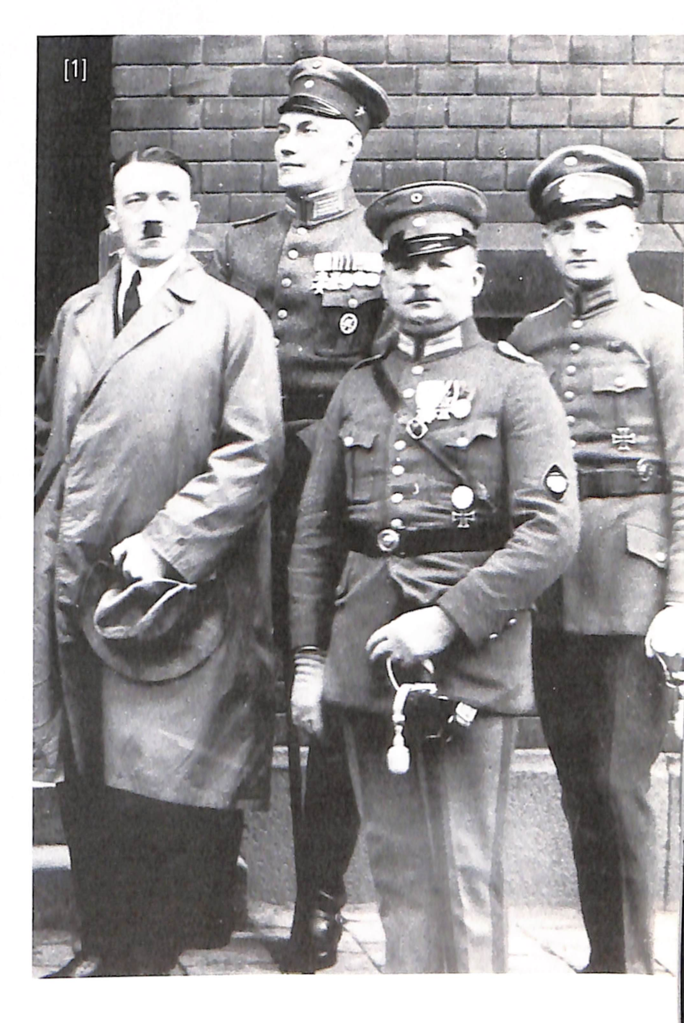
Die SA warb ihre Anhänger jedoch nicht nur über politische Arbeit. Sie bot jungen Männern eine soziale, gruppendynamische und männerbündische Erlebniswelt, in der gewalttätige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und die eigene Propaganda der identitären Sinnstiftung dienten. Ab Beginn der 30er Jahre wurden zudem die sozialen Betreuungsmaßnahmen, welche die SA ihren Mitgliedern bot, ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Mitgliederwerbung. Aus Spendensammlungen unter Parteimitgliedern, aber auch in der Industrie wurde eine soziale Infrastruktur geschaffen, die mittellosen SA-Mitgliedern über Suppenküchen und sogenannte »Fürsorgestellen« finanzielle Unterstützung zukommen ließ. Auch wurde der Versuch unternommen SA-Männer in Arbeitsstellen bei NSDAP-Mitgliedern oder Sympathisanten zu vermitteln. Ausdruck der militarisierten Subkultur waren die sogenannten »Sturmlokale«. Hierbei handelte es sich um Kneipen, die in proletarischen Stadtvierteln angesiedelt, sich vom bloßen lokalen Treffpunkt rasch zur Zentrale eines SA-Sturms entwickelten. Von hier aus wurden Aufmärsche und Terroraktionen geplant und eine sozialräumliche Dominanz durchgesetzt. Während die SA in den ländlichen Regionen ihre Propagandafeldzüge fast ungehindert durchführen konnte, galt es in den Industrierevieren die kulturelle und politische Hegemonie der Arbeiterbewegung zu brechen. Hierzu bediente sich die SA neben dem Instrument des Terrors auch des kulturellen Codes der Arbeiterbewegung. Dieser wurde, von der Form politischer Massenveranstaltungen über das Liedgut bis hin zum Freizeitverhalten, kopiert und mit der ideologischen Lebenswelt der NS-Bewegung gekoppelt.

Die Rolle der SA bei der Machtübernahme der Nazis

War die SA in den Jahren bis 1933 vor allem über den von ihr ausgeübten Straßenterror zu einem politischen Machtfaktor geworden, so erfuhr sie nach dem 30. Januar 1933 durch die Ernennung zur Hilfspolizei eine politische Aufwertung. Ihr Terror wurde legalisiert und sie agierte nun mit polizeilichen Vollmachten. Politische Gegner, bei denen es sich zunächst mehrheitlich um Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter handelte, wurden in die unter SA-Regie entstandenen sogenannten »wilden Konzentrationslager« eingeliefert. Oftmals waren diese KZs SA-Sturmlokalen, örtlichen NSDAP-Häusern angegliedert oder in requirierten Gewerkschaftshäusern eingerichtet. Am 10. April 1933, vollzog sie ihren antisemitischen Antikapitalismus von rechts in der Praxis, durch einen Boykott gegen den jüdischen Mittelstand. Die Machtübernahme der NSDAP auf der Straße wurde somit wesentlich von der SA durchsetzt.

Politische Konflikte in der NSDAP nach der Machtübernahme

Bereits im Verlauf der 20er Jahre war es innerhalb der NSDAP zu Konflikten über die Funktion der SA innerhalb der politischen Strategie der NSDAP gekommen. Während Röhm sie zu einer relativ eigenständig handelnden, parteiunabhängigen Bewegung ausbauen wollte, war es Hitlers Interesse, diese auf ihre Rolle als Kampf- und Schutztruppe der Partei festzule-



[1] Röhm 2.v.r 1924 zusammen mit Hitler zu Beginn des Hochverratsprozesses vor dem Volksgericht München.

gen. Nach der Machtübernahme der NSDAP verschärfte sich der Konflikt. Gegenstand der Auseinandersetzungen nach dem 30. Januar 1933 war nunmehr der Kampf um die Machtverteilung innerhalb des sich etablierenden NS-Regimes. Hier wollte die SA-Führung ihre Einflusssphäre sichern. Doch mit Abschluss der terroristischen Etablierung des Regimes nach der Ausschaltung ihrer politischen Gegner verlor die SA ihre hoheitlichen Befugnisse wieder. Sie stellte jedoch allein durch ihre Mitgliederzahl innerhalb des neuen Staates einen Machtfaktor dar. Vor diesem Hintergrund forderte sie u.a. eine Bewaffnung aus Beständen der Reichswehr und eine Aufwertung der Truppe durch Zuweisung institutioneller polizeilich-militärischer Aufgaben.

Nicht wenige SA-Mitglieder versprachen sich zudem von der Machtübernahme der NSDAP einen sozialen Aufstieg, wie ihn die Propaganda von den revolutionären Veränderungen im Staat verhieß. Dieser blieb jedoch, ebenso wie die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums aus. Zwar besetzten im Laufe des Jahres 1933 nicht wenige »alte Kämpfer« aus Partei und SA Posten von aus den Ämtern und Verwaltungen gedrängten Sozialdemokraten. Dennoch wuchs in der Mitgliedschaft die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der von Hitler im Frühsommer 1933 für beendet erklärten »nationalen Revolution«. Es waren in erster Linie untere SA-Führer, die eine Fortführung der nationalen Revolution auch im sozialen und ökonomischen Bereich forderten. Der von den Nazis versprochene wirtschaftliche Aufschwung stagnierte ebenso, wie die Zahl der Arbeitslosen fast unverändert hoch blieb. Zunehmend unter Druck stand die NS-Führung von Seiten ihrer nationalkonservativen Bündnispartner aus Reichswehr und Großbürgertum. Diese wünschten zwar eine autoritäre Diktatur, fürchteten jedoch den Einfluss der plebejischen SA, ihre zunehmend unkontrollierbaren Ausschreitungen und deren sozialrevolutionäres Potential.

Die Entmachtung der SA

Die Vorbereitungen für die Entmachtung der SA liefen bereits im Frühjahr 1934 an. Reichswehr und Gestapo-Stellen sammelten gezielt die SA kompromittierendes Material über SA-Gliederungen. Auf Seiten der Gestapo war der Chef des Staatspolizeiamtes Reinhard Heydrich und der Inspektor der GESTAPO Heinrich Himmler federführend. Ende Juni 1934 nahmen die Planungen konkrete Formen an. Reichswehr und SS wurden instruiert, von der SA sei ein Putschversuch in Planung. Die regionalen Sicherheits-Dienst-Leitstellen (SD) wurden angewiesen, Listen zu fertigen, die politische Gegner der NS Führung innerhalb der SA auswiesen. Es war Werner Best, der nach Rücksprache mit Berlin die Mordaktionen im süddeutschen Raum leitete. Am 30. Juni wurden Röhm und weitere SA-Führer bei München von einem SS-Kommando unter dem Vorwurf des Verrats verhaftet und noch am gleichen Tag im Gefängnis Stadelheim erschossen. In der Folge findet eine systematische Säuberung der SA statt. Der 30. Juni war auch der Auftakt für die von nun an konsequente Verfolgung der rechtsextremen Kritiker und Gegner des Nationalsozialismus, wie etwa E.J. Jung. Auch Ernst Niekisch und Ernst Jünger sollen sich auf den Listen befunden haben. Hernach war die SA politisch und militärisch entmachtet. Sie führte fortan ein Schattendasein als Mobilisierungsreserve der NSDAP.

Heutige Bedeutung der SA für den Neonazismus

Im heutigen Neonazismus ist die eindeutige politische Bezugnahme auf die SA nicht zu übersehen. So sucht die extreme Rechte in weiten Teilen ihrer Propaganda an die soziale Demagogie der SA anzuknüpfen. ■

Literatur:
Finker, Kurt: Die Geschichte des RFB; Berlin (Ost) 1982
Gossweiler, Kurt: Kapital, Reichswehr und NSDAP ; Berlin (Ost) 1981
Herbert, Ulrich: Best: Biographische Studien über Weltanschauung, Radikalismus und Vernunft; Bonn 1997
Kissenkoetter, Udo: Strasser und die NSDAP; Stuttgart 1978
Longerich, Peter: Geschichte der SA; München 2003
Kershaw, Ian: Hitler: eine Biographie; München 1998
Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP; Köln 1997
Theweleit, Klaus: Männerphantasien 2 Bd.; Hamburg 1979



Der Auschwitz-Prozess

Der Strafprozess als Laboratorium der Erkenntnis

Am 20. Dezember 1963 begann der Frankfurter Auschwitz-Prozess. Ein Verfahren gegen Verantwortliche des Vernichtungslagers, das eine Zäsur in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Massenmorden an den europäischen Juden markierte. Conrad Taler, der für die Zeitschrift der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde über den Prozess berichtete, schilderte: »Über die deutsche Todesfabrik (...) hatte ich schon einiges gelesen. Dennoch erlebte ich den Prozess wie einen Alptraum. Quälend war jedes Mal auch die Rückkehr in den Alltag. Musste das Leben nicht still stehen angesichts des Grauens, das eben noch im Gerichtssaal auf mich eingestürmt war?«

Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

Unweigerlich mit dem Auschwitz-Prozess ist der Name des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer verbunden, der den Prozess initiierte und den Massenmord der Nationalsozialisten als historische Tatsache unbestreitbar machte. Ein Strafrechtler und Remigrant, der die NS-Prozesse aus einer liberalen Haltung heraus als Instrument gesellschaftlicher Selbstaufklärung verstand, die sich in kollektiver Schuldabwehr zu konstituieren gedachte.

Bauer sah seine Hauptaufgabe nie in der Produktion von Strafurteilen. Die Strafverbüßung nach Abschluss eines Prozesses galt ihm weniger, als die Erkenntnis über den Grund des Verbrechens. Dies besonders bezogen auf den Nationalsozialismus, der nur durch das aktive Zutun vieler Einzelner seine vernichtende Gewalt entfalten konnte.

Geboren wurde Fritz Bauer am 16. Juli 1903 als Sohn des Textilgroßhändlers Ludwig Bauer in Stuttgart. Die Familie lebte nach jüdisch-orthodoxer Tradition, der sich der Sohn alsbald entschieden entzog, ohne je seine Verbundenheit mit der Sache des Judentums aufzugeben. Nach dem Jura-Studium in Heidelberg wurde er im April 1930 zum jüngsten Amtsrichter Stuttgarts bestellt. Die Nationalsozialisten setzten der gerade begonnenen Karriere drei Jahre später ein jähes Ende. Nach monatelanger Haft im KZ Heuberg und der Ulmer Strafanstalt wurde Fritz Bauer Ende 1933 zwar wieder

entlassen, 1936 jedoch sah er sich gezwungen, zunächst nach Dänemark und 1943 nach Schweden zu fliehen. Nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus gehörte er zu den wenigen Emigranten, die in der neuen Bundesrepublik zu Amt und Würden kamen: 1949 zunächst als Landgerichtsdirektor, dann zum Generalstaatsanwalt nach Braunschweig berufen, holte ihn der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn 1956 in dieser Funktion nach Frankfurt. Da war Fritz Bauer bereits durch das Beleidigungsverfahren gegen Major Remer bekannt geworden.

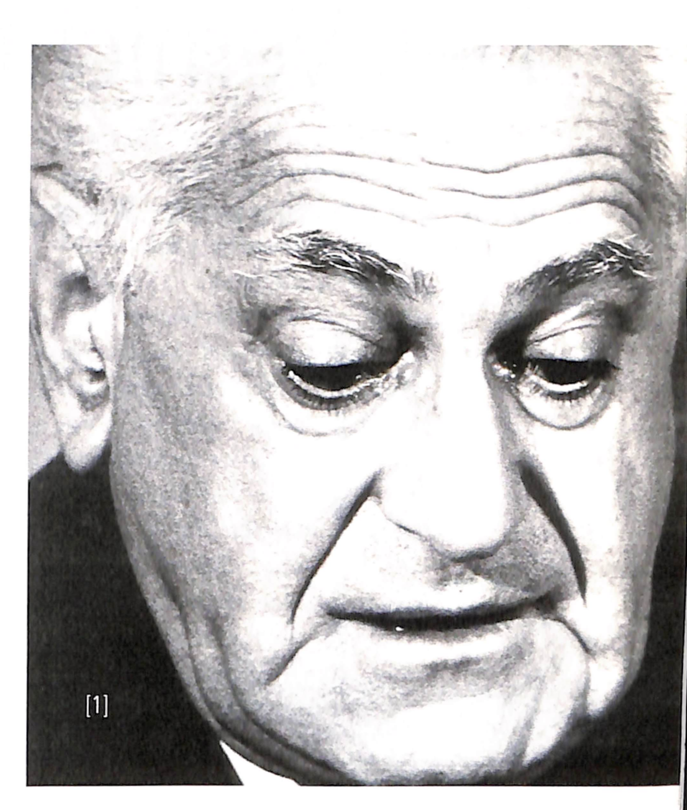
Landesverrat am Unrechtsstaat?

Otto Ernst Remer war der Offizier gewesen, den Joseph Goebbels am 20. Juli 1944 dazu gebracht hatte, sich unter seinen Befehl zu stellen und die »Verschwörer in der Bendlerstraße« zu verhaften. Als hoher Funktionär der Sozialistischen Reichspartei (SRP) hatte Remer nach dem Krieg die Attentäter um Stauffenberg als »Landesverräter« bezeichnet. In dem vom damaligen Innenminister Lehr gestellten Strafantrag sah Bauer eine Chance. Sein Plädoyer zielte darauf ab, das Gericht zu zwingen, das gesamte NS-System als Unrechtsstaat anzuerkennen. Das schien wenig, doch angesichts der seit 1945 gängigen Annahme, in der Diktatur sei Recht nur gebeugt worden, war es viel. »Landesverrat« an einem Unrechtsstaat ist kein Straftatbestand. Dagegen wog es wenig, dass Remer nur zu einer geringen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, der er sich darüber hinaus durch seine Flucht in den Nahen Osten entzog.

Kennzeichnend für das spätere Vorgehen Bauers war das Aufgebot von Gutachtern und Hintergrundzeugen, mit denen er den Prozess abstützte, sowie die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit, die im Auschwitzprozess wichtig wurde. Dies galt auch für die damals noch junge und wenig beachtete Zunft der Zeithistoriker, die er zu Gruben- und Gräberarbeit zwang.

Der Auschwitzprozess, den er als Generalstaatsanwalt in Hessen mitorganisierte, berührte eine »Vergangenheitspolitik«, die dem Konsens der Adenauerzeit im Willen zu Amnestie und Amnesie unterworfen war. Im Verhalten der Angeklagten, welche die Verantwortung für ihre Taten zurückwiesen, spiegelte sich die Auseinandersetzung der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit dem ihr angelasteten Holocaust – nämlich die Versicherung, von alldem nichts gewusst zu haben. Wie konnte gegen diese Betondecke angegangen werden? Zufallsfunde kamen dem Ankläger zu Hilfe. Ein Journalist hatte bei einem Vertriebenen aus Breslau halbverkohlte Blätter gefunden. Es stellte sich heraus, dass es sich um formlose Erschießungsprotokolle aus Auschwitz handelte, Überreste der bürokratischen Korrektheit, ohne die sich die SS ihre Vernichtungsarbeit nicht erlaubte. Mit diesem Beweismittel konnte Bauer das Bundesgericht dazu bringen, der Staatsanwaltschaft Frankfurt die Zuständigkeit für den Komplex Auschwitz zuzusprechen und die Ermittlungen aufzunehmen. Bis dahin lebten die später Angeklagten unter eigenem Namen fast 20 Jahre nach Kriegsende als Apotheker, Krankenpfleger, Fabrikanten in ihren Heimatorten, unauffällig, unangefochten. Bis zur Schließung der Beweisaufnahme hörte das Schwurgericht 357 Zeugen, von denen 211 Auschwitz-Überlebende waren, der Prozess war zum damaligen Zeitpunkt das größte Schwurgerichtsverfahren in der deutschen Justizgeschichte.

Eine weitere Hilfe war Bauer der Prozess gegen Eichmann in Jerusalem, an dessen Auffindung er beteiligt war. In der unüberschaubaren Schar der Zeugen offenbarte sich nicht nur das Leiden des jüdischen Volkes, der Blick richtete sich zwangsläufig auch auf Deutschland: Wo waren diejenigen, die die Bluttat für Eichmann und mit ihm zu Ende führten?


[1] Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

Befehlsnotstand

Im Prozess selbst verschanzten sich die Angeklagten hinter dem Befehlsnotstand, es kam für die Staatsanwaltschaft also darauf an, sie des Willens zur Tat zu überführen. Gerade im Missverhältnis zwischen der unbedeutenden, unauffälligen Nachkriegsexistenz und der Monstrosität der Verbrechen offenbarte sich, wozu Menschen unter gegebenen und geduldeten Umständen fähig sind. Bauer ging es um die Aufdeckung der zum Dauerverbrechen gewordenen Realität, beispielsweise in einem Prozess, den er wenige Monate vor seinem Tod gegen die Teilnehmer einer reichsweiten Justizkonferenz von 1941, welche die »Euthanasie« Morde juristisch absichern sollte, anstrengte. Nach Bauers Tod wurde das Verfahren eingestellt. ■

Aus:
- Freitag: Die Ost-West-Wochenzeitung # 30, Fritz Güde, Hebamme im Talar - Fritz Bauer zum 100. Geburtstag
- Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens - Berichte vom Auschwitz-Prozess, Conrad Taler, PapyRossa Verlag, ISBN 3-89438-263-5
http://www.fritz-bauer-institut.de

Das Vernichtungslager Sobibor

Die vergessene Revolte



Sobibor, im heutigen Ostpolen gelegen, war eines von drei Vernichtungslagern der »Aktion Reinhardt«. Heinrich Himmler plante mit der Aktion die Ermordung von über eineinhalb Millionen Juden. Fast 250.000 Juden kamen von April 1942 bis Oktober 1943 in Sobibor um. Bei einer Häftlingsrevolte am 14. Oktober 1943 wurden 12 SS-Angehörige der Wachmannschaften getötet. Etwa 300 Häftlinge konnten fliehen, 50 von ihnen überlebten bis zum Kriegsende. Die SS-Angehörigen der »Aktion Reinhardt« wurden nach Italien (Trieste) versetzt und sämtliche Überreste des Lagers beseitigt. Die Spuren wurden so gut verwischt, dass noch 1966 bei einer Umfrage in Hagen, wo der größte Prozess gegen die Täter von Sobibor stattfand, eine Passantin auf die Frage: »Was wissen Sie von Sobibor?« antwortete: »Sobibor, ist das ein neues Waschmittel?«. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem neu vorliegenden Buch des Überlebenden des Aufstandes Thomas Toivi Blatt.

Sobibor - die vergessene Revolte
Unrast-Verlag 2003
reihe antifaschistische texte Hamburg
16 Euro
ISBN 3-89771-813-8

» »Der erste Eindruck von Sobibor war harmlos: die gepflasterte Straße vom Haupttor war von hübsch gestrichenen Gebäuden gesäumt, umgeben von Rasenflächen und Blumenrabatten. (...)

Die Gaskammern, die sich in der äußersten nordwestlichen Ecke des Lagers befanden, waren mit Bäumen und Zäunen getarnt. Es war möglich, den ersten Teil des Transports zu vergasen, während die nächste Gruppe sich im Hof auszog.

Nachdem sie ihr Gepäck stehen gelassen hatten, wurden zuerst die Frauen und Kinder zu einer langen Baracke gedrängt. In dem Moment, wo sie das Gebäude betraten, wurden sie von jüdischen Arbeitern gebeten, die Wertsachen da zu lassen. In dem Moment, wo die Baracke leer war, öffnete eine Gruppe von Gepäckträgern die Türen zu den angrenzenden Schuppen und bündelte schnell die Berge von Wertsachen. Zu diesem Zeitpunkt war die nächste Gruppe von Juden auf dem Weg zum Hof und hörte sicherlich die Schreie der Vorgänger. Aber gemischt mit dem Röhren des Motors hörte sich das Geräusch an wie ein ferner Donner. Nur wir, die Arbeiter des Todeslagers mit schreckensstarren Herzen, kannten die Wahrheit. Wenn der Motor aufhörte, wurden die Gaskammertüren aufgeschwungen, ein Kommando von Gefangenen trennte die verkeilten Körper und warf sie in die Loren der Schmalspurbahn, die zum Verbrennungsareal führte. Eine andere Gruppe säuberte die Kammer schnell. In kurzer Zeit war die Gaskammer wieder hergerichtet, um die nächste Gruppe von nichts ahnenden Opfern zu empfangen. (...)

Widerstand nahm in Sobibor viele Formen an. Im Spätsommer 1943 nahm der Untergrund Kontakt mit Alexander ´Sasha´ Aronowich Pechersky, einem inhaftierten Leutnant der Roten Armee, auf. In schneller Reihenfolge wurden verschiedene Fluchtpläne diskutiert. Zwei Tage später hatte sich ein Plan herauskristalli-

siert. (...) Der Kern der Organisation traf sich an jenem Abend in der Tischlerwerkstatt. Die Zahl der Eingeweihten sollte möglichst niedrig gehalten werden.

Der Ausbruch sollte in drei Phasen erfolgen:

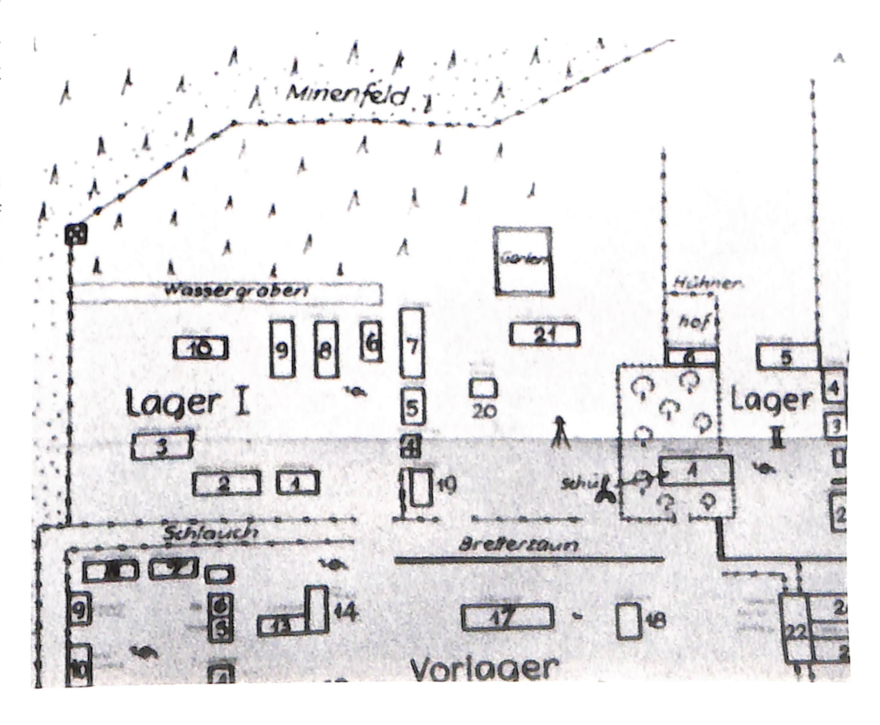
Phase I (15.30 bis 16 Uhr): Vorbereitung der Angriffsgruppen.

Phase II (16 bis 17 Uhr): Möglichst unauffällige Beseitigung der Nazis.

Phase III (17.30 Uhr): Mobilisierung aller Gefangener zum offenen Aufstand und anschließender Massenflucht. (...) Konkret bedeutete dies: Innerhalb einer Stunde mussten so viele Nazis und Ukrainer wie möglich beseitigt und anschließend das Haupttor erstürmt werden. Der Plan hing vor allem davon ab, dass die Nazis blind darauf vertrauten, die totale Kontrolle über die Häftlinge zu haben. Zugleich beruhte er auf der Vorhersagbarkeit der täglichen Routine. Am meisten verließen wir uns auf die Habgier der Nazis sowie ihre wohl bekannte Pünktlichkeit. Sie sollten zu ihren Hinrichtungen unter den Vorwänden gelockt werden, dass wertvoller Schmuck oder feine Kleidung gefunden worden sei, die sie vielleicht selbst gerne haben wollten. (...) Der 14. Oktober war ein sonniger Tag und nichts unterbrach die Routine. SS-Untersturmführer Niemann ritt einige Minuten früher heran und betrat die Schneiderwerkstatt mit einem Lächeln. Mundek stand bereit, die neue Uniform in der Hand. Nichtsahnend löste der Deutsche seinen Gürtel mit der Pistole und warf ihn auf den Tisch. Wie es bei Schneidern seit jeher üblich war, tätschelte auch Mundek den Deutschen und drehte ihn hin und her. Schließlich bat er ihn stillzustehen, während er Änderungen markierte. Da fiel der Schlag. Wie ein gefällter Baum fiel Niemann um, sein Schädel war gespalten. (...) Sie brachten Niemanns Leiche weg und säuberten den blutigen Boden mit Lumpen. Shubayev rannte zu Sashas Posten und überbrachte die erste Pistole. Nun gab es kein Zurück mehr. (...) Vom Hauptturm in der Mitte von Lager II kam der Ton eines Horns, der das Ende des Arbeitstages ankündigte. Die Operation, die in strengster Geheimhaltung geplant und ausgeführt worden war, lief wie ein Uhrwerk. Von 16 Uhr an wurde im Durchschnitt alle sechs Minuten ein Deutscher getötet. Auf Sashas Anweisung hin blies Pozyczki die Pfeife für den Appell. Die Nachricht vom Aufstand verbreitete sich nun in Windeseile. (...)Die Mehrheit der Häftlinge teilte sich spontan in zwei Gruppen. Eine Gruppe erstürmte die Zäune in Lager I und versuchte verzweifelt den Stacheldraht zu durchtrennen ohne auf das Geknatter der Maschinengewehre zu hören. (...) Eine Gruppe landete zusammen mit mir zwischen den Zäunen an der Lagerperipherie. Vor uns befanden sich ein weiterer Stacheldrahtzaun und etwa 15 Meter Minenfeld. Wir blieben stehen. Jemand versuchte mit einer Schaufel ein Loch in den Zaun zu reißen. (...) Innerhalb kurzer Zeit stießen weitere Juden zu uns. Sie warteten nicht, bis sie an der Reihe waren durch die Zaunöffnung zu steigen, sondern kletterten auf den Zaun. Obwohl wir geplant hatten, die Minen mit Steinen und Holz zum Detonieren zu bringen, taten wir das nicht. Wir konnten nicht abwarten; wir zogen es vor sofort zu sterben, als auch nur einen Moment länger in der Hölle zu bleiben. Ich hatte erst den halben Weg durch den Zaun geschafft, als er zusammenbrach und auf mich niederstürzte. Dies rettete mir wahrscheinlich das Leben, denn während die Menge über mich hinwegtrampelte, sah ich Sekunde für Sekunde Minen explodieren. Mir wurde klar, dass ich, wenn ich früher durch den Zaun gelangt wäre, ebenfalls umgekommen wäre. (...)

Nun musste ich es noch in den Wald vor mir schaffen. Ich fiel einige Male hin und jedes Mal stand ich wieder auf und rannte weiter ... und endlich der Wald. Hinter mir – Blut und Asche. In der Dämmerung des nahenden Abends schossen die Maschinengewehre aus den Türmen auf ihre letzten Opfer.

Inmitten des Tumultes machte Jakub Biskubicz sich unbemerkt auf den Weg zur Nordseite, wo er sich im Gebüsch versteckte. In der Nacht erklomm er einen leeren Wachturm und sprang über den Zaun in die Freiheit. Er war vermutlich der letzte Jude, der Sobibor lebend verließ.« ■



Der Begriff Querfront

Eine historische Betrachtung

Der Begriff »Querfront« hat derzeit in antifaschistischen Diskussionen Hochkonjunktur: Spätestens seit Anhänger der Freien Kameradschaften bei ihren nahezu wöchentlichen Aufmärschen verstärkt mit Palästinensertüchern, antikapitalistischen Slogans und Che Guevara-T-Shirts in Erscheinung treten, findet das Schlagwort fast schon inflationäre Verwendung. Die Versuche von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur, linke Symboliken, Stile, Dress- und Sprachcodes zu adaptieren, führen unter AntifaschistInnen nicht selten zu Verunsicherungen und der Frage, wie die neuen Formen rechtsextremer Inszenierungen theoretisch und terminologisch gefasst werden können. Oftmals erfolgt in diesem Zusammenhang dann der pauschale Hinweis auf die angeblichen »Querfrontstrategien« militanter Neonazis oder »neurechter« Vordenker.


[1] General Kurt von Schleicher

Ob der Begriff »Querfront« geeignet ist, das momentan sich scheinbar vollziehende Verschwimmen der Grenzen zwischen »links« und »rechts« präzise zu beschreiben, ist allerdings zweifelhaft. Zum einen entstammt der Begriff einem spezifischen historischen Kontext, der nicht ohne weiteres auf die gegenwärtigen Verhältnisse übertragen werden kann. Zum anderen suggeriert er eine inhaltliche und konzeptionelle Kohärenz, die weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit existiert(e).

Der Begriff »Querfront« bzw. »Querfrontstrategie« tauchte in den politisch-ideologischen Diskursen der Weimarer Republik erstmals am Beginn der dreißiger Jahre vor dem Hintergrund des weitgehend autoritär regierenden Präsidialregimes auf. Keiner der zwischen März 1930 und Januar 1933 amtierenden Reichskanzler Brüning, Papen und Schleicher konnte sich auf parlamentarische Mehrheiten oder breiten gesellschaftlichen Rückhalt stützen. Zwar begrüßten die unterschiedlichen Fraktionen der politischen Rechten bis weit ins bürgerliche Lager die unübersehbare Aushöhlung der demokratischen Institutionen, über einheitliche politische Konzepte oder Strategien verfügten diese Gruppierungen jedoch nicht. Insbesondere der von Papen verfolgte neoaristokratische, bedingungslos unternehmerfreundliche Kurs hatte das rechte Spektrum nicht einen können. Das Kabinett Papens scheiterte nach nur fünf Monaten im November 1932.

Sein Nachfolger, der Reichswehrgene-

ral Kurt von Schleicher, war daher bemüht, eine breitere gesellschaftliche und politische Verankerung seines Präsidialregimes zu erreichen. In dieser Situation avancierte die Idee eines »quer« zu den ideologischen Trennungslinien der Parteien liegenden Bündnisses, bestehend aus Reichswehr, Gewerkschaften und dem »linken« Flügel der NSDAP, für einen kurzen Zeitraum zu einer ernsthaften politischen Option. Die jeweiligen Vorstellungen und Erwartungen, die die unterschiedlichen Propagandisten der »Querfront« mit dem Konzept verbanden, lagen allerdings zum Teil erheblich auseinander.

Auf einer theoretisch-ideologischen Ebene war die »Querfront« maßgeblich von Vertretern des neonationalistischen TAT-Kreises entwickelt und in zahlreichen Publikationen, wie etwa der »TAT« oder der »Täglichen Rundschau« formuliert worden. Durch die Herrschaft Schleichers erhofften sich die Autoren die endgültige Beseitigung der Weimarer Demokratie sowie entscheidende Schritte hin zu einem »auf den Volkswillen« gestützten autoritären Staat.

Schleichers politische Positionen wiederum schienen in zahlreichen Punkten denen des TAT-Kreises zu entsprechen. Bereits während des Ersten Weltkrieges war der General dafür eingetreten, Schlüsselindustrien einer strikteren staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, Kriegsgewinne zu besteuern und Preisbegrenzungen notfalls mit Hilfe bestimmter Formen von Zwangsverwaltung durchzusetzen. Auch als Reichskanzler postulierte er eine nachhaltigere Interessenwahrung des Staates gegenüber der Industrie und erwog zudem, Teilverstaatlichungen durchzuführen.

Die Vorstellungen Schleichers verfolgten jedoch im Gegensatz zu denen des TAT-Kreis nicht das Ziel, eine neue Staatsform zu schaffen und einem »nationalen Sozialismus« zum Durchbruch zu verhelfen. Vielmehr war das Denken und Handeln des Reichskanzlers von pragmatischen militärischen Kategorien geprägt. Schleicher ging es vor allem darum, für sein Präsidialregime, das langfristig zumindest partiell Züge einer Militärdiktatur getragen hätte, eine Massenbasis zu schaffen.

Tatsächlich wurden im Herbst 1932 sowohl innerhalb des ADGB als auch im »linken« Flügel der NSDAP Stimmen laut, die die Beteiligung an einer »Querfront« nicht ausschlossen. So konnten seit dem Beginn der 30er Jahre nationalistische Strömungen im ADGB Fuß fassen, während gleichzeitig innergewerkschaftliche Debatten über die rasant wachsende nationalsozialistische Bewegung weitgehend ausblieben. Zudem wurde im ADGB sowie in den Einzelgewerkschaften angesichts dramatisch steigender Arbeitslosenzahlen verstärkt Forderungen nach staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhoben, was erhebliche Konflikte mit der SPD-Führung hervorrief. Die traditionell enge Bindung zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schien sich somit zu lockern. Auf der anderen Seite hatte Gregor Strasser, der Fraktionsvorsitzende der NSDAP und Exponent eines »antikapitalistischen« Flügels der Partei, im Mai 1932 in einer Reichstagsrede ein wirtschaftliches Sofortprogramm vorgestellt, das in zahlreichen Punkten Ähnlichkeiten mit den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen aufwies.

Im Sommer und Herbst 1932 kam es zu einer Reihe von Sondierungsgesprächen zwischen der Führung des ADGB und Reichsregierung, um die Optionen einer »Regierung aller Volkskreise«, unter Einschluss der NSDAP, auszuloten. Gregor Strasser wiederum traf sich sowohl mit Schleicher, als auch mit dem Führer des (sozialdemokratischen) Reichsbanners. Zum ADGB hielt er über Mittelsmänner Kontakt. Ob darüber hinaus direkte Verhandlungen hinsichtlich einer möglichen »Querfront« zwischen Schleicher, Gewerkschaftsfunktionären und nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretikern stattfanden, ist bis heute umstritten.

Ab Ende August 1932 erschien zeitgenössischen Beobachtern die Bildung eines Kabinetts Schleicher – Strasser – Leipart (der Vorsitzende des ADGB) jedoch durchaus als ein ernsthaftes realpolitisches Szenario. Dabei blieb es dann aber auch. Als Schleicher Anfang Dezember 1932 zum Reichskanzler ernannt wurde, war das Querfrontkonzept bereits Makulatur. Innerhalb der NSDAP hatte sich Strasser mit seinen Positionen nicht durchsetzen können. Am 8. Dezember trat er von seinem Parteiamt zurück. Die Gewerkschaften schreckten letztendlich vor einer eindeutigen Positionierung zugunsten des Präsidialregimes zurück, zumal die SPD massiven Druck auf die Führung des ADGB ausübte. An der insgesamt unentschlossenen, lavierenden und indifferenten Haltung der Gewerkschaften gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung änderte sich jedoch wenig – eine Tatsache, die sich bitter rächen sollte. Das Kabinett Schleicher bestand nicht einmal zwei Monate. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Drei Monate später, am 2. Mai 1933, begann das NS-Regime mit der Zerschlagung der Gewerkschaften. Dass diese Maßnahmen lediglich auf geringen Widerstand stießen, war nicht ausschließlich auf den nationalsozialistischen Terror zurückzuführen, sondern stellte auch ein Resultat der seit dem Beginn der dreißiger Jahre vollzogenen Annäherungsprozesse an die extreme Rechte dar. ■

Verwendete Literatur:
- Stefan Breuer: Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001.
- Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1995.
- Bernd Martin: Die deutschen Gewerkschaften und die nationalsozialistische Machtübernahme. Von der Anpassungspolitik während der Präsidialkabinette zur Selbstausschaltung im totalitären Staat, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 36 (1985), S. 605-631.
- Axel Schildt: Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, in: Richard Saage (Hg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt/Main 1986, S. 346-364.
- Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1994.



Modisches Archaikum

Mit dem Stich unter die Haut zurück vor die Moderne

Bei Tattoos und extremer Rechter denkt man an rechte Rocker, an gestochene Hakenkreuze, Wikinger und Keltenkreuze, eine Verbindung zur sog. »Neuen Rechten«, einer intellektuellen Strömung innerhalb der extremen Rechten ist schwer vorstellbar. Als eine der wenigen innovativen Personen dieses Teils der extremen Rechten ist seit über 10 Jahren Stefan Björn Ulbrich aus dem thüringischen Engerda aktiv. Er versucht, über zeitgemäße Modetrends den Weg zurück zu weisen, dabei zielt er mal auf die Rollenspieler-Szene, mal auf die Esoterik oder auf das Neuheidentum. Er ist es auch, der als Mitherausgeber ideologiegeschwängerter Tattoo-Bücher hier ein neues Wirkungsfeld gefunden hat. Dieses Wirken ist scheinbar auf fruchtbaren Boden gefallen, erschien dieser Tage doch schon die dritte Auflage seines »Tribal Tattoo«-Buches und die zweite Auflage des Buches »Alles über Tattoos – Von der Motivwahl bis zur fertigen Tätowierung«, welches er zusammen mit dem renommierten »Tätowier Magazin« herausgab. Dieses Buch schafft die Brücke zwischen der Tattoo-Szene und Ulbrichs politischen Motiven.

Entwurzelung in der Moderne

»In einer entwurzelten Gesellschaft, die uns mit ihren deformierten sozialen Systemen versichert, alles was wir tun sei ungefährlich und sicher, hat es der einzelne Mensch immer schwerer, sich wirklich Bedeutung zu verschaffen«, analysieren die Herausgeber des Buches Tribal Tattoo Igor Warneck und Björn Ulbrich die Lage der Gesellschaft. Dass sie von einer »entwurzelten Gesellschaft« schreiben, entlarvt jedoch schon in der Einleitung ihr Denken, wie soll eine Gesellschaft entwurzelt werden? Die These von der Entwurzelung ist ein Ideologiefragment des völkischen Denkens, geht sie doch davon aus, dass Völker, die hier zwar nicht genannt, in dieser Logik wohl jedoch gedacht werden, fest mit dem Boden und dem kulturellem Umraum verwurzelt und dadurch geprägt sind. Eine antiquierte Denkweise, die jedoch die Basis für die Autoren bildet. Diese beklagen, das in unserer »gleichmacherischen, aber trotzdem kompliziert-unübersichtlichen Zivilisation« der Kontakt »mit tausend Jahren traditioneller Entwicklung« verloren gegangen ist und behaupten, »sie fühlen sich so, als wären sie gestern geboren ohne Tradition, ohne Geschichte«. Haupt-Kritikpunkte bilden der Gleichheitsgedanke, den die extreme Rechte seit eh und je bekämpft und die Zivilisation, die von einer als »natürlich« deklarierten Stammesgesellschaft ersetzt werden soll. Ausdruck dieser angeblichen Verunsicherung und Entwurzelung ist der Rückgriff auf den »Modernen Primitivismus«, das in Modekommen von sog. Tribals, also alten oder vermeintlich alten Symbolen als Tattoo-Motiven.

Zwar konstatieren die Autoren, dass Menschen sich heute zumeist aus ästhetischen Motiven solche Tribals tätowieren lassen, fragen jedoch gleich rhetorisch: »Doch kann dieser Ursprung, dieser Tribe, eigentlich verloren gehen? Besteht er nicht für immer...« Die Autoren wittern die Chance, Menschen die sich für Tribals interessieren, und sei es auch nur aus ästhetischen Gründen, mit völkischen Gedanken aufzuladen, denn das ist für sie als nicht Tätowierte, wie sie selbst bekennen, ihre Verbindung

zum Thema: »nämlich die Suche nach dem Stammesleben in unserer heutigen Zeit.« Auch welche Werte es sind, die Ulbrich und Warneck an diesen Urkulturen faszinieren »gesellschaftlicher Status, Tapferkeit, Zeugungskraft, Stärke.« Was hier benannt ist, nannte man früher Heldentum, Sozialdarwinismus, Männlichkeitskult und Führergesellschaft, nur dass hier die Begriffe etwas der Zeit und dem Verständnis der Leser angepaßt wurden. Danach wird ein Hohelied auf die Stammeskulturen dieser Welt von Neuseeland über Borneo, Samoa, Japan und China bis nach »Nordland« gesungen. Eine kritische Reflexion findet dabei nicht statt. Nur am Rande wird erwähnt, dass z.B. bei den Maoris Gesichtstattoos den familiären und sozialen Status repräsentierten und nur die »Sklaven und niederen Stammesangehörigen« nicht tätowiert waren. Eine Kritik einer solchen gesellschaftlichen Formierung und Reglementierung sucht man vergebens. In einer Logik, in der eine solche als »archaisch« und somit angeblich nicht von der Moderne entfremdete, sondern ursprüngliche und gute Gesellschaft gesehen wird, auch nicht zu erwarten.

Alles über Tattoos – Die Brücke zur Szene

Tattoos sind in Mode, die Bahnhofskioske bieten gleich eine ganze Handvoll Magazine zum Thema an, regelmäßig finden große Treffen statt. An diese Szene dockt Ulbrich mit der Veröffentlichung »Alles über Tattoos« von Gabriele Hofmann an. Der »Praxisratgeber« ist in Zusammenarbeit mit dem »Tätowier Magazin« erschienen, welches mit seiner Druck-Auflage von 34.560 Exemplaren eine weite Verbreitung des Buches garantiert. Das Buch hat keinen rechen Inhalt, sondern bietet Tipps zur Motivwahl, der Pflege und Anfertigung der Tattoos und ein Branchenverzeichnis. Mit seinem DIN A4 Format und dem 4 Farbdruck ein attraktives Buch, also ein praktisches Einsteigerwerk, mit dem Ulbrich der Einstieg in die Szene gelungen ist.

Stefan Björn Ulbrich und der Arun-Verlag

Ulbrichs politische Sozialisation begann in der extrem rechten und mittlerweile verbotenen Wiking-Jugend (WJ), wo er bis zum Horstführer aufstieg. Da ihm die WJ zu altbacken war, wechselte er zur sog. »Neuen Rechten«, ins Umfeld des Thule Seminars, ab 1991 arbeitete er als Redakteur im Ressort Politik der Jungen Freiheit. 1989 gründete er den Arun Verlag, der heute seinen Sitz im thüringischen Engerda hat. Dort veröffentlichte er seine eigenen Werke wie »Gedanken zu Großdeutschland« (1990) oder „Multikultopia – Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft« (1991). Zum Verlagsprogramm gehören desweiteren »neurechte« Autoren wie z.B. Sigrid Hunke (Das Nachkommunistische Manifest) oder Claus M. Wolfschlag (Hitlers rechte Gegner).

Spezialisiert ist der Verlag jedoch auf (rechte) heidnisch-esoterische Literatur, so die Neuauflage von »Revolte gegen die moderne Welt«, des italienischen Faschismustheoretikers Julius Evola und diverse Veröffentlichungen zu den Mystikern der SS Otto Rahn und Karl Maria Willigut. Ergänzt wird das Programm durch alles, was irgendwie vermeintlich nicht durch die Moderne verfälscht wurde, also Indianer, weise Frauen, Kelten, etc. Der Umsatz des Arun Verlag beträgt jährlich etwa 450.000 Euro. Einerseits, um noch mehr Geld zu verdienen, andererseits, um seinen Einfluß zu erweitern gründete Ulbrich 1996 den Gaja Versand, dessen Angebot auf die Esoterik-Szene abzielt. Ulbrich ist dynamisch und immer auf der Suche nach neuen Bereichen in denen er seine Ablehnung der Moderne vermitteln kann. So erschien im Arun Verlag ein Buch zu Piercing, in dem Ulbrich ebenfalls einen Ausdruck der Sehnsucht nach dem Ursprünglichen sieht.

Gefährliche Dynamik

Einen neuen Nationalsozialismus beschwört Ulbrich nicht, seine Gesellschaftsvorstellungen sind jedoch zutiefst antihumanistisch und antidemokratisch. Da er nicht mit der Hakenkreuzfahne in der Hand durch die Lande zieht, sondern die Versatzstücke seiner Ideologie eher an Modethemen ankoppelt, erreicht er ein weitaus breiteres Publikum. Dass er bis heute immer noch in der extremen Rechten verankert ist, ist dazu kein Widerspruch, sondern Programm. Eher als Versehen dürfte dagegen die Mitautorenschaft des Neonazis Veit Kelterborn, Rechts-Rock-Barde und Betreiber des Tattoostudios »Mystic Art Tattoo« in Rudolstadt zu werten sein, denn den Stallgeruch des Neonazismus läßt Ulrich gerne hinter sich. ■

[1] Rechtsextremistin mit Triskele-Tattoo



»Flut aus dem Osten«

Die Junge Freiheit und die Osterweiterung

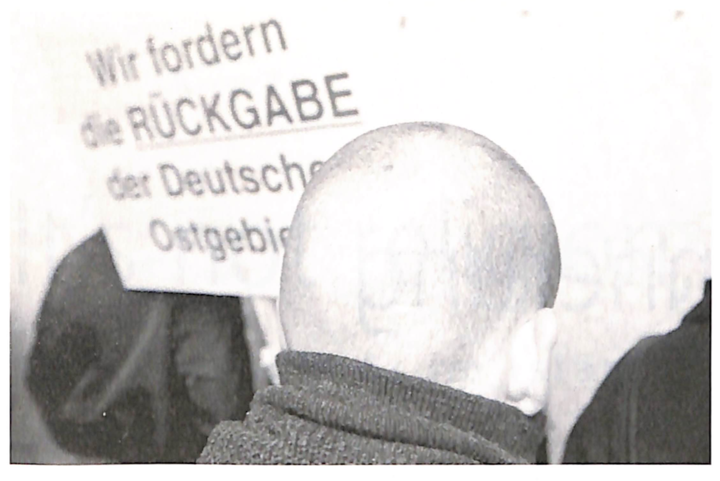


» Carl Gustav Ströhm weiß, wovon er spricht. Im Februar 2002 ist ihm in der Budapester Lendvay utca sein VW Passat abhanden gekommen. Geklaut, mitten im Diplomatenviertel gegenüber der Botschaft Estlands. »Seid froh, dass wir die kriminelle Flut aus dem Osten hier auffangen«, ließ der Osteuropa-Korrespondent der Jungen Freiheit (JF) sich von einem ungarischen Gesinnungsgenossen trösten: »Sonst könntet Ihr demnächst auch in Wien oder München nicht mehr Eure Autos parken!« Zwei Jahre später naht der Schlag, der österreichische und deutsche Großstädte zu autofreien Zonen zu machen droht: Die Osterweiterung der Europäischen Union. »Wien preist die großen Segnungen der EU-Erweiterung«, stöhnt Ströhm in der JF: »Wer's glaubt, wird selig«. Handtaschenraub, Einbrüche, »gelegentlich ein kleiner Banküberfall« – das »Rumänenproblem«, so Ströhm, dem die eigene Erfahrung die Augen geöffnet hat, ist jetzt schon in der österreichischen Hauptstadt angekommen. Die »Kriminalitätswelle«, berichtet der ehemalige Korrespondent der »Welt«, gelte dort als »Spitze eines Eisberges, der sich mit der EU-Osterweiterung auf das Land zubewege«. »Mit Öffnung der Ostgrenzen gelangten diverse östliche Mafia-Strukturen« in die alten EU-Länder, »eine klare Trennung zwischen legaler und mafiotischer Ökonomie« sei bald »nicht mehr möglich«.

Kriminalität, Korruption, Kostenexplosion: Das ist die Zukunft der osterweiterten EU, wie sie die JF seit Jahren an die Wand malt. »Wie teuer wird uns die Osterweiterung?«, hatte Ronald Schill in seiner »Flutkatastrophen«-Rede vor dem Deutschen Bundestag drohend gefragt, bei der JF weiß man die Antwort: Viel zu teuer. »Allein Polen wird die Union bis 2006 etwa 2,7 Milliarden Euro zusätzlich kosten«, klagt Ströhm; JF-Redakteur Moritz Schwarz vermutet mit Schrecken, dass »der deutsche Arbeitsmarkt nach der EU-Osterweiterung auch noch unseren osteuropäischen Nachbarn offen« steht. »Die EU«, fürchtet JF-Autor Alexander Griesbach, »wird durch die Osterweiterung über Jahre hinaus ökonomisch und politisch gelähmt sein.«

Wohlstandschauvinismus, rassistische Ressentiments und völkisches Gehabe: Hinter der Agitation der JF gegen die Osterweiterung verbirgt sich eine Europakonzeption, die zahlreiche Widersprüche zur gängigen europäischen Einigungsstrategie aufweist. Zentral in dieser Konzeption ist der deutsche Nationalstaat, der möglichst wenig Souveränitätsrechte delegieren und sich mit scharf bewachten Grenzen gegen die Zuwanderung fremder »Völker« schützen soll. Autoritär geführt, gilt dieser Staat als geeignetes Instrument, um deutsches Wesen und deutsche Macht weltweit auszudehnen.

Die EU als Ganzes ist Vertreterinnen und Vertretern dieser Konzeption suspekt. Schließlich ist die Einigung Europas nur um den Preis der formalen Übertragung von Hoheitsrechten nach Brüssel zu haben, auch scheinen die immer durchlässigeren EU-Binnengrenzen die Zuwanderung ins deutsche Wohlstandszentrum zu erleichtern. Nicht zuletzt kostet die EU und ihre Erweiterung nach Osten viel Geld, das die JF-Redaktion – wie





alle 3 Bilder: Revanchisten und Neonazis fordern am 3.Oktober 1998 in Berlin die Rückgabe von Ländereien in Polen.

die radikale deutsche Rechte insgesamt – lieber für Deutsche ausgeben würde.

Entsprechend agitiert die JF gegen die Osterweiterung, wenn auch zunehmend mit resignativem Unterton. Eine »tödliche Infektion« für die »Effektivität der jetzt schon schwerfälligen EU-Administration« sieht JF-Autor Alexander Barti; dass »mit der Osterweiterung nicht die Einheit, sondern die Widersprüche sich vertiefen«, befürchtet Ströhm. Mutigere Versuche, gegen die Osterweiterung einzuschreiten, sind fehlgeschlagen. Nachgedacht hat die JF-Redaktion über Zweckbündnisse mit den Grünen, für die die Agitation der FPÖ gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin das Vorbild abgab; auch an Vorbehalte des rechten Flügels der Unionsparteien wollte man anknüpfen. Ohne Erfolg: »Nein, auf keinen Fall«, antwortete die grüne EU-Parlamentarierin Mercedes Echerer auf die hoffnungsvolle Frage des JF-Interviewers, ob als unsicher geltende Atomkraftwerke nicht ein Beitrittshindernis seien; man könne auch innerhalb der EU »die Zuwanderung begrenzen und steuern«, verkündete der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Michelbach auf prinzipielle Einwände eines JF-Redakteurs.

Auch über Kompromissvorschläge dachte die JF-Redaktion nach. Bemerkenswert ist das »Europa á la carte«, das Jörg Horn im Dezember 2001 ins Spiel brachte. Horn, Spezialist für »Volksgruppen«-Politik und Absolvent des elitären Europa-Kollegs in Brügge, hatte einige Jahre zuvor für den außenpolitischen Think Tank »Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien« gearbeitet und verfügt über Kontakte, die ihm Anfang 2002 den Posten des offiziellen Vertreters der ostbelgischen »Deutschsprachigen Gemeinschaft« in Brüssel verschafften. Als Realpolitiker versuchte Horn, den Leserinnen und Lesern der JF eine besondere Variante der Osterweiterung schmackhaft zu machen.

Man müsse bei der Osterweiterung nicht gleich komplette Staaten in die EU aufnehmen, schlug Horn in einem ganzseitigen Elaborat vor; man könne sich vielmehr zunächst auf eine Mitgliedschaft »geeigneter Regionen« beschränken. »Geeignet« seien Gebiete, »die bereits stark mit dem EU-Gebiet verbunden sind, einen hohen Entwicklungsstand aufweisen oder aus geographischen Gründen rasch zum EU-Gebiet gehören sollten«. Konkret: »Das trifft zum Beispiel zu auf die an Deutschland grenzenden Teile Polens.« Bewusst knüpfte Horn damit an völkische Vorstellungen an, die die JF stets vertreten hat: Dass Deutschland wieder stärkeren Einfluss auf die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches erhalten müsse. Auch »Königsberg« könne als Einzelregion in die EU aufgenommen werden, erklärte Horn; der Idee hatte sich kurz zuvor der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Hans-Ulrich Klose (SPD), angeschlossen, sie ist später erneut in der JF aufgegriffen worden.

Die Osterweiterung wird am 1. Mai 2004 vollzogen, völlig unbeeinflusst von den unmaßgeblichen Debatten und Vorschlägen der JF. Bei dieser kehrt jedoch so langsam die Erkenntnis ein, dass gerade die ungeliebte Expansion der ungeliebten EU völkisch-deutschen Ansprüchen neue Chancen bringt. »Entscheidend ist der 1. Mai – an diesem Tag tritt bekanntlich Polen der EU bei«, gab kürzlich JF-Redakteur Moritz Schwarz zu, als er Rudi Pawelka interviewte, den Aufsichtsratschef der Preußischen Treuhand, die vor dem Europäischen Gerichtshof Entschädigungen für die Umgesiedelten erstreiten will. »Damit untersteht auch Polen dem Einfluss der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg«, ergänzte Pawelka und gab seiner Hoffnung Ausdruck, EU-Recht könne den Widerstand Polens gegen die Forderungen der deutschen Umgesiedelten brechen. Dass damit auch die prinzipielle Abneigung der JF-Redaktion gegen die EU-Osterweiterung gebrochen würde, ist wenig wahrscheinlich – zu groß sind die Unterschiede in den Europakonzeptionen. Ob die neuen Chancen für deutsch-völkische Politik jedoch taktische Annäherungen an die EU mit sich bringen, das muss sich noch zeigen. ■

Totalitäre Erinnerung

» Drei mal schrieb Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, an den sächsischen Ministerpräsidenten George Milbradt und bat um ein Gespräch über das Stiftungsgesetz für die Gedenkstätten des Landes. Als auch nach dem dritten Schreiben auf sein Anliegen nicht eingegangen wurde, beschloss der Zentralrat, die »Stiftung Sächsische Gedenkstätten« zu verlassen. Dem Austritt schlossen sich alle NS-Opferverbände an. Nicht die Taktlosigkeit war der eigentliche Anlass für die Austritte, sondern die Verabschiedung des Gesetzes zur Errichtung der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten«. Der Zentralrat warf der Staatsregierung vor, mit dem Gesetz, das einer »Zwangsvereinigung« der Opferverbände gleichkomme, »fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen der Nationalsozialisten [...] und denen der Willkürherrschaft des Kommunismus in Ostdeutschland [...] einzuebnen«.
Günther Nooke, Kulturpolitiker der CDU-Bundestagsfraktion und Urheber des Gesetzes, wies die Kritik an der Gleichsetzung zurück, betonte jedoch gleichzeitig den Anteil der Verbrechen der SED-Herrschaft am »nationalen Bewusstsein«. Ein Problem mit dem Austritt der Verbände hatte auch der Stiftungsgeschäftsführer Norbert Haase, der die »Glaubwürdigkeit der Stiftungsarbeit« gefährdet sah, aber trotz des Ausstiegs den Kontakt zu den Verbänden halten und »punktuell mit ihnen zusammenarbeiten« wollte. Im Allgemeinen übte sich die sächsische Regierung im Herunterspielen der Ereignisse, gab sich überrascht und betonte das Unverständnis ob der Einwände. Die Kritik des Zentralrates ist jedoch mehr als berechtigt. Tatsächlich wird im Gesetzestext kein Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem SED-Staat gemacht. Die Grenzen zwischen Opfern und Tätern werden weder historisch noch begrifflich gezogen, stattdessen wird pauschalisierend von »politischen Gewaltverbrechen«, »politischer Verfolgung«, »Staatsterror und staatlich organisierte Morde«, »politischer Gewaltherrschaft« und »Diktaturen« gesprochen. Diese Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen ist nicht die Folge sprachlicher Missverständnisse oder gar historischer Naivität, sondern politische Intention. Deutlich wird dies, wenn man die Protagonisten hinter dem Stiftungsgesetz betrachtet. Maßgeblich sind hier zu nennen der Minister für Wissenschaft und Kunst Matthias Rößler, Gerhard Besier, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. (HAIT), und Uwe Backes, ebenfalls vom HAIT. Spätestens seit dem Skandal im Jahr 2000 befindet sich das HAIT auf der Linie eines geschichtsrelativierenden Totalitarismus. Als sich der damalige Institutsleiter Klaus Dieter Henke gegen die Veröffentlichung eines Artikels des Instituts-Mitarbeiters Lothar Fritze aussprach, der in der Frankfurter Rundschau dem Hitler-Attentäter Georg Elser »unmoralisches« Verhalten vorwarf und seine Tat für illegitim erklärte, wurde sein Vertrag nicht verlängert. Durchgesetzt hatte sich dank staatlicher Schützenhilfe des Ministers Rößler der neurechte Flügel im Institut um den stellvertretenden Direktor Uwe Backes. Backes hat ein eindeutiges politisches Umfeld. Zusammen mit dem Hitler-Verehrer Rainer Zitelmann und dem Autor des ehemaligen stark rechtem Blattes »Mut« Eckhard Jesse ist er Mitglied des »Veldensteiner Kreis«, benannt nach der Burg Veldenstein, dem ehemaligen Erholungsort Hermann Görings. Ganz offensichtlich gibt es auf Seiten der sächsischen Staatsregierung und des HAIT kein Interesse an einer kritischen NS-Forschung, sondern man ist vielmehr bestrebt, die DDR zum tatsächlich totalitären Staat zu deklarieren. Bei der Gleichsetzung des NS mit der DDR geht es zum einen um die Entlastung und Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen zur Stützung des neuen außenpolitischen Selbstbewusstseins der BRD. Zum anderen geht es um die Etablierung der Totalitarismus-Theorie als staatliche Legitimationswissenschaft zur Bekämpfung der so genannten »Totalitarismen« und »Extremismen«, bei der die politische Mitte (das deutsche Volk) als demokratischer Akteur der Geschichte entsteht.
Der Zentralrat warnte in seiner Kritik auch vor einer bundespolitischen Signalwirkung des sächsischen Gedenkstättengesetzes. Hintergrund war ein Antrag der CDU-Bundestagsfraktion zur Neuordnung der Gedenkstätten des Bundes, in dem die sächsische Stiftung als Modell »für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen« angeführt wird. Nach den Protesten gegen das sächsische Gesetz wurde der Antrag von der CDU zurückgezogen, Er soll aber bereits in diesem Jahr wieder vorgelegt werden. ■

It's not religion, stupid!

Homosexualität im Islam

In Afghanistan ließen die Taliban während ihrer kurzen Herrschaft auf diese Weise mindestens fünf Männer öffentlich exekutieren. Für den Iran sind genaue Zahlen zwar nicht bekannt, jedoch gelangen Nachrichten über Todesurteile in unregelmäßigen Abständen immer wieder an das Licht der internationalen Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund erscheint es auf den ersten Blick naheliegend, die Vorgänge in der islamischen Welt von den gewaltsamen Modernisierungsprozessen abzuspalten, die sich dort ereignet haben, um eine »unaufgeklärte Vormoderne« für die in der arabischen Welt kursierende Antihomosexualität verantwortlich zu machen. Homosexuellenfeindschaft erscheint so als ein »vorkapitalistisches Relikt« und als religiöses Vorurteil, das sich durch die Einführung demokratischer Herrschaftsformen und das laizistische Prinzip der Trennung von Staat und Religion gleichsam eine von selbst erledigen würde. Unterschlagen wird hierbei, dass das iranische Regime ein Archaismus[1] aus zweiter Hand ist. Die Herrschaft der Mullahs ist bereits das Ergebnis des Scheiterns von Anstrengungen, das Land unter amerikanischer Aufsicht auf den Weg zu einer erfolgreichen kapitalistischen Staatsmacht zu bringen. Dies schloss, wie überall auf der Welt, wo sich gleiches ereignete, die Verarmung weiter Bevölkerungskreise ein, indem der Staat die Träger einer auf Subsistenz[2] und lokalen Märkten beruhenden Ökonomie zum Zweck der staatlichen Reichtumsmehrung dem entfesselten Weltmarkt auslieferte und sie einer abhängigen Existenz als Lohnarbeiter bzw. industrielle Reservearmee zuführte.

Als Ursache für die Krise der Reproduktionsfähigkeit breiter Schichten der Bevölkerung hatten die Ayatollahs in den 70er Jahren ausgerechnet jenen Aspekt der Modernisierung ausgemacht, der sich gegen die alten Autoritäten und den Einfluss geistlicher Würdenträger richtete. Denn bei ihrem Versuch, dem erfolgreichen Entwicklungsmodell europäischer Staaten nachzueifern, setzte die von den Kolonialmächten eingesetzte Herrscherfamilie der Pahlewis auf eine gewaltsame Säkularisierung[3] des Staates, etwa durch das Verbot der Frauenverschleierung und der Abgaben für die Koranschulen. Die Ayatollahs zogen daraus ihre Konsequenz, zerbrachen das althergebrachte Bündnis zwischen »Thron und Altar« und hetzten fortan gegen Verwestlichung, den Ausverkauf des Landes an ausländische Mächte, gegen Sittenverfall, die Verbreitung sexueller Unzucht sowie den aufkeimenden Materialismus. Sie übernahmen damit den Zungenschlag aller reaktionären Modernisierungskritiker, deren Analyse keinerlei Kenntnis des Koran voraussetzt. Die Propaganda gegen »die westlich dekadente Homosexualität« und allgemeine Zügellosigkeit bedurfte daher einer Berufung auf die Shari'a eigentlich überhaupt nicht, benutzte diese aber als Folie für eine Propaganda zur Verteidigung angeblich autochthoner[4] Werte gegen westliche Ideen.

Weit davon entfernt, eine vormoderne Tradition wieder einzusetzen, war der nachrevolutionäre Iran der »erste Feldversuch seiner Art, ein neues, islamisches Rechtssystem anhand der innerhalb der Geistlichen nie zu Ende diskutierten Rechtsnormen zu etablieren. Diese Normen konnten deswegen keinem Menschen außerhalb der Religionsschulen bekannt sein.«[5] Die polizeistaatliche Integration von Religion und Gesellschaft durch den iranischen Gottesstaat ist daher auch kein Rückfall in vormoderne Zeiten, sondern ein historischer Präzedenzfall in der islamischen Welt. Er wäre allenfalls mit gleichgearteten Episoden der europäisch-neuzeitlichen Ge- →

In den meisten westlichen Versuchen, Erklärungsmuster für die »Schwulenverfolgung« in islamischen Ländern zu finden, wird die Religion als der entscheidende Faktor betrachtet. Dies findet seinen empirischen Gehalt darin, dass in fundamentalistischen Staaten wie dem Iran, Saudiarabien und ehemals auch Afghanistan Männer, die beschuldigt worden waren, Analverkehr mit anderen Männern begangen zu haben, nach dem Recht der Shari'a zum Tode verurteilt wurden.

→ schichte wie der Tugendherrschaft der Puritaner unter Oliver Cromwell vergleichbar. Der traditionelle Islam zeichnete sich demgegenüber durch pluralistische Machtzentren und eine konsequente Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit aus. Weder existierte eine integrierte hierarchische Organisation vergleichbar der christlichen Amtskirche, noch waren die Gläubigen notwendig an einen bestimmten Geistlichen gebunden. Im schiitischen Islam ging der Pluralismus so weit, dass Mitglieder ein- und derselben Familie unterschiedlichen Ayatollahs folgen konnten, die jeweils ein eigenes komplexes Regelwerk (Resaleh) für ihre Anhänger ausarbeiteten. Selbst dort, wo die Geistlichen die Funktion des Richteramtes an Religionsgerichten innehatten, war ihr Einfluss auf die private Gestaltung des Lebens durch die starke Betonung der Rolle von Zeugen im islamischen Recht begrenzt. Die Shari'a legt eher die Vertuschung als die Bestrafung von Unzuchtsvergehen nahe, wenn sie, sollten sich weniger als vier Augenzeugen zur Aussage bereit finden, diesen sogleich mit Peitschenhieben droht. »In gewissem Sinn wird Geheimhaltung empfohlen«[6], klärt Marteen Schild die darin implizit zum Ausdruck kommende Haltung auf und meint damit nicht allein, dass die Sünder angehalten sind, ihre Tat vor der Öffentlichkeit zu verbergen, sondern auch, dass die Gemeinschaft aufgefordert ist, die private Übertretung islamischer Gesetze zu übergehen und sie nicht an die Öffentlichkeit zu zerren.

Vor diesem Hintergrund erscheint es auch Ali Mahdjoubi stark verkürzt, dass »Verfolgung und Unterdrückung von Homosexuellen in den islamischen Ländern mit pauschal vereinheitlichenden Urteilen und Sichtweisen nur einem Faktor angelastet wird: dem Islam«[7]. Dem ist entgegenzuhalten, dass religiöse Traditionen im Licht gegenwärtiger Verhältnisse neu erscheinen, von ihren Trägern entweder verworfen, umgedeutet oder auf andere Art und Weise besetzt werden, um den aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Denkformen ihrer Träger die legitimatorischen Weihen zu erteilen. Tatsächlich ergibt der Begriff der Homosexualität im Horizont der heiligen Schriften des Islam keinen Sinn, weil er Denkweisen transportiert, die mit dem Verständnis, das vormoderne Gesellschaften sich von dieser Sache machten, auf grundlegende Weise kollidiert. Traditionelle islamische Juristen gingen etwa von der Prämisse aus, dass die erotische Attraktion gegenüber dem eigenen Geschlecht ein natürliches Faktum ist, das dem Menschsein als solchem anhaftet. Die islamischen Verbote richten sich daher im Horizont eines traditionellen Verständnisses gegen eine bestimmte Handlung, nicht aber gegen eine Art zu lieben oder gar einen bestimmten Typus von Personen. Anders beim Mullah-Regime in Iran. Dort wird

»'Homosexualität' [...] nicht nur als Übel an sich selbst betrachtet, sondern liefert ein bequemes Etikett, um schlechte Menschen im Allgemeinen zu stigmatisieren. Diese weitspurige Definition unterfütterte, was im Iran geschah, wo man 'Homosexualität' oft als ein generisches Etikett in Anschlag brachte, um es nach Gutdünken auf Personen anzuwenden, die als Kriminelle verurteilt wurden, ob nun zurecht oder nicht. Es spielte keine grofle Rolle, was sie taten, es war genug zu wissen, dass sie antisozial und daher böse waren. Auf diese Weise konnten zum Beispiel politische Gegner ohne irgendeine legale Rechtfertigung eliminiert werden.«[8]

Die Einführung eines abstrakten Konzepts der Homosexualität ermöglichte es dem iranischen Regime, von einzelnen Handlungen zu abstrahieren und damit auch die Verfahrensvorschriften der Schari'a virtuell außer Kraft zu setzen, die, wären sie von dem neuen Regime auf konkrete Taten angewendet worden, eine Verurteilung fast unmöglich gemacht hätten. Stattdessen wurde »Homosexualität« zu einer destruktiven Wesenheit, ja zu einer subversiven gesellschaftlichen Kraft, die allgemeines Chaos und Verfall stiftete. Homosexualität konnte daher in jeder Form antisozialen und systemgegnerischen Verhaltens diagnostiziert werden. Es wurde zu einem frei flottierenden Stigma, um Menschen, die aus welchen Gründen auch immer ins Visier des Regimes geraten waren, öffentlich zu diskreditieren. Charakteristisch für die Entbettung von Homosexualität aus dem religiösen Kontext einer Sünde, die den spezifischen Akt des mann-männlichen Analverkehrs bezeichnet, ist die Kriminalisierung weiblicher Homosexualität durch das neue iranische Strafrecht, obwohl sie weder in den Heiligen Schriften noch in der Tradition der islamischen Rechtsgelehrten jemals zuvor personalisiert worden war. Homosexualität wird auf diese Weise zu einem unspezifischen Meister-Signifikanten, welcher der Abgrenzung von allen Übeln eines als säkularistisch und dekadent wahrgenommenen Westens dient. Für die

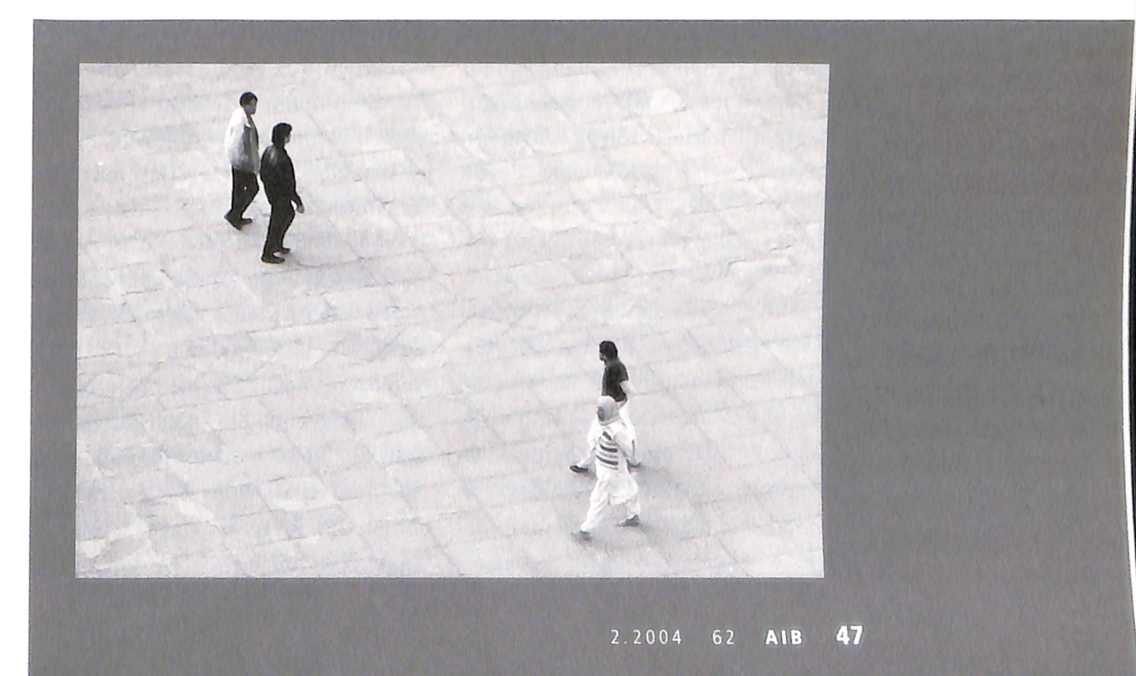
1| Archaismus - Neubelebung altertümlicher Formen, religiöse Rückbesinnung als politische Ideologie.
2| Subsistenz – Das Bestehen durch sich selbst, d.h. für sich selbst, unabhängig von anderen bestehen.
3| Säkularisierung – Institutioneller und mentaler Prozess der Trennung von religiösen Organisationen und dem Staat.
4| autochthoner – alteingesser, althergebrachter, gebietseigener
5| Ali Mahdjoubi: Homosexualität in islamischen Ländern am Beispiel Iran. In: Michael Bochow, Rainer Marbach (Hrsg.): Homosexualität und Islam. Hamburg 2003. S. 89.

moderne Formierung von Homosexualität als einer spezifizierenden Identitätskategorie steht dabei prototypisch die Abgrenzung von modischen Zeichen, die in Iran ursprünglich eine traditionelle, mitunter sogar eine religiöse Bedeutung besessen haben mochten wie das Tragen von Ohrringen, nun aber mit dem Typus des westlichen Homosexuellen assoziiert werden:

»Bis in die Anfangsjahre der Islamischen Republik hinein war das Tragen von Ohrringen besonders im ländlichen Raum weit verbreitet. Erstens um zu demonstrieren, dass der Sohn sich als Sklave des Herrn bekennt. Zweitens wurden diese Edelmetallringe nach Erwachsenwerden beim Besuch von heiligen Stätten des Schiitentums eben diesen gespendet. Der Wandel vollzog sich schnell: Jahrhunderte alte Bräuche wurden aus politisch-kulturellen Motiven heraus missbilligt und quasi verboten, verschwanden im Nu, weil man gehört hatte, schwule Männer im Westen würden Ohrringe als Bekenntnis zur Homosexualität tragen.«[9]

Dabei spielt offenbar keine Rolle, dass eine homosexuelle Szenebildung und die Herausbildung einer korrespondierenden lesbischen bzw. schwulen Identität im Iran so gut wie noch nicht stattgefunden hat. Selbst die allerjüngsten Versuche, durch moderne Kommunikationsmittel eine Vernetzung wie im Westen zu erreichen, beschränken sich, so Ali Mahdjoubi, auf den Kreis der Gebildeten und materiell besser Situierten, wobei die Zahl der Beteiligten bzw. Interessierten so klein sei, »dass er gesellschaftlich irrelevant bleibt«. Ein Haupthindernis sei »die fehlende Wahrnehmung einer homosexuellen Identität unter denjenigen, die objektiv homosexuell sind«. Die meisten gingen davon aus, »dass die jahrelang bestehenden homosexuellen Beziehungen zwar in Ordnung seien, aber kein Grund, eine Identität daraus zu entwickeln«. Der durch intensivierte Kontakte mit dem Westen enstehende Bekenntnisdrang werde dagegen oft als »Outing-Terror« wahrgenommen.[10] Hier argumentiert Mahdjoubi allerdings stark zirkulär. Die fehlende Szenebildung wird auf die subjektive Weigerung zurückgeführt, »sich nach bestimmten Merkmalen 'eingruppieren' zu lassen«. Entscheidend dafür, dass diese Weigerung aber überhaupt gelingen kann, ist die Tatsache, dass diese Sortierung auch von außen nicht vorgenommen wird. Intime Freundschaftsbeziehungen sind trotz der Panik, die das islamistische Regime um »die« Homosexualität verbreitet, noch immer ein relativ fester und akzeptierter Bestandteil des iranischen Alltags. Trotzdem gibt es einen schleichenden Trend zu ihrer Auflösung, der nicht zufällig dort am stärksten ist, wo auch ansatzweise die Formierung einer homosexuellen Identität zu beobachten ist: in den Kreisen des aufgeklärten Bürgertums, das sich durch eine z.T. kritiklose Übernahme westlicher Denkformen auszeichnet. So trägt nicht nur das Mullah-Regime, sondern auch sein gesellschaftlicher Widerpart dazu bei, dass die Ausdrucksformen traditioneller Freundschaftsbeziehungen wie Küssen, Umarmen und Händchenhalten als homosexuell – mithin als Ausdruck einer konstitutiven Andersartigkeit – identifiziert und unter Verdacht gestellt werden. Untergründig, und auf Dauer wahrscheinlich sogar wirkungsmächtiger, wenn auch weniger brutal, gerät das System der Freundschaft daher auch im Zeichen von Aufgeklärtheit und Modernität unter Beschuss. Mahdjoubi berichtet so von Eltern aus dem Bildungsbürgertum, die »parallel zu Warnungen vor Homosexualität« die sozialen Kontakte ihrer Kinder einschränken. Die »'volkstümliche' Toleranz der Homosexualität« hingegen werde von ihnen als »mittelalterlich, traditionell und unmodern« abgelehnt.[11] ■

6| Maarten Schild: Islam. In: Wayne Dynes u.a. (Hrsg.): Encyclopedia of Homosexuality. New York 1990 (übers.).
7| Ali Mahdjoubi, ebd., S. 91.
8| Marten Schild, ebd.
9| Ali Mahdjoubi, ebd.
10| Ebd., S. 97.
11| Ebd.



Anti-Lager-Tour als Grenzcamp-Nachfolgeprojekt

De - Fence it !

Im verflixten 7. Jahr hat es nun auch das Antirassistische Grenzcamp erwischt. Die politischen Differenzen innerhalb des Vorbereitungszusammenhangs hatten sich im Zuge des letztjährigen Grenzcamps in Köln einmal mehr zugespitzt – nicht zuletzt auf der persönlichen Ebene, so dass am Ende nur noch wenige der bislang an der Vorbereitung beteiligten Gruppen und AktivistInnen Interesse an einer direkten Fortführung des Projektes bekundeten.[1]



Ein Gastbeitrag von
Gregor Samsa

» Vor diesem Hintergrund hatte eine der ‚Fraktionen' des bisherigen Grenzcamp-Zusammenhangs Anfang 2004 zu einem offenen Treffen eingeladen, auf dem über konkrete Nachfolge-Projekte diskutiert wurde. Etwa 70 Menschen waren gekommen, davon knapp die Hälfte AktivistInnen aus selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen, insbesondere von der Karawane, The Voice und der Brandenburger Flüchtlingsinitiative. Beschlossen wurde den Grenzcamp-Faden nicht völlig abreißen zu lassen. Es soll in diesem Sommer deshalb eine 12-tägige Anti-Lager-Tour stattfinden. Konkret sollen 6-8 Lager angesteuert werden - im Wechsel Abschiebeknäste, Sammelunterkünfte für Flüchtlinge, Zentrale Erstaufnahmestellen und Ausreisezentren, d.h. Abschiebelager. An 2 Orten soll 3-4 Tage gecampt werden, für die übrigen Orte sind eher Stippvisiten vorgesehen. Auf jeden Fall soll es überall – in Kooperation mit lokalen Vorbereitungsbündnissen – entschiedene De-Fencing – und andere Aktionen geben. Während der mehrtägigen Camp-Aufenthalte sollen außerdem – á la Grenzcamp – (interne) Veranstaltungen, Diskussionen, Musik- und Filmevents, etc. stattfinden. Eine zentrale Rolle wird hoffentlich auch das Touren im Konvoi spielen. Zum einen dürfte es bereits ein kleines Spektakel an sich sein mit ca. 2 Bussen und 20-30 PKWs durch Städte, auf Landstraßen und über Autobahnen 'dahinzuschippern'. Wir sehen darin eine große Chance spektakulär auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen. Zum anderen müssen wir damit rechnen, dass der Konvoi nicht nur einmal durch Bullen gestoppt werden wird; im Zweifelsfall einfach deshalb, um etwaige Verstöße gegen die Residenzpflicht zu ahnden (die Residenzpflicht untersagt es Flüchtlingen im Asylverfahren den ihnen zugewiesenen Landkreis ohne Erlaubnis der jeweiligen Ausländerbehörde zu verlassen; dezentrales Lagersystem und Residenzpflicht sind demnach die beiden Seite derselben Medaillie).

1| Die verschiedenen Auseinandersetzungsebenen sind schlicht zu komplex und zu verschachtelt, als dass sie auf die Kürze darstellbar wären. Vgl. stattdessen: ak 477, phase2.10, interim 582-585, wildcat 67

2| Vgl. www.ausreisezentren.de





Sollte es im Rahmen der Tour zu derartigen Bullenübergriffen kommen, so glauben wir das politisch zu unseren Gunsten umdrehen zu können. Schließlich bedeutet Touren nichts anderes als das Recht auf freedom of movement in Anspruch zu nehmen – ein Zusammenhang, der uns politisch durchaus vermittelbar erscheint.

Grundsätzlich verfolgt die Tour (laut aktuellem Planungsstand) drei Ziele: Erstens soll die allgemeine Öffentlichkeit mit dem Skandal ‚Lager' selbst (ganz gleich, welches Lager) konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang wird es auch um die vor allem durch die reichen Industrienationen forcierte Globalisierung des Lagersystems gehen. Zweitens soll versucht werden lokal an mindestens einem Ort massiv politischen Druck (mit) aufzubauen und auf diese Weise einen exemplarischen Beitrag zur Verbesserung irgendeiner besonders beschissenen Situation zu leisten. Drittens sollen die BewohnerInnen bzw. InsassInnen der einzelnen Lager durch unsere Besuche ermutigt und unterstützt werden selbstorganisierte Widerstandsstrukturen zu entwickeln. Grundsätzlich ist noch nicht entschieden, an welche Orte wir konkret gehen werden, aber es ist klar, dass die Auswahl der Orte vor allem in Tuchfühlung mit diesen drei Zielen erfolgen wird.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass zu den beiden drei bis vier tägigen Minicamps je 400-500 Leute kommen werden, für die gesamte Tour hoffen wir mindestens 150-200 Leute mobilisieren zu können. Sollte es eine zentrale Zwischen- oder Abschlussaktion geben, etwa in Berlin, würden wir darauf setzen dafür noch weit mehr Leute auf die Straße zu kriegen.

Dass wir uns im Rahmen der Anti-Lager-Tour vor allem auf das Thema ‚Lager' (und damit unmittelbar verknüpfte Themen wie Abschiebungen oder Residenzpflicht) konzentrieren möchten, hat zwei Gründe: Zum einen haben insbesondere die Grenzcamps immer wieder gezeigt, dass thematische Vielfalt ungewollterweise zur Selbst-Schwächung führen kann. Denn häufig wussten am Ende weder die Medien noch die allgemeine Öffentlichkeit noch die AktivistInnen selbst Bescheid, worum es im Kern überhaupt geht – mit der Konsequenz, dass die Proteste (neben anderen Gründen) noch weniger wahr- und ernstgenommen wurden als ohnehin. Demgegenüber wurde es letztes Jahr während der Aktionstage gegen das Ausreisezentrum Fürth von vielen als ausgesprochen wohltuend und powerstiftend erlebt, dass bei aller Vielfalt der Aktionen stets ein für sämtliche Beteiligten klarer Fokus (‚Lager schließen!') im Raum stand. Die für ein linksradikales Großereignis außergewöhnlich intensive Berichterstattung in Fürth[2] hatte unseres Erachtens nicht zuletzt hiermit zu tun. Zum anderen steht die seitens der EU sowie einzelner EU-Regierungen aktuell betriebene Lagerpolitik schon seit längerem im kritischen Rampenlicht der Öffentlichkeit: So werden z.B. die in der BRD derzeit neu eingeführten sogenannten Ausreisezentren massiv von kirchlicher, gewerkschaftlicher, bürgerlich-liberaler, etc. Seite kritisiert. Noch heftiger gar wurde europaweit der von der britischen Regierung unterbreitete Vorschlag in die Mangel genommen, wonach Flüchtlinge zukünftig rund um den Globus in EU-finanzierten und von der UN verwalteten Lagern untergebracht werden sollten mit dem ‚Recht' etwaige Asylanträge einzig in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregion errichteten Lagern stellen zu können. Unseres Erachtens lohnt es diese Fäden des öffentlichen Diskurses gezielt als strategische ‚Sprungbretter' zu nutzen.

Last but not least: Dass wir uns aus strategischen Gründen auf Lager konzentrieren möchten, heißt indessen nicht, dass wir kein Interesse an thematischen und sozialen Querverbindungen hätten. Denn so viel steht fest: Lager stellen lediglich das dramatischste Beispiel der radikalen Verweigerung des ‚Rechtes auf Rechte' dar, sie verkörpern mit anderen Worten einen Trend, der im Zuge kapitalistischer Deregulierung und Prekärisierung immer mehr Menschen weltweit betrifft. In diesem Sinne sind wir sehr daran interessiert, im Rahmen der Anti-Lager-Tour Brückenschläge zu anderen Teilbereichsbewegungen herzustellen. ■

Nicht abgelehnt – »nur« unerwünscht

Rigide Flüchtlingspolitik in den Niederlanden

Die holländische Ministerin für Migration, Verdonk, will zehntausende von Flüchtlingen abschieben. Nur circa 2.100 dieser sollen noch ein Bleiberecht erhalten. Sie erfüllen die streng angelegten Kriterien von Verdonks Amnestiepaket. Ganz im Sinne der gegenwärtigen Regierung wiederholt sie ständig, es läge »in der Eigenverantwortung« von Flüchtlingen das Land »zu verlassen.« Die meisten jedoch können oder wollen schlicht nicht zurückkehren

» Die strenge neue Abschiebepolitik wurde im November 2003 in der »Terugkeernota« (»Abschiebezeitung«) vorgestellt. Darin wird die Notwendigkeit von Propagandakampagnen betont, um die neue Politik publik zu machen. Verdonks Ausspruch »Wer zurückgehen will, der kann zurückgehen!« soll von der Allgemeinheit akzeptiert und auch den Flüchtlingen aufgezwungen werden. Mit ihrer Ankunft sollen Flüchtlinge damit konfrontiert werden: »Ablehnung bedeutet Rückkehr!«.

Verdonk will die »Flüchtlinge mit Chancen« klarer von den »Flüchtlingen ohne große Chance« trennen. Mit anderen Worten: Denen, die mit Sicherheit abgeschoben werden und denen, die eventuell bleiben. Flüchtlinge werden zunächst in »Orientierungszentren« untergebracht, sobald sie den Asylantrag gestellt haben. Die Immigrationsbehörde IND lehnt derzeit fast alle Anträge ab. Die Flüchtlinge, deren Antrag abgelehnt wurde, werden sofort in »Rückkehrzentren« verlegt. Obwohl ihre Asylverfahren weiterlaufen und obwohl sie ein Einspruchsrecht gegen die Entscheidung haben, werden ihre Lebensbedingungen bewusst verschlechtert. »Auf diese Art will die Regierung ihnen klarmachen, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Residenzerlaubnis erhalten werden und die Niederlande verlassen werden müssen«. In den »Orientierungszentren« werden die Dienstleistungen der SachbearbeiterInnen der Behörden »auf die Niederlande hin orientiert« sein, in den »Rückkehrzentren« auf »eine Zukunft in ihrem eigenen Land«. SachbearbeiterInnen, die engagierte Wärme zeigen, stellen auf einmal ein unerwünschtes Betriebsrisiko dar. In den »Rückkehrzentren« möchte Verdonk nur Angestellte beschäftigen, die wahrhaft motiviert sind Flüchtlinge loszuwerden.

»Rückkehr« oder Straße

Am 24. Januar 2004 stimmte die Regierung Verdonks Plan zu 26.000 Flüchtlinge abzuschieben, die seit langer Zeit in den Niederlanden leben. Sie werden alle in den nächsten drei Jahren in ihre Herkunftsländer »zurückkehren« müssen. Für ihre »freiwillige Rückkehr« haben sie 8 Wochen Zeit und werden dafür etwas Geld und ein Flugticket erhalten. Im Falle einer Weigerung werden die Flüchtling in eines der »Ausreisezentren« verbracht, in denen bis zu 1.500 Flüchtlinge untergerbracht werden können.

Nach Aussagen der offiziellen Flüchtlingsunterstützungsorganisation Vluchtelingen Werk handelt es sich bei »Ausreisezentren« um nichts anderes als »Rückkehrzentren«, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, die ihren Ablehnungsbescheid noch nicht erhalten haben.

In den »Ausreisezentren« werden Flüchtlinge für weitere 8 Wochen unter Druck gesetzt »zurückzukehren«. Die Flüchtlinge, die sich auch dann nicht abschieben lassen, werden einfach auf die Straße gesetzt. Die Vereinigung Niederländischer Städte (VNG) und die Migrationsministerin Verdonk kamen kürzlich darin überein, dass es den





Kommunen dann nicht mehr erlaubt ist diese aufzunehmen. Laut Einwanderungsgesetz können abgelehnte Flüchtlinge aber immer noch eine Residenzerlaubnis erhalten, sobald sie nachweisen können, dass ihr Herkunftsland sie ablehnt. Es gelingt Flüchtlingen jedoch äußerst selten dies zu beweisen.
Nach Verdonk sei es aber »... eine Tatsache, dass alle AusländerInnen ohne Papiere..., die zurückkehren wollen, auch abgelehnte Flüchtlinge, zurückkehren können...«. Der zynische Ausgangspunkt, dass in jedem Falle immer die Flüchtlinge die Schuldigen sind, führte zu scharfer Kritik seitens der kirchlichen Flüchtlingsunterstützungsorganisation Inlia und der offiziellen Flüchtlingsunterstützungsorganisation Vluchtelingen Werk. Sie wiesen darauf hin, dass sich der Vorgänger der »Ausreisezentren« in den 90er Jahren, das sogenannte »Abschiebezentrum« Ter Apel, als ein unmenschliches Desaster entpuppte. Mit Unterstützung der Regierung will Verdonk Flüchtlinge dazu bewegen, dass sie ihre Rückkehr zu ihrer eigenen Verantwortung machen. Die Herkunftsländer lehnen es häufig ab ihre BürgerInnen aufzunehmen. Viele Länder halten die Folgen der Migration für etwas Positives. »Problemländer« wie Afghanistan, Algerien, Angola, China, Kongo, Guinea, Iran, Nigeria, Serbien und Syrien sollen zu einer »Zusammenarbeit« gezwungen werden, wenn nötig mit Druck.

Wut

Die Haltung der Stadträten dazu ist äußerst heuchlerisch. Noch vor einiger Zeit forderten sie eine große Amnestie von 9.000 Flüchtlingen, darunter besonders solcher von Familien mit Kindern, die in den Niederlanden geboren und vollkommen »integriert« sind. Die vier Hauptstädte und die nördlichen Provinzen Groningen und Friesland lehnten es noch im Dezember 2003 ab, Flüchtlinge auf die Straße zu setzen. Inzwischen läßt die Vereinigung Niederländischer Städte (VNG) verlautbaren, sie sei damit zufrieden, wie die Regierung Verantwortung übernehme und für eine »aktivere Abschiebepolitik« eintrete. Die Stadträte scheinen die Proteste aus purem Opportunismus unterstützt zu haben, nur um jetzt »das Problem« abgelehnter Flüchtlinge loszuwerden. Anfang Januar 2004 bezeichnete der Vorsitzende der VNG und Bürgermeister von Dordrecht, Bandell, die geplanten »Ausreisezentren« als ausreichend, ohne zu wissen, wo diese Zentren liegen werden und wie diese aussehen werden. Nach Aussagen Bandells wird es sich dabei um »angemessene geschlossene Zentren« handeln. Nach Internationalem Recht, vor allem den Abkommen zum Schutze von Kindern, sind solche Zentren jedoch illegal. Neben der Einrichtung der neuen Zentren will Verdonk die bereits existierenden repressiven Praxen gegen Flüchtlinge ausweiten. Grenzkontrollen müssen intensiviert werden, um Flüchtlinge schon vor ihrer Einreise in die Niederlande besser zurückweisen zu können. Die Regierung möchte eine Datenbasis mit biometrischen Daten wie Fingerabdrücken und Irisaufnahmen anlegen. »In Europa unterstützen die Niederlande die Entwicklung eines Europäischen Visa Informationssystems (VIS), in dem die biometrischen Charakteristika aller AntragstellerInnen für Visa gesammelt werden. Mit VIS soll Visumsbetrug eingeschränkt werden, die Grenzkontrollen für die BesitzerInnen von Visa einfacher gemacht werden und die Chancen für die Identifikation von AusländerInnen ohne Papiere erhöht werden.« VIS solle ans Schengener Informationssystem angeschlossen werden und im Jahr 2007 in Benutzung genommen werden. Auf die Anfrage der niederländischen Regierung hat das europäische Komitee vorgeschlagen, die biometrischen Charakteristika bei Visumsanträgen und Residenzerlaubnis bereits aufzunehmen. Verdonk hat auch die Strafzahlungen für Fluggesellschaften, die Flüchtlinge ohne vollständige Papiere einfliegen, erhöht. Diese Unternehmen müssen künftig auch für die Lebenserhaltungskosten der Flüchtlinge aufkommen, bis diese wieder abgeschoben sind.Die neuen Regelungen sollen in Zukunft auch ganz besonders die Personen treffen, die sich ohne Papiere in den Niederlanden aufhalten. Im Jahr 2004 werden deshalb zur besseren Verfolgung dieser 1000 zusätzliche

Im holländischen Delden drangen im August vergangenen Jahres 63 mit Overalls bekleidete antirassistische AktivistInnen in den Abschiebeknast ein und demontierten die Zäune. Die 14 - 18jährigen BewohnerInnen unterstützten die Aktion spontan und beteiligten sich an der Demontage. Der Abschiebeknast ist ein holländisches Modellprojekt.

Kopftuch-Verbotsdebatte

Ein Überblick über die Positionen. Von Links bis Rechts.

Ein Beitrag von Bernhard Schmidt (Paris)

» Nachdem das Thema zwei Monate lang die innenpolitische Debatte dominiert und fast alle anderen Themen völlig überlagert hatte, war es am 10. Februar 2004 soweit. Die französische Nationalversammlung verabschiedete in erster Lesung das Gesetz zum »Verbot des Tragens auffälliger religiöser Symbole« in öffentlichen Schulen. Die Annahme erfolgte mit überwältigender Mehrheit: Die beiden wichtigsten staatstragenden Parteien, die konservative UMP und die Sozialdemokraten, hatten sich zuvor in der derzeit wichtigsten innenpolitischen Streitfrage geeinigt. Faktisch besteht der Gegenstand des neuen Gesetzes darin, künftig den Unterrichts- oder Schulausschluss von Kopftuch tragenden Schülerinnen moslemischer Konfession auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Zwar bezieht sich der Gesetzestext in der Theorie auf alle »auffällig getragenen« religiösen Symbole, also etwa auch Kreuze und Kippas. Doch Jugendliche aus orthodoxen jüdischen Familien, die eine Kippa tragen, besuchen ohnehin meist konfessionelle Privatschulen. Und für die Sprößlinge aus streng katholischen Familien gibt es die nach wie vor katholisch geprägten Privatschulen.

Dass es bei dem Gesetz vor allem um eine sichtbare Präsenz des Islam in Form von Mädchen mit verhülltem Haupthaar geht, das hat auch Bildungsminister Luc Ferry deutlich gemacht. Vor der Gesetzeskommission des Parlaments, wo er die Vorlage Mitte Januar dieses Jahres vorstelle, führte er aus: »Ich sage zu den Vertretern des Islam: Wollen Sie, dass unsere Kinder sich in den Schulen schlagen?«



Gesetzgebungsverfahren und Wahltermine

Ein anderer Beweggrund für die Eile, welche die neokonservative Mehrheit im Gesetzgebungsverfahren an den Tag legte, hat auch mit den anstehenden Wahlterminen zu tun. Im März werden sämtliche französischen Regional- und ein Teil der Bezirksparlamente neu gewählt.

Es handelt sich, neben den Europawahlen im Juni dieses Jahres, um die letzten landesweiten »Testwahlen«, bevor 2007 sowohl der Präsident als auch das Parlament neu gewählt werden. Den Zusammenhang zu den Wahlen allgemein und dem Abschneiden der extremen Rechten im Besonderen haben zahlreiche konservative Politiker in den letzten Wochen hergestellt, die damit drohten, der Front National werde noch besser abschneiden, falls die Gesetzesvorlage nicht schnell verabschiedet werde.

Die extreme Rechte

In einer ersten Phase, im Spätherbst 2003, nahm die vermutliche künftige Parteichefin und »Modernisiererin« Marine Le Pen eine Position ein, die eher immanent zur Logik des Verbotsgesetzes erschien. Sie argumentierte damit, welche Symbole ihrer Auffassung nach als »auffällig« zu gelten hätten und welche nicht, was eher an eine »konstruktive« Position zugunsten des Verbotsgesetzes denken ließ. Alsbald aber »radikalisierte« die rechtsextreme Partei ihre Positionen erheblich und ging auf Abstand zum Vorhaben der Regierung. Dieses löse ohnehin keinerlei Problem, tönte der alternde Noch-Parteichef Jean-Marie Le Pen. Er wandte sich in der Folgezeit gegen das Verbotsgesetz zu Kopftüchern an der Schule, das nur dafür sorge, dass man »die Gefahr« (jene der »Überflutung« mit Immigranten) nicht mehr sehe. Man solle ruhig die

Differenz sichtbar erkennen, so lautet die Philosophie, die den Argumenten Le Pens zugrunde liegt. Ihm ist nämlich nicht an der, »kleinen Trennung« (dem Schulausschluss) gelegen, sondern an der Vorbereitung der »großen Trennung«, jener zwischen der europäischen Bevölkerung und den Immigranten aus moslemischen Ländern.
Mit dieser Position konnte der Front National weiterhin als »radikale Anti-System-Opposition« erscheinen, während er zugleich die Hetze gegen die Einwandererbevölkerung verschärfte.

Auch die bürgerliche Rechte ist sich uneins

Auch innerhalb der regierenden bürgerlichen Rechten kam es im Vorfeld der Abstimmung vom 10. Februar zu Kontroversen. Für die UMP-Abgeordneten hatte ihr Vorsitzender Jacques Barrot in dieser Fraktion die Fraktionsdisziplin aufgehoben. Deswegen konnten auch einige Konservative und Liberale ihre abweichenden Positionen zum Ausdruck bringen. So wollte ein Teil der konservativen Spitzenpolitiker, allen voran der Parlamentspräsident und ehemalige Innenminister Jean-Louis Debré (UMP), die neue Verbotsregel ausweiten. Nicht nur »plakative« oder »auffällige« religiöse Symbole, wie es nunmehr in der definitiven Fassung der Gesetzesvorlage hieß, sondern überhaupt alle »sichtbaren« Symbole religiöser wie übrigens auch politischer Natur wollte etwa Debré untersagt wissen. Auch ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten, etwa der ehrgeizige Nachwuchspolitiker Malek Boutih, früher Vorsitzender der staatsnahen Antirassismusgruppe SOS Racisme, plädierten in diese Richtung.
Das war aber innerhalb der großen staatstragenden Parteien nicht durchsetzbar. So fürchteten viele, eine zu rigide Formulierung des Verbots werde in der Praxis wesentlich mehr Konflikte auslösen, als es Probleme löse. Zwar juckte es viele Konservative in den Fingern, insbesondere auch politische Symbole unter Schülern zu verbieten. Doch letztendlich überwog die Angst, der dadurch ausgelöste Widerspruch könne eher zu einem Politisierungsschub unter Jugendlichen führen und somit gegenteilige Wirkung entfachen. Einem anderen Teil der Bürgerlichen dagegen ging die Gesetzesvorlage bereits zu weit. Insbesondere Christdemokraten und Wirtschaftsliberale stimmten gegen den Entwurf oder enthielten sich zumindest der Stimme. Bei den Einen herrschte die Befürchtung, ein neues Gesetz zum Laizismus werde auch den Einfluss der christlichen Kirchen auf den sozialen Alltag noch stärker zurückdrängen, als das ohnehin der Fall ist. Das erklärt die Enthaltung in einem Großteil der christdemokratischen UDF-Fraktion, aber auch die Gegenstimme der ultrakatholischen Abgeordneten Christine Boutin.
Wirtschaftsliberale in den Reihen der UMP sind ihrerseits misstrauisch gegenüber allen etatistischen Vorstellungen, die in ihren Augen das gesellschaftliche Leben zu sehr regulieren. Ihnen schwebt eher eine Regelung wie in den USA vor, wo alle Religionsgruppen sich weitgehend frei betätigen können, sofern sie die staatliche Ordnung nicht bedrohen.

Die Spaltungslinien innerhalb der Linken

Aber auch innerhalb der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Linken und im Milieu der sozialen Bewegungen rief die Debatte um Laizismus und Kopftuchdebatte Spaltungen hervor. Die Furcht vor einer Stigmatisierung der Einwanderungsbevölkerung, feministische und antiklerikale Traditionen, antirassistische Essentials und in manchen Fällen auch eine Art verklärender Dritte-Welt-Romantik trafen dabei aufeinander. Doch überwog bei der KP, bei den Grünen und der trotzkistisch-undogmatischen LCR die Ablehnung der Gesetzesvorlage der Regierung. Dagegen befürwortete die traditionalistisch-klassenkämpferische Partei Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) grundsätzlich Verbotsmaßnahmen für Kopftücher an staatlichen Schulen. Die LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) dagegen einigte sich, nach heftigen inneren Kontroversen, auf die Mehrheitsposition: »Weder Kopftuch noch Verbotsgesetz«. Einigkeit herrscht allein bei der Ablehnung der Gesetzesvorlage der neokonservativen Regierung. Ähnlich verläuft die Debatte auch bei den Grünen und der KP, wobei es in einem Teil des KP-Umfeldes vor dem Hintergrund etatistischer Traditionen Sympathien für das Verbotsgesetz der Regierung gibt.
Bei den Grünen, die derzeit nur drei Abgeordnete im französischen Parlament haben, stimmten zwei gegen die Vorlage.

Argumente der KritikerInnen

Die KritikerInnen befürworten nicht in allen Fällen das Kopftuchtragen als solches. Im Gegenteil betonen linke Kritiker in der Regel ihre Opposition zum Kopftuch oder zumindest gegen jede Form von Zwang – möge er von den Familien oder, in einem anderen politischen und gesellschaftlichen Kontext, von islamistischen Regimen und Gesetzen ausgehen. Zugleich erklären sie, Maßnahmen wie Schulverweise lösten keinerlei Probleme, sondern könnten die Probleme auch vom Standpunkt der Emanzipation aus nur vergrößern.
Dagegen wird von Kritikerinnen betont, Emanzipation könne nur von den Betreffenden selbst kommen, niemals aber ihnen staatlich verordnet werden. So schreibt die anarcho-syndikalistische CNT unter anderem: »Misstrauen gegenüber jedem Herrschaftsapparat, der sich zum Verteidiger der individuellen Rechte« –



gemeint sind hier jene der Frauen – »aufschwingt, ist geboten. (...) In Wirklichkeit kann die Befreiung der moslemischen Frauen nur das Werk dieser Frauen selbst sein, oder es wird sie nicht geben. Wo sie dagegen stattfindet, werden wir uns bedingungslos mit dieser Emanzipation solidarisieren.«

Unterschiedliche Positionen unter Feministinnen

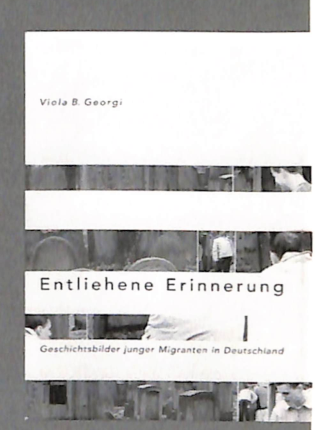
Auch die feministische Bewegung ist an diesem Punkt gespalten. Das Spektrum der Positionen reicht auf der einen Seite bis zur Position der Zeitschrift ProChoix um Fiametta Venner und Caroline Fourest. Sie gehen von einer gemeinsamen, koordinierten Offensive von »christlichem, jüdischem und islamischem Fundamentalismus« gegen die Rechte der Frauen in der modernen Gesellschaft aus. Andere dagegen sehen das als eine zu einfache Position an, welche die Widersprüche zwischen den einzelnen Kulturen oder Ideologien mit jeweiligem Hegemonialanspruch unterschätze und einen neuen »Hauptwiderspruch« aufmachen wolle. Auf dem Gegenpol finden sich Feministinnen, die davon ausgehen, dass es notwendig unterschiedliche Wege zur Emanzipation gebe. Zwischen beiden entgegen gesetzten Polen finden sich eine Reihe von Zwischenpositionen. Nicht zuletzt opponieren jene feministischen Gruppen, die vorwiegend Frauen aus der Einwandererbevölkerung vertreten, wie etwa die Vereinigung Rebelles Voix d'Elles (Rebellinnen, Weibliche Stimmen), oft scharf gegen den Gesetzentwurf. Sie befürchten, dass der von vielen Moslems so erlebte »Stigmatisierungseffekt« durch das Gesetz eher Solidarisierungen auslöse, die den reaktionären Strömungen Rückendeckung durch andere Teile der Immigrantenbevölkerung verschaffen. Allerdings äußern nicht organisierte junge Frauen und Mädchen aus der maghrebinischen Community umgekehrt mitunter Sympathien für das geplante Verbotsgesetz, da sie es als eine Art Schutzwall gegenüber eventuellen Ansprüchen ihrer Väter oder Familien betrachten. Mit dieser »Fernwirkung« eines Verbots nicht auf die unmittelbar von Schulverweisen betroffenen Mädchen, aber auf die anderen Schülerinnen rechtfertigen auch viele – linke und andere – Befürworter ihre Position zu dem Gesetz.

Zwang oder »Differenz«suche?

Jüngste Untersuchungen von Einzelfällen scheinen zu zeigen, dass die jungen Kopftuchträgerinnen, die unter Druck und Zwang seitens ihrer Familie handeln, wie es bei den ersten »Kopftuch-Affären« 1989 anscheinend der Fall war, nur noch einen kleinen Teil der verzeichneten »Fälle« darstellen. Vielfach werden umgekehrt heute die Eltern, die eher Anpassung und Konzentration auf die schulische oder berufliche Zukunft von ihren Kindern fordern, von einer Form der Radikalisierung der jungen Generation überrannt. Jungen und Mädchen werfen ihren Eltern vor: »Ihr seid 40 Jahre lang stumm gegenüber allen Benachteiligungen geblieben und habt nur gearbeitet, weil ihr immer mit der Perspektive der Rückkehr ins Herkunftsland gelebt habt. Wir dagegen wollen offen zeigen, dass wir uns nichts mehr gefallen lassen.«

Das zentrale Problem dabei ist aber, dass diese Haltung sich in den 80er Jahren noch vorwiegend mittels der Forderung nach Gleichheit ausdrückte, etwa anlässlich des »Marschs für die Gleichheit«, ein spektulärer Fußmarsch arabischstämmiger Einwandererkinder von Marseille nach Paris im Dezember 1983. Angesichts des vielfachen Scheiterns dieser Perspektive, aufgrund der Verschlimmerung der sozialen Situation in den Banlieues und der enormen Enttäuschung der Einwandererkinder durch mehrere Linksregierungen, drückt sich die Frustration der nachwachsenden Generation dagegen oft eher im Verlangen nach Ausdruck von »Differenz« aus. Eine emanzipatorische Perspektive ist das nicht, zumal wenn islamistische oder andere Identitätsideologien mit ins Spiel kommen. Dennoch müssen die Gründe dafür ernst genommen werden.

Ob das neue Verbotsgesetz daran irgend etwas ändern wird, wird von den KritikerInnen angezweifelt. Selbst einige konservative Abgeordnete, die für das Gesetz stimmten, vertraten die Ansicht, dass sich de facto nicht viel ändern werde. Wie Bildungsminister Luc Ferry vor dem Gesetzesausschuss des Parlaments bei der Vorstellung des von ihm mitverfassten Gesetzentwurfs anmerkte, würden jetzt eben neue Symbole gesucht. ■



Entliehene Erinnerungen

Viola B. Georgi, Hamburg Oktober 2003, Hamburger Edition / Institut für Sozialforschung

Gegenstand des Buches ist die Untersuchung der Bedeutung des Holocaust und des Nationalsozialismus für die Eigen- und Kollektividentitätsbildung jugendlicher MigrantInnen, die in Deutschland leben. Einen Ausgangspunkt dafür bildet die Überlegung, dass aufgrund von Migrationsprozessen Pluralisierungsprozesse der Gesellschaft stattfinden, die auch Auswirkungen auf die Geschichtsbilder und das Geschichtsbewusstsein haben. Aufgrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse finden auch Änderungen der Familien- und Kollektivgeschichte statt, die durch die tradierten historischen Erfahrungen von MigrantInnen übermittelt werden, die aus kulturellen Hintergründen stammen und die sich von den »deutschen« Geschichtsbildern unterscheiden. Um zu ermitteln, inwieweit die Ausprägung einer deutsch – nationalen Identitätsbildung verknüpft ist mit einem Antreten des deutschen »Erbes«, werden Fallstudien mit jugendlichen MigrantInnen erhoben.

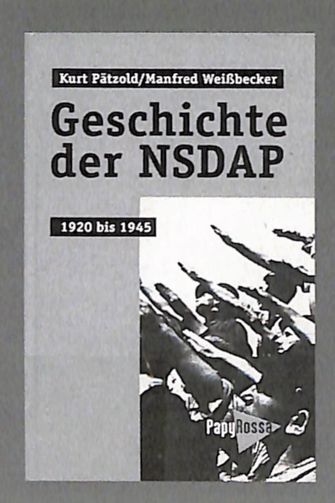
Das Hauptaugenmerk der Studie liegt auf der Auseinandersetzung der jugendlichen MigrantInnen mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust und inwieweit eine Identifikation der kollektiven Vergangenheit als Opfer, Täter, Mitläufer oder Migrant relevant ist für die Ausbildung einer deutsch -kulturellen Identität.

Die Autorin skizziert zunächst mehr als umfassend theoretische Grundüberlegungen, was zur Herausbildung einer historischen Identität notwendig ist und damit einhergehend, welche Faktoren notwendig sind, damit Jugendliche nichtdeutscher Herkunft die deutsche Geschichte als ihre eigene internalisieren können. Sie führt an, dass mensch die Bildung einer kulturellen Identität nur dann vollziehen könne, sobald der eigene Lebensentwurf mit dem übergeordneten Gesamtgesellschaftlichen vereinbar sei. Unverzichtbar sei hierfür eigentlich eine übergeordnete historische Identität. Sie wirft damit die Frage auf, ob MigrantInnen überhaupt in der Lage sind, eine historische Identität und ein Geschichtsbewusstsein bezüglich des Nationalsozialismus bzw. des singulären Ereignisses des Holocaust auszubilden. Ein solches Geschichtsbewusstsein versucht sie mittels der geführten Interviews zu ermitteln.

Als Ergebnis der geführten Interviews resümiert Georgi, dass Wissen um die Vergangenheit an die Orientierungsbedürfnisse der Gegenwart angepasst wird und die Erinnerungsarbeit dadurch unweigerlich durch Gegenwarts- und Zukunftsinteressen strukturiert wird und dadurch die Geschichtsbezüge junger MigrantInnen maßgeblich geprägt sind durch ihre Selbst- und Fremdpositionierung im gesellschaftlichen Raum der Aufnahmegesellschaft. Für die jugendlichen MigrantInnen nimmt die Auseinandersetzung mit ihrem Status als Ausländer einen größeren Bezugsrahmen ein als die strategische Selbstpositionierung im Kontext der deutschen Geschichte. Das Verständnis der NS –Geschichte wird hierbei zu einem Instrument der Beobachtung und der Analyse der Aufnahmegesellschaft sowie der Deutung der eigenen Situation als ein in Deutschland lebender Migrant oder deutscher Staatsbürger nicht ethnisch-deutscher Herkunft. Um diese im Umfeld des Diskurses um den Holocaust und der NS-Geschichte stattfindende Austragung von Identitätsverhandlungen im Migrationskontext zu beschreiben, nimmt Georgi eine Einteilung in vier Typen vor. Danach weist ein Teil der jugendlichen MigrantInnen einen reflektierten Umgang mit der Geschichte des NS und des Holocaust auf und hat dazu ein distanziertes Verhältnis. Doch ist auch feststellbar, dass es jugendliche MigrantInnen gibt, die sich die NS-Geschichte aktiv und empathisch aneignen. Dies betrifft zumeist Jugendliche, bei denen die familienbiographischen Hintergründe eine persönliche Verstrickung mit der Geschichte des Nationalsozialismus ergeben. Bei diesen tauchen dann auch Diskursfragmente aus dem Geschichtenrepertoire deutscher Vergangenheitsbewältigung auf.

Bei »Entliehene Erinnerungen« handelt es sich um eine Fallstudie, die zweifelsohne ihrem wissenschaftlichen Anspruch gerecht wird. Sie geht auf Problematiken oder Herausforderungen für den Geschichtsunterricht in Einwanderungsgesellschaften ein, die monokulturell geprägt sind, verweist auf Quellen von Autoren, die einen Geschichtsunterricht kritisieren, in dem die Vermittlung der nationalen Identität im Vordergrund steht und deren Forderung ist, sich auf »Verfahrensweisen« zu konzentrieren. Diese »Verfahrensweisen« sollen den Umgang mit dem »Fremden« und sich selber bedeuten. Dies ist nicht verwunderlich, da das Ziel dieser Studie die Entwicklung einer konzeptuellen Demokratie- und Menschenrechtserziehung sein soll. ■

Pätzold, Kurt/
Weißbecker, Manfred:
Geschichte der NSDAP;
1920 – 1945.
Papyrossa Verlag:
Köln 1998. – 580 S.



Standardwerk

Bekanntlich ist die Forschungsliteratur zum Nationalsozialismus seit den 1970er Jahren auf ein unüberschaubares Maß angewachsen. Kaum ein Zeitabschnitt gilt als so gut erforscht wie der des Nationalsozialismus. Wer nach Darstellungen der Geschichte der NSDAP sucht, findet wider Erwarten nur eine handvoll Monographien vor. Wohl gibt es eine Vielzahl an Einzeluntersuchungen, etwa zur Frühgeschichte der NSDAP. Gesamtdarstellungen zur Geschichte dieser Partei sind wegen der hohen Komplexität des historischen Terrains selten. Mit »Geschichte der NSDAP« legen Pätzold/Weißbecker eine wesentlich überarbeitete Fassung ihres bereits 1981 in der DDR erschienenen Buches »Hakenkreuz und Totenkopf« vor. Das Buch spannt den zeitlichen Bogen von der Entstehung der NSDAP aus dem Milieu völkischer Gruppen und Wehrverbände in München bis zur totalen Niederlage des Nationalsozialismus im Mai 1945. Zunächst werden neben einer Chronologie der Parteigeschichte die ideologischen Grundlagen der NSDAP-Programmatik erläutert. Bei aller Stringenz in der Analyse des Parteiprogramms versäumen es die Autoren, zentrale inhaltliche Aspekte exemplarisch bezüglich ihrer ideologiegeschichtlichen Herkunft zu vertiefen. So wird zwar das zeitgeschichtliche Umfeld der Entstehung der NSDAP mit den Aspekten Nachkriegskrise und Gegenrevolution hervorragend ausgeleuchtet, doch die geistesgeschichtlichen Quellen eines völkischen Nationalismus bleiben recht dunkel. Sehr deutlich hingegen wird der von Beginn an sozialdemagogische Charakter der NSDAP herausgearbeitet. Dieser an sich bekannte Fakt gewinnt vor dem Hintergrund des Versuchs rechtskonservativer Historiker wie Nolte oder Weißmann, den »nationalen Sozialismus« als eigenständige Ideologieströmung, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus zu konstituieren, besonderes Gewicht. Allerdings kommt die Dekonstruktion eines Antikapitalismus von rechts, wie er sich in Programm und Praxis der NSDAP und ihres Antisemitismus spiegelt, im Buch etwas zu kurz. Doch dem gilt auch nicht das Interesse der Autoren, die sich eng auf den Werdegang der Partei konzentrieren.

Ausführlich wird der Aufstieg der NSDAP ab Ende der zwanziger Jahre im Kontext der Weltwirtschaftskrise beschrieben. Die Autoren erläutern, wie es der Partei gelang, auf je unterschiedlichen propagandistischen Klaviaturen einerseits die Existenzängste des Kleinbürgertums aufzugreifen, andererseits zum Interessensanwalt des Kapitals zu werden. Dies ist der klassische marxistische Erklärungszugang zum Aufstieg des Faschismus. Er mag zur Analyse nicht ausreichen, die Autoren stellen jedoch auch für die aktuelle Diskussion einen in sich schlüssigen Erklärungsansatz exemplarisch vor, der die Lektüre lohnt.

In den nachfolgenden Kapiteln stellen die Verfasser den Weg der NSDAP an die Macht, nachfolgend die Durchsetzung und Festigung der Diktatur dar. So befasst sich ein Kapitel ausführlich mit den Machtkämpfen innerhalb des Regimes und den unterschiedlichen Zielen, die SA, Reichswehr und SS dabei verfolgten. Versucht wird auch eine Antwort auf die Frage, warum sich das Regime trotz erheblicher interner Konflikte letztlich dauerhaft stabilisieren konnte. Hier konzedieren die Autoren, dass die Bevölkerung eben nicht nur über Repression an das Regime gekettet war, sondern sich, vermittels gezielter sozialer Maßnahmen und ideologischer Propaganda, freiwillig band. Die hierzu notwendig vorhandene politisch-ideologische Disposition eines großen Teils der Bevölkerung, bspw. in Bezug auf antisemitische und nationalistische Einstellungen kommt leider zu wenig zur Sprache.

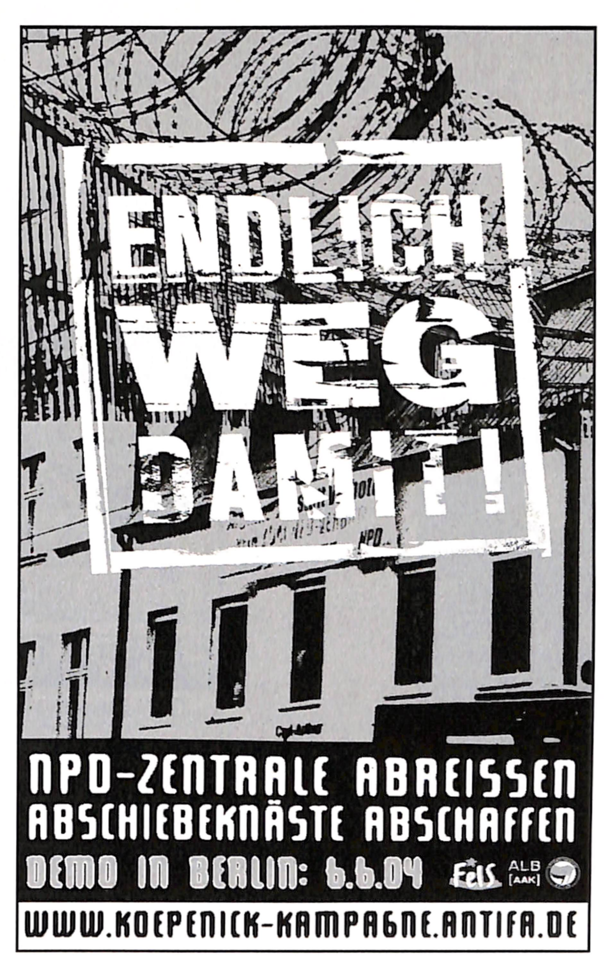
Je weiter das Buch chronologisch in der Geschichte der NSDAP an der Macht voranschreitet, desto stärker stellt sich den Verfassern das Problem, auf die Strukturen des Systems Nationalsozialismus eingehen zu müssen. Dies geschieht zurecht unter dem Aspekt der Vorbereitung des II. Weltkrieges durch ein umfangreiches Rüstungsprogramm und dessen gesellschaftliche Folgen für die Sphären der Arbeit.

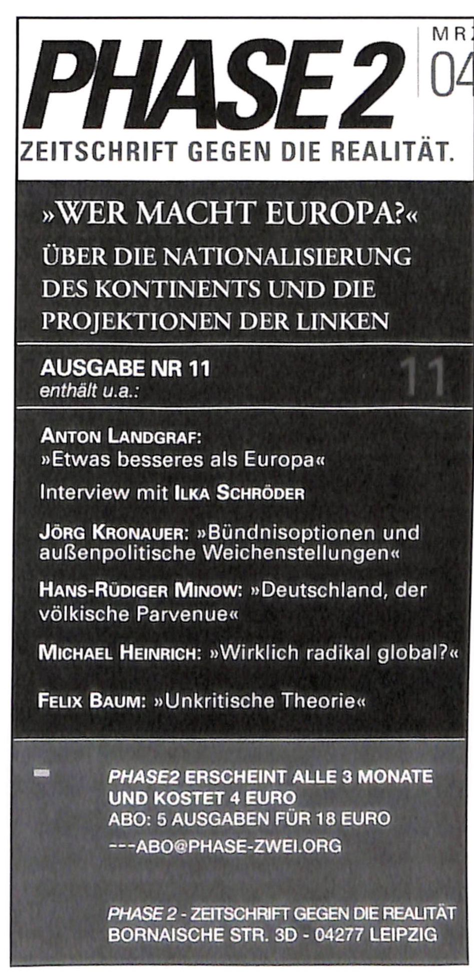
Die Neuauflage unterscheidet sich nicht zuletzt stilistisch wohltuend von der des Jahres 1981. Manch ideologische Phrase, die der ersten Ausgabe eigen war, wurde zugunsten eines nüchtern analytischen Stils getilgt. Der Band schließt mit einem Nachwort ab, in welchem die Verfasser noch einmal ihre Kernthesen zur NSDAP zusammenfassen. Diese sei entgegen der verbreiteten Lesart keine Volkspartei, sondern eine reaktionär-bürgerliche Partei des Kapitals gewesen und dies trotz des Volksparteicharakters ihrer Mitgliederstruktur.

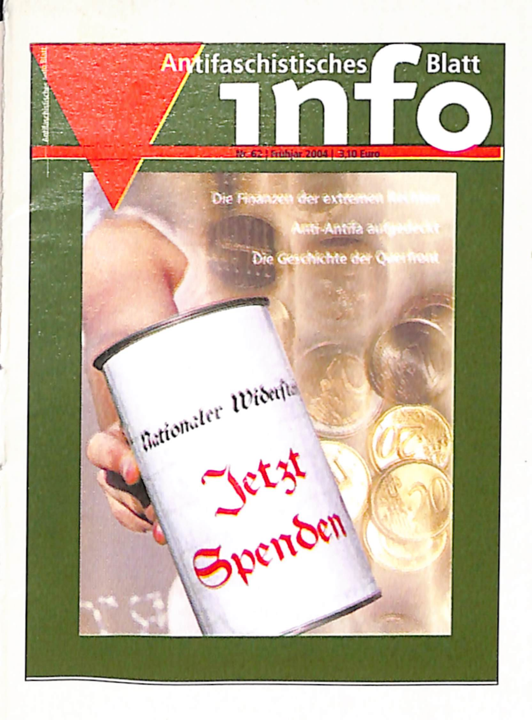
Der Band stellt, gerade wegen seines Mutes zur Lücke, ein stringentes, solides Standardwerk zum Thema dar, das sowohl als Einstieg in den Themenkontext, als auch zu Einzelaspekten der Geschichte des Nationalsozialismus gelesen werden kann. ■


mist!
_ schon wieder ne nazi-band eingeladen?
_ wir informieren euch über rechte musik und nazibands.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel.|fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de


analyse+kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen:
3 x ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
analyse + kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
www.akweb.de


ENDLICH WEG DAMIT!
NPD-ZENTRALE ABREISSEN
ABSCHIEBEKNÄSTE ABSCHAFFEN
DEMO IN BERLIN: 6.6.04
ALB [AAK]
WWW.KOEPENICK-KAMPAGNE.ANTIFA.DE


PHASE 2
MR 04
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
»WER MACHT EUROPA?«
ÜBER DIE NATIONALISIERUNG DES KONTINENTS UND DIE PROJEKTIONEN DER LINKEN
AUSGABE NR 11
enthält u.a.:
ANTON LANDGRAF: »Etwas besseres als Europa«
Interview mit ILKA SCHRÖDER
JÖRG KRONAUER: »Bündnisoptionen und außenpolitische Weichenstellungen«
HANS-RÜDIGER MINOW: »Deutschland, der völkische Parvenue«
MICHAEL HEINRICH: »Wirklich radikal global?«
FELIX BAUM: »Unkritische Theorie«
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG



Abonniert

das antifaschistische info blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

18 bis 23 | 51 bis 62

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A	18 bis 24	7,70 Euro
Info-Paket B	25 bis 31	11,30 Euro
Info-Paket C	32 bis 38	11,30 Euro
Info-Paket D	39 bis 45	11,30 Euro
Info-Paket E	46 bis 49 | 51 | 52	11,30 Euro
Info-Paket F	53 bis 59	11,30 Euro
Alle Info-Pakete		64,20 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 62 | 2.2004

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

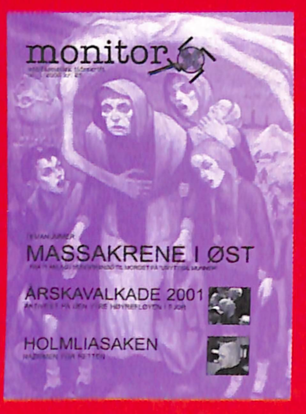
Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



ANTIFA-NET

Lest auch die anderen Publikationen des ANTIFA-NET
Internationales Antifa-Netzwerk für Recherche und Aktion





Norwegen
Monitor
www.magasinet-monitor.net

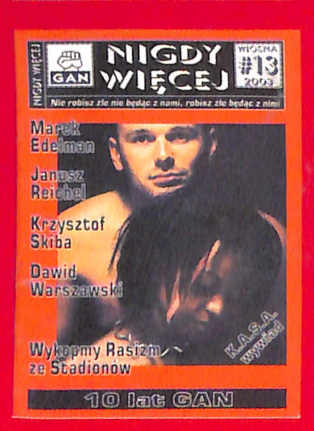
Frankreich
Reflexes
http://reflexes.samizdat.net





Sweden
Expo
www.expo.se

Niederlande
Alert!
www.xs4all.nl/~afa/alert





Polen
Nigdy Wiecej
http://free.ngo.pl/nw

Groß Britannien
Searchlight
www.searchlightmagazine.com

Deutschland
Monitor
www.apabiz.de





Enough is Enough
www.nadir.org/nadir/periodika/enoug

CNC, IREHR (USA)
Kafka (Niederlande) und
Antifasistskiy motiv (Russland)
sind ebenfalls Teile des ANTIFA-NET
Internationales Antifa-Netzwerk für
Recherche und Aktion